

# Kurzschriftlicher Bericht

## 28. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 6. April 2006

---

### Inhalt:

#### **Fragestunde:**

L-8111/1-XXVI: Anfrage des Abg. Mag. Steinkellner an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 5)

L-8112/1-XXVI: Anfrage des Abg. Ing. Aspöck an Landeshauptmann-Stv. Hiesl (Seite 6)

L-8113/1-XXVI: Anfrage der Abg. Moser an Landeshauptmann-Stv. Dipl.-Ing. Haider (Seite 8)

#### **Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 11)**

#### **Dringlichkeitsanträge:**

Beilage 859/2006: Initiativantrag betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Oö. Tourismusabgabegesetz 1991 geändert wird.

Redner/in:    Abg. Schürrer (Seite 12)  
                  Abg. Kapeller (Seite 13)  
                  Abg. Dr. Brunmair (Seite 13)  
                  Abg. Schwarz (Seite 13)

Beilage 858/2006: Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung des Finanzstandortes Österreich.

Redner:        Abg. Mag. Strugl (Seite 14)  
                  Abg. Trübswasser (Seite 15)  
                  Abg. Dr. Fraiss (Seite 17)  
                  Abg. Mag. Steinkellner (Seite 19)

Beilage 862/2006: Initiativantrag betreffend den Verkauf von Wohnbaudarlehen an die Hypo Alpe-Adria.

Redner/in:    Abg. Mag. Jahn (Seite 20)  
                  Abg. Trübswasser (Seite 22)  
                  Abg. Mag. Steinkellner (Seite 23)  
                  Abg. Mag. Stelzer (Seite 24)

Beilage 863/2006: Initiativantrag betreffend die öffentliche Ausschreibung der OÖ Landesholding-Geschäftsführung.

Redner:        Abg. Kapeller (Seite 26)  
                  Abg. Trübswasser (Seite 27)  
                  Abg. Frauscher (Seite 28)  
                  Abg. Mag. Steinkellner (Seite 28)

Beilage 864/2006: Initiativantrag betreffend die Einhaltung des Budgetvoranschlags durch die Landesregierung.

Redner/in: Abg. Präsidentin Weichsler (Seite 29)  
Abg. Trübswasser (Seite 30)  
Abg. Bernhofer (Seite 31)  
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 31)

Beilage 865/2006: Initiativantrag betreffend den Förderbericht des Landes Oberösterreich.

Redner: Abg. Dr. Fraiss (Seite 32)  
Abg. Trübswasser (Seite 33)  
Abg. Mag. Strugl (Seite 35)  
Abg. Ing. Aspöck (Seite 37)

Beilage 866/2006: Initiativantrag betreffend die Unterstützung von Schüler/innen aus einkommensschwächeren Familien.

Redner/innen: Abg. Mag. Chansri (Seite 38)  
Abg. Moser (Seite 39)  
Abg. Hirz (Seite 40)  
Abg. Mag. Stelzer (Seite 41)

**Aktuelle Stunde** über das Thema:

"Energiewende - nutzt Oberösterreich die Chance auf Arbeitsplätze, Klimaschutz, Sicherheit und soziale Entlastung durch Ökoenergie und Energieeffizienz und wird zu Europas Spitzenregion?"

Redner/in: Abg. Trübswasser (Seite 42)  
Abg. Steinkogler (Seite 44)  
Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 45)  
Abg. Ing. Aspöck (Seite 49)  
Landesrat Anschober (Seite 51)  
Landesrat Dr. Stockinger (Seite 54)  
Abg. Mag. Gumpinger (Seite 56)  
Abg. Dr. Brunmair (Seite 58)  
Abg. Präsidentin Weichsler (Seite 59)

**Dringlichkeitsanträge:**

Beilage 860/2006: Initiativantrag betreffend Neuverhandlung über eine Novelle des Ökostromgesetzes.

Redner/in: Abg. Schwarz (Seite 62)  
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 64)  
Abg. Dr. Fraiss (Seite 64)

Beilage 861/2006: Initiativantrag betreffend ein Preisdämpfungsmodell für Biomasse und alternative Rohstoffe.

Redner/in: Abg. Schwarz (Seite 67)  
Abg. Schillhuber (Seite 68)  
Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 69)  
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 70)  
Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 70)

**Verhandlungsgegenstände:**

Beilage 860/2006: Initiativantrag betreffend Neuverhandlung über eine Novelle des Ökostromgesetzes.

Berichterstatterin: Abg. Schwarz (Seite 71)

Beilage 853/2006: Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend die Ermächtigung zum Verkauf der Liegenschaften EZ 917 und 2053, beide GB 45212 Urfahr, im Gesamtausmaß von 17.151 m<sup>2</sup> im Stadtgebiet von Linz.

Berichterstatter: Abg. Weinberger (Seite 71)

Redner: Abg. Weinberger (Seite 72)

Beilage 854/2006: Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulzeitgesetz 1976 geändert wird (Oö. Schulzeitgesetz-Novelle 2006).

Berichterstatter: Abg. Mag. Stelzer (Seite 72)

Rednerinnen: Abg. Kiesel (Seite 72)  
Abg. Kraler (Seite 73)  
Abg. Moser (Seite 74)

Beilage 857/2005: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Gemeindeabteilung".

Berichterstatter: Abg. Kapeller (Seite 74)

Redner: Abg. Affenzeller (Seite 75)  
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 77)  
Abg. Hingsamer (Seite 78)  
Abg. Kapeller (Seite 80)  
Landesrat Dr. Stockinger (Seite 81)

Beilage 859/2006: Initiativantrag betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Oö. Tourismusabgabengesetz 1991 geändert wird.

Berichterstatter: Abg. Schürer (Seite 84)

Beilage 858/2006: Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung des Finanzstandortes Österreich.

Berichterstatter: Abg. Mag. Strugl (Seite 84)

Beilage 862/2006: Initiativantrag betreffend den Verkauf von Wohnbaudarlehen an die Hypo Alpe-Adria.

Berichterstatterin: Abg. Mag. Jahn (Seite 85)

Beilage 864/2006: Initiativantrag betreffend die Einhaltung des Budgetvoranschlags durch die Landesregierung.

Berichterstatterin: Abg. Präsidentin Weichsler (Seite 86)

Beilage 865/2006: Initiativantrag betreffend den Förderbericht des Landes Oberösterreich.

Berichterstatter: Abg. Dr. Fraiss (Seite 86)

Redner:       Abg. Mayr (Seite 86)  
              Abg. Dr. Fraiss (Seite 87)  
              Abg. Mag. Steinkellner (Seite 89)  
              Abg. Trübswasser (Seite 90)  
              Abg. Schenner (Seite 91)  
              Abg. Mag. Steinkellner (Seite 92)

**Geschäftsantrag:**

Beilage 867/2006: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abg. Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 693/2005, Initiativantrag betreffend eine Resolution für die Einsetzung eines "OÖ-Konvents".

Berichterstatter: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 93)

Redner:       Abg. Mag. Steinkellner (Seite 93)

**Vorsitz:**     Erste Präsidentin Orthner  
              Zweite Präsidentin Weichsler  
              Dritte Präsidentin Eisenriegler

**Schriftführer:** Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

**Anwesend:**

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Anschöber, Dr. Kepplinger, Sigl und Dr. Stockinger, entschuldigt Landesrat Ackerl und Landesrätin Dr. Stöger

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Ing. Öller

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: HR Dr. Dörfel

(Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten)

**Erste Präsidentin:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen, ich eröffne die 28. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags in dieser Legislaturperiode. Ich begrüße die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, die anwesenden Bundesräte, die jungen Damen und Herren, die heute auf der Galerie sind, die Internetbenutzerinnen und –benutzer an ihren Geräten. Heute sind entschuldigt die Landesräte Sigl, Dr. Stöger und Ackerl und der Herr Abgeordnete Ing. Öller. Die amtliche Niederschrift über die 27. Sitzung liegt in der Zeit vom 7. bis 21. April 2006 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Wir beginnen diese Sitzung mit der Fragestunde, die ich jetzt der Reihe nach aufrufe, und die Sie auf Ihren Plätzen schriftlich niedergelegt haben. Die Anfrage, die als erste gestellt wird, ist die des Herrn Klubobmannes Mag. Steinkellner an den Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, bitte.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Schönen guten Morgen, Herr Landeshauptmann! Vergleiche zeigen, dass der Strompreis der Energie AG im Schnitt deutlich über dem von anderen Anbietern liegt, trotz Umsatz- und Ergebnisrekordwerte im vergangenen Geschäftsjahr hat die Energie AG nun weitere Tarifierhöhungen angekündigt. Welche Gründe gibt es aus Ihrer Sicht als Eigentümerversreter dafür, dass die Energie AG zu den Anbietern mit dem höchsten Strompreis in Österreich zählt?

**Landeshauptmann Dr. Pühringer:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Die Frage ist so, wie Sie sie gestellt haben, nicht richtig. Ich habe mir von der Unternehmensleitung und nur diese ist zuständig, den Preisvergleich aller EVUs in Österreich geben lassen, und zwar nicht den Preisvergleich von einer Preissegmentgruppe, sondern quer durch die gesamte Segmentgruppe, hier liegen wir genau im Mittelfeld. Zweitens, die Begründung, warum es zu einer Preiserhöhung gekommen ist, ist ganz klar, weil es alleine seit dem 1. Juni 2005 beim Stromhandel, wir müssen leider auch zukaufen, eine vierzigprozentige Preiserhöhung gegeben hat. Wie Sie wissen, setze ich mich sehr für den Ausbau der heimischen Wasserkräfte und auch der sonstigen alternativen Energien ein. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie mich bei Lambach durch Ihre Fraktion entsprechend unterstützt hätten, dann hätten wir Lambach schon etwas früher gehabt, hätten wir rechtzeitig mehr Eigenaufkommen gehabt. Ich bitte Sie, sich zukünftig für den Ausbau der heimischen Kräfte entsprechend einzusetzen, dann sind wir weniger abhängig vom Stromhandel und können den Strompreis noch günstiger gestalten. Im Übrigen sage ich Ihnen, schalte ich mich natürlich als Eigentümerversreter nicht in die operative Ebene ein, ich glaube, das entspricht auch dem freiheitlichen Bild vom Wirtschaften, dass die operative Ebene durch die Geschäftsführung erledigt wird. Entscheidend ist, wie sich ein Unternehmen behaupten kann. Ich kann Ihnen sagen, im letzten Jahr haben wir im Segment der Privatkunden, der Landwirtschaftskunden und der Gewerbekunden im Einzugsbereich der Energie AG einen Marktanteil von 98,3 Prozent gehabt. Wir befinden uns im liberalisierten Markt, Anfrage, Nachfrage und Angebot bestimmen letztlich den Preis, ich glaube, bei 98,3 Prozent Marktausschöpfung ist eine verantwortungsvolle Tarifpolitik gemacht worden.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Herr Landeshauptmann, zur Vorbereitung dieser Antwort habe ich dir einen Ausdruck der E-Control gegeben, wo also genau der Haushaltsstrom, der Durchschnittsverbrauch von 3.800 kWh berechnet wird, und genau dort, wo es die Konsumenten, nämlich den durchschnittlichen Haushalt betrifft, ist die Energie AG am äußerst oberen Rand. Jetzt bist du nicht nur Eigentümerversreter, sondern auch Landeshauptmann für Ober-

österreich und unterstützt die Konsumenten. Was wirst du unternehmen, dass die Energie AG natürlich auch die oberösterreichischen Haushalte insofern unterstützt und nicht mehr belastet, als derartige Preiserhöhungen von sechs Prozent jetzt und eine kommende im nächsten Jahr verhindert werden?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Ich werde mich dementsprechend engagieren, auch gegen alle Kräfte, die den Ausbau der heimischen Wasserkraft in der Vergangenheit öfter behindert haben, dass der Eigenanteil steigt, dass der Zukauf weniger wird, denn, wenn wir weniger Zukauf haben, dann können wir günstige Preise für unsere Abnehmer garantieren.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Herr Landeshauptmann, die Landesregierung ist durch den Landtag ermächtigt worden, 25 Prozent plus eine Aktie zurückzukaufen bis zu einer Summe von 471 Millionen Euro. Wenn nunmehr dieser riesige Betrag seitens des Landes in die Hand genommen werden muss, ist dieser Betrag wirklich rechtfertigbar, wenn man gleichzeitig beurteilt, dass die Energie AG die Strompreise anhebt? Wenn man das beurteilt, dass also ein Unternehmen gekauft wird und gleichzeitig dieses Unternehmen sich selbst Marktchancen wegnimmt, weil der Strompreis angehoben wird, so ist es fraglich, ob dieser Betrag gegenüber dem Steuerzahler zu rechtfertigen ist.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Herr Klubobmann, zum Ersten ist die Werthaltigkeit des Unternehmens, nachgewiesener Weise und in Prüfberichten nachzulesen, gestiegen und nicht gefallen, um das klarzustellen. Zweitens, wenn in den von mir zitierten Segmenten die Energie AG über 98 Prozent den Markt ausschöpft trotz eines liberalisierten Marktes, wo jeder Anbieter am Markt auftritt und manche sogar, denken Sie an den Verbund, aggressiv aufgetreten sind, die Energie AG hält diesen Marktanteil, dann spricht das für das Unternehmen. Was den Preis anlangt, so ist das der Preis in der Werthaltigkeit gerechnet, den wir einmal bekommen haben, es ist ja nicht auf Dauer unsere Absicht, diese Anteile zu halten, denn wir müssen uns im liberalisierten Markt dementsprechend gut aufstellen. Ich rechne nicht damit, dass das Land diesen Preis auf Dauer finanzieren wird, wir haben jetzt Zeit bis zum Jänner 2007, erst dann wird die Summe fällig, bis dorthin eine dementsprechende verantwortungsvolle Positionierung der Energie AG und ihrer Eigentümerstruktur vorzunehmen.

**Erste Präsidentin**: Danke. Gibt es weitere Zusatzfragen? Das ist nicht der Fall, danke, Herr Landeshauptmann. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Aspöck an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl.

Abg. **Ing. Aspöck**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Immer mehr Experten warnen davor, dass aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen in Österreich das Sozialsystem in naher Zukunft nicht mehr aufrecht zu erhalten sein wird. Welche familienpolitischen Maßnahmen wollen Sie neben den bereits bestehenden Förderungen zusätzlich ergreifen, um dem Geburtenrückgang in Oberösterreich entgegenzuwirken?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl**: Herr Abgeordneter, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist Realität, dass wir seit den Sechzigerjahren ständig sinkende Geburtenzahlen haben, wir haben zu Beginn der Sechzigerjahre knapp 25.000 Geburten gehabt und stehen jetzt bei unter 14.000. Das Land Oberösterreich tut sehr viel für die Familien! Meine Aufgabe sehe ich darin, mitzuwirken, dass Oberösterreich zu den familienfreundlichsten Ländern der Republik gehören muss. Wir tun einerseits relativ viel mit Förderungen, wir machen aber auch viele Aktionen, wie beispielsweise Wettbewerbe "Der familienfreundliche Betrieb", weil wir überzeugt sind davon, dass zukünftig diese Fragen, nämlich die Frage von der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zentrale Fragen sein werden. Es ist einerseits eine finanzielle

Frage, dass von der Gesellschaft der entsprechende Ausgleich hergestellt wird, zwischen denen, die Sorgepflichten haben, und denen, die keine Sorgepflichten haben. Da glaube ich, dass in der Republik mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes eine sehr, sehr wichtige Maßnahme geschaffen wurde, ich glaube aber auch, dass wir im Land Oberösterreich eine Reihe von Maßnahmen gesetzt haben, die einen gewissen Ausgleich schaffen sollten, die eine Verbesserung bringen müssen. Ich glaube auch, dass wir mit den Aktivitäten rund um die Familienkarte ein breites Bewusstsein geschaffen haben bei den Anbietern im Freizeitbereich, dass die Angebote so sein müssen, dass sich die Angebote auch Familien leisten können. Das sind alles Aktivitäten des Familienreferates, und im Übrigen möchte ich nicht aufzählen, was alles an konkreten Maßnahmen läuft. Da sehe ich eine wichtige Aufgabe darin, den jungen Leuten Mut zu machen, Ja zu sagen zu Kindern, Ja zu sagen zur Familie, denn ich betrachte es als große Gnade, Kinder zu haben, auch Enkelkinder zu haben. Ich betrachte es auch als wichtige Sache, im Rahmen einer Familie leben zu können.

**Abg. Ing. Aspöck:** Ich danke. Eine Zusatzfrage, wie man sieht, hat ja dieses Instrument des Kindergeldes noch nicht richtig gegriffen, denn die Kurve geht ja nach wie vor nach unten im Bereich der Geburten. Gibt es von Ihrer Seite eine Bereitschaft zum Beispiel, es hat früher dieses Hochzeitsgeld gegeben. Sind Sie auch dafür, dass man das wieder einführt? (Zwischenruf Zweite Präsidentin: "Bringt das mehr Kinder?")

**Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl:** Ich glaube, dass das Thema vielschichtig ist. Ein wichtiger Punkt ist ganz sicher der finanzielle Ausgleich, das darf man nicht unterschätzen, das ist ganz, ganz wichtig, denn die Einkommenssituation von Alleinverdienern mit Sorgepflichten sind dramatisch, anders als die Einkommenssituation von Kinderlosen mit zwei Einkommen, das muss man realistisch sehen. Ganz wichtig war, dass neben den monetären Leistungen auch diese Zeiten der Kindererziehung in der Sozialversicherung dargestellt werden. Das ist für mich einer der wichtigsten Punkte gewesen, dass nicht in der Endabrechnung am Ende der beruflichen Zeit diese Kinderzeiten Fehlzeiten sind. Dort betone ich die Leistung der Österreichischen Bundesregierung, sie ist eine einzigartige, die hier gemacht wurde, es ist aber nicht davon auszugehen, dass aufgrund dieser Leistung sofort die Geburtenzahlen steigen. Es war eine notwendige Maßnahme, die dazu beitragen wird, dass man leichter Ja sagen kann, eine gewisse Zeit beim Kind zu bleiben.

Ich bin auch der Meinung, dass wir im Steuerrecht noch weitere Punkte der Gerechtigkeit setzen müssen. Beispielsweise ist es mir ein großes Anliegen, noch erreichen zu können, dass wir das steuerfreie Existenzminimum erreichen können, dass der Steuergesetzgeber anerkennt, dass Sorgepflichten sich auch im Steuerrecht widerspiegeln müssen, weil es halt einfach ein Unterschied ist, ob ich mit dem Einkommen für mich selber auskommen muss oder von dem Einkommen drei oder vier oder fünf Leute leben müssen, das ist die finanzielle Seite. Ich bin aber überzeugt, dass es noch wichtiger wird, dass die Rahmenbedingungen rundherum in der Berufswelt stimmen müssen. Denn, wenn ich das übereinander bringen kann, ein Kind geht vielleicht noch, aber das zweite oder das dritte Kind geht dann gar nicht mehr, dann wird man halt nicht ja sagen zum Kind. Wenn aber die Betriebe und die Arbeitgeber auch bereit sind anzuerkennen, dass Eltern mit Kindern ein bisschen andere Rahmenbedingungen brauchen, dann wird es möglich sein, dass sich da etwas verändert. Ich sehe aber in Oberösterreich, dass wir überraschend viele Betriebe haben, die für junge Familien sehr, sehr viel tun. Wir haben den Wettbewerb gemacht und waren ganz überrascht, was in den Betrieben alles gemacht wird, was nicht einmal Geld kostet. Wo es nur darauf ankommt, dass man in der Phase der Kindererziehung, in den ein, zwei, drei, vier und fünf Jahren halt, einfach die Arbeitsbedingungen ein bisschen anders gestaltet, Rücksicht darauf

nimmt, dass eben das Kind gewisse Zeiten braucht, wo die Mutter zur Verfügung steht oder der Vater zur Verfügung steht. Das sehe ich als wichtigen Weg der Zukunft.

**Abg. Ing. Aspöck:** Also kein Hochzeitsgeld. Danke.

**Erste Präsidentin:** Weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, du hast jetzt einige Ideen vorgetragen, die der Bund umsetzen könnte, um Familien zu unterstützen, die Anfrage lautete konkret, ob du auch für Oberösterreich Vorschläge hast. Ich bringe dir einige: Etwa das Kindergeld bis zum sechsten Lebensjahr auszubauen oder den Kindergarten ab dem fünften Lebensjahr gratis zu stellen, aber vielleicht hast du auch eigene Vorschläge, wie man Anreize für mehr Kinder in Oberösterreich erreichen könnte?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Herr Klubobmann, auf das Hochzeitsgeld war ich zugegeben nicht vorbereitet, darum habe ich dort keine konkrete Antwort geben können. Ich kann dir aber nachliefern eine ganz Palette von Vorschlägen, von Maßnahmen, die bei uns im Familienreferat abgearbeitet werden, im Übrigen arbeiten hier alle Fraktionen im Landesfamilienbeirat sehr, sehr gut zusammen. Wir sind hier nirgends großer unterschiedlicher Meinung, außer dass es immer noch weitere Vorschläge geben könnte, die man natürlich aufgreifen und umsetzen muss, aber ich würde meinen, die heute Anfragemöglichkeit sprengt ein bisschen die Zeit, daher liefere ich dir in den nächsten Tagen eine umfassende Übersicht über alle Aktivitäten des Familienreferates.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Danke.

**Erste Präsidentin:** Danke. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die nächste Anfrage ist die der Frau Abgeordneten Moser an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider.

**Abg. Moser:** Einen schönen guten Morgen, Herr Landeshauptmann! Meine Anfrage betrifft den Hinsenkampplatz. (Zwischenruf Abg. Pilsner: "Ja, wieder einmal!") Ja, die unendliche Geschichte, danke für den Hinweis, die Ergänzung. Der Hinsenkampplatz und seine bauliche Gestaltung stellen ein Problem dar, zu dem Sie im Jahr 2003 mitgeteilt haben, dass Sie eine multimodale Verkehrsoptimierung beabsichtigen, ein Konzept für die Vergabe einer Machbarkeitsstudie wurde bereits im Oktober 2003 fertig gestellt, die Ausschreibung soll noch im selben Jahr erfolgt sein. Meine Frage: Wann ist mit einer optimierten Verkehrssituation im Bereich des Hinsenkampplatzes zu rechnen?

**Erste Präsidentin:** Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Galerie! Frau Abgeordnete, ich möchte mich dafür bedanken, Sie ermöglichen es mir, durch Ihre regelmäßigen Anfragen den hohen Landtag immer über den aktuellen Stand der Projekte zu informieren. Ich darf das auch heute beim Hinsenkampplatz tun. Die Verkehrsführung am Hinsenkampplatz ist aufgrund der Verknüpfungen und der Überlagerung mehrerer Verkehrsformen äußerst komplex. Ausgangspunkt der Überlegungen war es, eine Verbesserung bei den Sicherheitsaspekten für Fußgängerinnen und Fußgänger zu finden. Es wurde dann die Projektvorgabe erstellt, dass eine zufriedenstellende Lösung für die Fußgänger, für den Radver-



kehr sowie für die Verknüpfung der einzelnen öffentlichen Verkehrsmittel im Bereich des Hinsenkampplatzes erarbeitet werden soll.

Wie ich schon in der Landtagssitzung am 7. April 2005 in Beantwortung Ihrer Anfrage ausgeführt habe, wurde vereinbart, dass in der Bearbeitung der Thematik ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden soll und deshalb auch alle einschlägig befassen Dienststellen des Landes Oberösterreich und der Stadt Linz einbezogen werden sollen, es wurde somit auch den Anregungen des Landesrechnungshofes Rechnung getragen.

Über die Aufteilung der Kosten für die Planungsarbeiten wurden zwischen den Ressorts des Landes und der Stadt Linz Verhandlungen geführt. Es wurde letztlich vereinbart, dass je ein Drittel der Kosten vom Straßenbauressort des Landes, vom Verkehrsressort des Landes und von der Verkehrsplanung der Stadt Linz finanziert werden soll. Der entsprechende Regierungsbeschluss wurde in der Sitzung vom 11. August 2005 gefasst. Nach diesem Beschluss wurden Arbeitsgruppenbesprechungen zur Formulierung der Ausschreibung wieder aufgenommen.

Die weitere Behandlung der Problematik durch die beteiligten Dienststellen von Stadt und Land hat ergeben, dass eine längerfristige und vor allem nachhaltige Lösung die künftigen Projekte City-S-Bahn, vierte Donaubrücke und die begleitenden innerstädtischen Planungen berücksichtigen muss. Eine sinnvolle Behandlung kann daher nicht auf den Bereich des Hinsenkampplatzes allein beschränkt bleiben, sondern muss entsprechend den verkehrlichen und funktionalen Verflechtungen räumlich ausgeweitet werden. Die ursprüngliche Konzeption wurde daher auf den Bereich Urfahr-Süd ausgeweitet.

In den Arbeitsbesprechungen wurde vereinbart, dass in einem ersten Schritt durch ein dazu befähigtes Verkehrsplanungsbüro ein umfassendes Basiskonzept, ein so genannter Masterplan, erstellt wird, das im Weiteren mit der Politik und den Verkehrsträgern abgestimmt wird. Die weiteren Details für die einzelnen Verkehrsträger sollen dann in Einzelaufträgen von jeweils geeigneten Fachexperten abgearbeitet werden.

Das Basisprojekt "Strategisches Verkehrsorganisationskonzept Urfahr" im Rahmen des Gesamtprojektes steht jetzt unmittelbar vor der Vergabe. Die Vergabe wird durch die Stadt Linz vorgenommen und es wurde das Grazer Planungsbüro Sammer & Partner ausgewählt.

Das Basisprojekt umfasst folgende Bearbeitungsfelder:

1. Verkehrsorganisation und Verknüpfung des Öffentlichen Verkehrs (Situierung und Gestaltung des künftigen Umsteigeknotens zwischen Straßenbahn, Regional- und Stadtbuslinien und City-S-Bahn; Optimierung der Umsteigesituation am Hinsenkampplatz selbst zwischen allen ÖV-Systemen; Abstimmung der City-S-Bahn mit den von der Stadt Linz vor Ort geplanten Maßnahmen)
2. Verkehrsorganisation des Individualverkehrs (Neuordnung des künftigen Straßennetzes im Planungsgebiet; Optimierung des Angebotes für den Fußgänger- und Radfahrverkehr; Neuorganisation des ruhenden Verkehrs)
3. Integrierte Betrachtung der veränderten Rahmenbedingungen (neue Brücken, City-S-Bahn, verkehrsberuhigte Zonen)

Die Bearbeitungszeit für die Basisstudie ist mit einem Jahr ab Auftragsvergabe festgelegt. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Basisstudie wird dann die weitere Bearbeitung im Rahmen von Detailaufträgen für die einzelnen Verkehrsträger durch entsprechende Fachplaner erfolgen. Ich hoffe, Ihre Frage beantwortet zu haben.

Abg. **Moser**: Ja, Herr Landeshauptmann. Ich danke. Meine Anfrage hat natürlich den Sinn, weil wir in Linz überhaupt nichts hören, wie das Projekt weiter geht. Und so wird es auch vielleicht den Linzer Bürgern bekannt werden, welche Planungsschritte jetzt kommen. Eine Frage in dem Zusammenhang, eine Zusatzfrage: Sie haben jetzt ausgeführt, dass der Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Fußgänger und Radfahrer, alle in diesem Projekt berücksichtigt werden sollen. Warum hat man dann in der Stadt Linz einen eigenen Radfahr- und Fußgängersteg geplant, in Auftrag gegeben, ein Modell gemacht, da sehr viel Geld investiert, wenn das als Teil, und das ist jetzt sehr wohl auch Ihr Bereich, ein Teil des Gesamtverkehrskonzepts zu sehen ist?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Frau Abgeordnete! Diese Frage kann Ihnen als einziger im Raum hier der Abgeordnete Stelzer beantworten. (Zwischenruf Abg. Mag. Stelzer: "Nein!") Er ist der Klubobmann der ÖVP und im Gemeinderat tätig. Er weiß es vielleicht. Ich kann Ihnen diese Frage ad hoc nicht beantworten.

**Erste Präsidentin**: Eine weitere Frage?

Abg. **Moser**: Ja, eine Zusatzfrage. Ich bleibe beim Thema. Es tut mir sehr leid, wenn Sie das nicht beantworten können, weil auch das Land, auf Grund Ihrer Ausführungen habe ich das entnommen, übernimmt ein Drittel der Kosten, und auch die Stadt Linz. Ich glaube, es wäre auch für den Verkehrsreferenten wichtig, die dementsprechenden Informationen in dem Projekt zu haben. Ist da wirklich damit zu rechnen, dass das Endprojekt erst, ich sage jetzt, in Betrieb genommen werden kann, dass wir zu einer Fertigstellung kommen, wenn die City-S-Bahn gebaut ist?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Der Schluss ist nicht richtig, sondern die Auswirkungen der City-S-Bahn werden in dieses Verkehrskonzept mit einfließen. Aber umgesetzt wird es sicher mit und ohne City-S-Bahn werden. Denn wichtig ist ja nur für die Situierung der Straßenbahnlinie und der eventuell neuen Verkehrsführung, dass die Trasse der City-S-Bahn berücksichtigt ist. Das heißt, wir brauchen nur die Sicherung der Trasse für die City-S-Bahn, aber nicht den Neubau der City-S-Bahn, um dieses Konzept umsetzen zu können. Beim Steg zahlen wir kein Drittel - damit hier kein Missverständnis entsteht. Wir zahlen nur das Drittel der Planungskosten für dieses Erstkonzept. Und sollten Sie mehr Öffentlichkeitsarbeit wünschen zu diesem Verkehrsprojekt, bin ich gerne bereit, diese zu leisten.

Abg. **Moser**: Danke.

**Erste Präsidentin**: Ich danke. Gibt es weitere Anfragen? Bitte, Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Ich bin überrascht, dass das Land nicht weiß, welche Radwege die Stadt Linz baut, aber unabhängig von diesem Nichtwissen frage ich, wie schaut es aus mit der Sicherheit der Fußgänger? Es wurde zugesagt, dass eine Videokamera auch für den Hinsenkamplatz angeschafft wird. Ich glaube, dass die Sicherheit vorrangig ist und man nicht zuwarten sollte, bis eine Gesamtverkehrslösung mit vierter Donaubrücke hier die Situation entschärft. Meine Frage: Ist gewährleistet, dass die Fußgänger zur Hebung der Sicherheit noch heuer mit einer Videoüberwachung des Hinsenkamplatzes rechnen können?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Herr Klubobmann! Ich freue mich, und Sie wissen ja, dass ich der Vorsitzende des Sicherheitsteams der SPÖ in Österreich bin, aber ich bin nicht der Innenminister oder Innenministerin. Videokameras aufstellen oder nicht

aufstellen ist Kompetenz des Innenministeriums. Ich bitte Ihre Regierungskollegen in der Bundesregierung zu befragen, wann diese Kamera kommen wird oder nicht kommen wird. Ich bitte mir auch zu vergeben, dass ich nicht die nicht gebaut werdenden Radwege weiß. Ich weiß sehr wohl die Radwege, die gebaut werden. Aber wenn ich die Presse richtig verstanden habe, soll dieses Projekt nicht kommen oder wird in Zweifel gestellt. Eine Liste der nicht zu bauenden Radwege, mit der kann ich nicht dienen, Herr Klubobmann. Ich ersuche um Verständnis.

**Erste Präsidentin:** Danke. Weitere Zusatzfragen? Die gibt es nicht mehr. Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider. Die Fragestunde ist damit geschlossen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Danke Frau Präsidentin.

**Erste Präsidentin:** Ich bitte den Herrn Schriftführer, Herrn Kollegen Bernhofer, den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Bernhofer:** Der Eingang zur heutigen Sitzung umfasst folgende Beilagen. Die Beilage 850/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Resolution des Ausschusses für Frauenangelegenheiten hinsichtlich der ausgewogenen Besetzung von Gremien, wird dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 852/2006, Personelle, sachliche und finanzielle Erfordernisse des Landesrechnungshofes für das Jahr 2007 und Übersicht über die weitere Entwicklung, wird dem Kontrollausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 855/2006, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG für die Jahre 2006 - 2010, wird dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 856/2006, eine Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bürgermeisterbezugesetz 1992 geändert wird (Oö. Bürgermeisterbezugesetz-Novelle 2006), wird dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 859/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend ein Landesgesetz mit dem das Oö. Tourismusabgabegesetz 1991 geändert wird, soll gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Ebenso soll die Beilage 858/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung des Finanzstandortes Österreich, keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Auch die Beilage 860/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend Neuverhandlung über eine Novelle des Ökostromgesetzes, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 861/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein Preisdämpfungsmodell für Biomasse und alternative Rohstoffe, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 862/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend den Verkauf von Wohnbaudarlehen an die Hypo Alpe Adria, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 863/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die öffentliche Ausschreibung der OÖ Landesholding-Geschäftsführung, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Auch die Beilage 864/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Einhaltung des Budgetvoranschlags durch die Landesregierung, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 865/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend den Förderbericht des Landes Oberösterreich, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Und auch die Beilage 866/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Unterstützung von Schüler/innen aus einkommensschwächeren Familien, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

**Erste Präsidentin:** Ich bedanke mich beim Herrn Schriftführer für die Verlesung des Einganges. Alle Unterlagen haben Sie entweder auf Ihren Plätzen oder in Ihrem Computer.

Wir beginnen mit der Behandlung der Dringlichkeiten, die Beilage 859/2006. Es handelt sich hier um einen Initiativantrag betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Oö. Tourismusabgabegesetz 1991 geändert wird. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dringlich zu behandeln. Dazu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Schürer das Wort.

Abg. **Schürer:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Den Reigen der Dringlichkeitsanträge eröffnet ein Antrag, der vielleicht Seltenheit hat, dass er durch alle vier Parteien des Landtags eingebracht wurde und ich gehe davon aus, dass er auch dementsprechend dann so beschlossen wird, weil er ja auch die Zweidrittelmehrheit erfordert. Dieser Dringlichkeitsantrag ist dadurch entstanden, dass es im Tourismusabgabegesetz durch die Prüfung des Rechnungshofes eine kleine Schwachstelle im Tourismusgesetz gegeben hat. Drei Bürgermeister der Gemeinden Bad Ischl, Bad Hall und Bad Schallerbach sind an den für Tourismus zuständigen Landesrat Viktor Sigl herangetreten, dass hier ein Problem aufgetaucht ist.

Dieses Problem, mit dem auch wir jetzt konfrontiert sind, ist dahingehend, dass Betreiber der dortigen Sonderkrankenanstalten bisher die Tourismusabgabe anstandslos bezahlt haben, und dass auf Grund dieser Prüfung und der Rechtsunsicherheit ab 1. März 2006 keine Tourismusabgabe mehr zu bezahlen wäre. Daher sind wir aufgefordert, um Einnahmehausfälle, die pro Jahr ca. für diese Gemeinden 225.000 Euro jährlich ausmachen, da hintanzustellen, dieses Gesetz zu novellieren. Es tritt damit keine neue Abgabeforderung ein, sondern wie gesagt wurden diese Beiträge auch bisher schon bezahlt, die Tourismusverbände würden aber dadurch in ihrer Aktivität bzw. in ihrer Wirtschaftlichkeit sehr stark beeinflusst. Auch die Träger dieser Häuser in diesen genannten Kurorten sind bereit dazu, dies zu bezahlen, nur es muss die Rechtssicherheit hergestellt werden. Ich darf darum bitten, dass dieser Antrag als dringlich angenommen wird und bitte um Ihre Zustimmung. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Meldung von konkreten Nächtigungszahlen und die Ablieferung der Tourismusabgabe gehören für mich sehr eng zusammen und müssen meiner Meinung nach Selbstverständlichkeit bei uns in Oberösterreich sein. Denn einerseits sind gute Informationen über die Nächtigungszahlen im Tourismus absolut entscheidend für eine erfolgreiche Marketingstrategie der Landestourismusorganisation, und sie sind auch einer der Parameter über den großen oder den weniger großen Erfolg einer Tourismussaison in Oberösterreich und andererseits werden mit dieser Abgabe von den Tourismusverbänden wertvolle und wichtige Tourismusaktivitäten in den betroffenen Gemeinden finanziert.

Mit diesem nun vorliegenden Antrag, der vom Kollegen Schürrer berichtet worden ist, soll nun das Oö. Tourismusgesetz geändert werden und die Rechtssicherheit betreffend die Erhebung der Tourismusabgabe hergestellt werden. Und dadurch kann auch die Tourismusabgabe von Personen eingehoben werden, welche sich aus Anlass einer Reha oder auf Grund einer Gesundheitsuntersuchung, Gesundheitsvorsorge, in einer Sonderkrankenanstalt befinden und dort auch nächtigen. Und sie nehmen ja auch die touristischen Angebote in dieser Region, in diesen Gemeinden in Anspruch.

Wie aus dem Bericht ersichtlich ist, haben ja die Versicherungsanstalten bis zum Beginn des heurigen Jahres diese Tourismusabgabe auch verrechnet und auch an die Gemeinden abgeliefert. Und damit das in Zukunft auch ordnungsgemäß geschehen kann, ist Rechtssicherheit für die betroffenen Gemeinden außerordentlich notwendig und wichtig. Wir werden daher diesem Antrag nicht nur die Dringlichkeit zuerkennen, sondern werden ihm auch die Zustimmung geben. Und wir hoffen, dass in derselben Geschwindigkeit auch die Meldeproblematik auch im heurigen Jahr einer Lösung zugeführt wird. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen und stimmen auch inhaltlich zu. Es geht ja darum, eine finanzielle Schwächung der Tourismusverbände und der Kurorte und den damit verbundenen Tourismusverbänden zu vermeiden. Es gilt im Sinne einer Abgabengerechtigkeit hier eine Lücke zu schließen. Und in der Praxis wurde ja das System entsprechend, man kann sagen, freiwillig weiter geführt. Es ist richtig, dass Personen, die zur Rehabilitationszwecken in diesen Kurorten sind, die gleichen Einrichtungen und auch die Angebote benützen, die Kurgäste und auch private Gäste, ob das jetzt Konzertbesuche, Wegeanlagen, Parkanlagen und dergleichen sind, nützen.

Ich möchte aber schon auch bemerken, dass Leute, Menschen, Bürger, die sich auf Rehabilitation dort befinden, einen gewissen Selbstbehalt haben und dass man natürlich auch das Abgabenausmaß sehr genau prüfen soll, und die Menschen, die ja einmal krank waren und sich auf Rehabilitation befinden, um wieder hergestellt zu werden, um wieder ins Berufsleben eingegliedert zu werden, auch finanziell nicht überstrapaziert werden dürfen. Diese Warnung im Sinne oder im Konnex mit diesem Antrag möchte ich sehr wohl hier deponieren. Danke.

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen auf der Tribüne, und ich glaube, auch heute wieder im Internet! Ich möchte nur ganz

kurz zu diesem Antrag Stellung nehmen. Ich glaube, das Tourismusland Oberösterreich hat ja einen wichtigen Schwerpunkt. Dieser wichtige Schwerpunkt heißt Gesundheit, Gesundheitsvorsorge. Und ich glaube, gerade die Einrichtungen, die in unseren Orten sind, wo es um medizinische Rehabilitation und um eine Gesundheitsvorsorge geht, sind ein wesentlicher Bestandteil auch dieses guten Angebotes in Oberösterreich. Also, der Tourismus wird belebt auch durch diese Qualität, die in diesen Sonderkrankenanstalten geboten wird, und zweiter Faktor ist, genau die Menschen, die diese Sonderkrankenanstalten brauchen, um eben von gewissen schweren Unfällen oder von einem Herzinfarkt rehabilitiert werden und wieder in die Gesundheit zurückgeführt werden, brauchen eine gute und vor allem eine lebenswerte Umwelt und Natur.

Und genau diese Natur- und Kulturlandschaft, von der wir in Oberösterreich sehr viel haben, sind ein wesentlicher Faktor auch, um diese schnellere Genesung voran zu treiben. Ich glaube, hier mit diesem Antrag sieht man auch, dass diese Dinge ineinander greifen. Ich habe zuerst nicht gewusst, dass das so zusammen hängt. Aber wie ich es mir gelesen habe und überlegt habe, was kann man dazu sagen, es wirklich zu unterstützen, sowohl die Dringlichkeit als auch der Inhalt, weil sich genau diese Bereiche gut ergänzen. Die Grünen werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen, danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag abstimmen. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass er einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedarf. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 859/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 858/2006. Auch hier wurde vorgeschlagen, den Antrag als dringlich zu bezeichnen. Es ist der Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung des Finanzstandortes Österreich. Auch dazu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Strugl das Wort.

**Abg. Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Oberösterreich ist das führende Wirtschaftsbundesland. Oberösterreich ist das Exportland in Österreich und hat daher auch eine sehr starke internationale Komponente. Daher ist es auch für uns sehr wichtig, dass wir in diesem internationalen Wettbewerb auch über eine unangetastete und integre Reputation verfügen als Standort und letztlich natürlich auch als Finanzplatz Österreich.

Deswegen haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der darauf abzielt, dass alle Geschehnisse rund um die BAWAG lückenlos aufgeklärt werden und zwar so rasch wie möglich durch die Finanzmarktaufsicht, letztlich auch durch die Justiz und dass auch geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um solche Vorgänge für die Zukunft zu verhindern. Gerade die österreichischen und natürlich auch die oberösterreichischen Banken verfügen über einen international hervorragenden Ruf. Sie sind auch sehr erfolgreich tätig, insbesondere jetzt in Osteuropa, und umso bedauerlicher sind daher die Geschehnisse rund um die BAWAG. Es scheint so, dass doch eine ganze Reihe auch von gesetzlichen Bestimmungen hier möglicherweise verletzt wurden, beginnend vom Aktiengesetz über das HGB bis zum Bankwesengesetz, ja sogar bis zum Vereinsgesetz, und natürlich auch abgabenrechtliche Vorschriften.

Das, was eigentlich das bedauerliche ist, ist, dass solche Geschäfte, die es schon einmal gegeben hat in diesem Institut 1995, wieder aufgenommen wurden, obwohl es im Jahr davor eine gegenteilige Empfehlung gegeben hat und zwar mit Wissen des Eigentümers, mit Wissen des Aufsichtsrates und auch ganz offensichtlich mit Wissen des damaligen Finanzministers Staribacher. Es ist sogar eine eigene Bankwesengesetz-Novelle 1996 im Nationalrat beschlossen worden, die auch zum Inhalt hatte Empfehlungen aus einer damaligen Expertengruppe, um eben Risikogeschäfte bei sogenannten Off-shore-Geschäften ganz präzise zu regeln und entsprechende Nachteile oder Schaden hintan zu halten.

Und die SPÖ hat damals auch im Nationalrat mitgestimmt bei dieser Bankwesengesetz-Novelle, hat es aber ganz offensichtlich verabsäumt, in diesem Institut BAWAG darauf zu drängen, dass genau diese Bestimmungen hier dann auch entsprechend zur Anwendung kommen. Aus meiner Sicht ist auch eine politische Verantwortung hier zu klären.

Es ist insgesamt eine Verflechtung ÖGB-BAWAG-Arbeiterkammer, die aus heutiger Sicht auch entsprechend problematisch erscheint. Ich halte es daher auch für einen richtigen Beschluss, dass der ÖGB beschlossen hat, sich von der Bank als Eigentümer zu trennen. Es ist im Übrigen auch die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung. 61 Prozent der Österreicher glauben, es ist nicht gut, dass der ÖGB Eigentümer der BAWAG ist und das scheint sich ja auch bestätigt zu haben. Ich verstehe daher nicht, warum beispielsweise der oberösterreichische SPÖ-Vorsitzende Erich Haider die Meinung vertritt, dass sich der ÖGB nicht von der BAWAG trennen sollte, und ich verstehe noch weniger, warum Erich Haider in einem offenen Brief behauptet, es sei kein Schaden durch die Ereignisse hier entstanden.

Ich bin der Meinung, dass sehr Wohl ein Schaden entstanden ist und zwar ein ganz erheblicher. Erstens einmal für den Steuerzahler. Es ist noch zu prüfen, inwieweit hier abgabenrechtliche Vorschriften verletzt wurden im Zusammenhang auch mit Gewinnen und Verlusten aus diesen Risikogeschäften und den damit verbundenen vorzeitigen Abschreibungen. Man kann es auch so sehen, wie beispielsweise in den Oberösterreichischen Nachrichten kommentiert wurde, es geht immerhin auch um die Steuerpflicht der Banken, und für eine Milliarde Euro, die bei diesen Geschäften wie gesagt verloren wurde, wäre Körperschaftssteuer in Höhe von 34 Prozent fällig gewesen. Das sind immerhin 340 Millionen Euro. Also, da davon zu sprechen, dass kein Schaden entstanden ist, das halte ich für nicht richtig.

Beschädigt ist ganz offensichtlich auch das Ansehen des ÖGB. Der ÖGB hat noch dazu zu 100 Prozent gehaftet für diese Geschäfte, obwohl er damals nur 55-prozentiger Eigentümer war, weil der Streikfonds nicht nachhaltig, den Prüfern nicht werthaltig genug war. Es ist das Ansehen des Finanzplatzes dadurch in Mitleidenschaft gezogen worden, und es hätte auch eine Menge Dinge gegeben, die man mit diesem Geld machen hätte können. Deswegen sind wir der Meinung, lückenlose Aufklärung so schnell wie möglich, und daher bitte ich Sie auch, auch im Interesse Oberösterreichs diesem Antrag zuzustimmen. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Trübswasser.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren, geschätzte Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Die Diskussion um die BAWAG hat natürlich in erster Linie das Parlament beschäftigt. Ich habe selbst vor einer Woche die dringliche Anfrage gehört, die Anlass gegeben hat zu heftigen Diskussionen. Ich denke, wir im Oberösterreichischen Landtag sind gut beraten, dass wir das etwas emotionsloser sehen. Aber dennoch betrifft es natürlich nicht nur das Parlament, sondern auch die Bundesländer und die Vertretung, den Landtag.

Kollege Strugl hat einige strafrechtliche Sachen angesprochen. Ich denke, hier werden die Gerichte arbeiten, wie sie es in solchen Dingen tun. Ich möchte mich da jetzt nicht damit beschäftigen. Mich bewegen, ich muss ehrlich sagen, seit Beginn dieser Debatte in erster Linie drei Dinge, weil es doch ein Ereignis war oder ein Ereignis ist, das Singularcharakter hat in dieser Dimension. Diese drei Punkte, die mich wirklich mit Sorge erfüllen, möchte ich kurz ausführen.

Das Erste ist, ich denke die Diskussion, die jetzt entbrannt ist in der Republik Österreich und darüber hinaus in Europa, verdeckt viele andere Fragen, die dringend gelöst werden sollten. Verdrängt die Diskussion auch um die Regierungspolitik in Österreich, verdrängt die Diskussion der EU-Präsidentschaft weitgehend. Das halte ich für eine wenig glückliche Angelegenheit. Ich denke, es stehen sehr, sehr viele Probleme an zu lösen noch bevor das Parlament auseinander geht, bevor Neuwahlen stattfinden. Wir können viele Probleme im Bereich Bildung, im Bereich Arbeitsmarkt, im Bereich Jugendbeschäftigung, im Bereich Frauengleichstellung nicht weiter auf die lange Bank schieben. Wir müssen uns wieder den Problemen zuwenden, die diese Republik in diesen Zeiten, die nicht ganz einfach sind, hat.

Das Zweite ist, Österreich ist, was die Glaubwürdigkeit als Finanzplatz betrifft, was zusätzlich dazu kommt in Zeiten der EU-Präsidentschaft, entscheidend gestört. Österreich ist ein Land, das sehr lange um seine Identität, um sein Image gekämpft hat, weg von den Mozartkugeln und von Walzerseligkeit, zu einem modernen Staat, der Wirtschaftsleistung hat, der Ideen hat, der innovativ ist, der gescheite Köpfe hat. Ich weiß schon, die Sichtweise aus Westeuropa, die Österreich immer wieder ein bisschen so im Südosten ansiedelt. Sicherlich ist es auch ganz wichtig zu zeigen, wir sind ein wichtiges westeuropäisches Industrieland mit großer kultureller Tradition. Dieses Image hat sicherlich Schaden genommen.

Und das Dritte, was mich am meisten stört an dieser Frage ist, diese unglaubliche Naivität, wie man gedacht hat, man könnte innerhalb des Gewerkschaftsbundes Fehlleistungen dadurch korrigieren, dass man sie einfach verschweigt. Wir wollen als Grüne starke Gewerkschaften. Wir wollen Gewerkschaften, die die Rolle der Sozialpartnerschaft weiterhin so wahrnehmen, wie sie sie bisher wahrgenommen haben. Gerade Präsident Verzetnitsch war ein Symbol dafür, wie eine Gewerkschaft stark sein kann und trotzdem politische Verantwortung trägt für ein gemeinsames Land oder für gemeinsame Interessen in diesem Land. Durch diese, würde ich sagen, durch das, was offenkundig wurde, ich rede jetzt nicht nur von den, wie gesagt, von den strafrechtlichen Dingen, von den Haftungen, sondern ich spreche darüber, dass man, man muss sich das einmal vorstellen, das wichtigste, was diese Gewerkschaft hat und was sie auch unterscheidet von den Gewerkschaften der Ersten Republik, war der Streikfonds. Ihn auf eine unglaublich naive Art auch anzulegen in einer Bank, die einem selbst gehört, wo man weiß, dass man ihn nie in dem Ausmaß im Ernstfall realisieren kann, wie es notwendig wäre. Das hat mich eigentlich erschüttert, das hat die Gewerkschaften in ihrem Image geschädigt, das hat sie geschwächt. Das wird wahrscheinlich nachhaltige Folgen haben und wird lange dauern, bis jener Ruf der Gewerkschaft wieder hergestellt ist, wie er vorher war.

Als Letztes, das eigentlich dem ganzen die Krone aufsetzt, ist die Geschichte mit den Eurofightern. Also ich habe ja schon vieles erlebt, wo Interessenskonflikte zu absurden Situationen geführt haben. Ich habe schon gesehen, dass die Linke nicht weiß, was die Rechte tut, aber die Gewerkschaft, wir wissen, ist sowohl von Seiten der ÖVP, aber besonders von Seiten der SPÖ von Mandatarinnen und Mandataren besetzt oder da gibt es Verflechtungen. Und wenn, und das ist glaubwürdig, große Teile der Gewerkschaft und der SPÖ massiv ge-



gen den Kauf der Eurofighter eintreten und dann die Hausbank die Zwischenfinanzierung übernimmt, dann ist das etwas, was ich überhaupt nicht verstehe. Das ist so unbegreiflich. Das wäre das selbe, wie wenn die Grünen ihr nicht vorhandenes Vermögen in Temelin anlegen würden.

Geschätzte Damen und Herren, allein deswegen sind wir dafür, dass so rasch wie möglich, und ich denke, da herrscht auch Einstimmigkeit in diesem Haus, jene Schritte unternommen werden, die in Zukunft solche, ich würde sagen, solche schwerwiegenden Fehler verhindern. Darüber hinaus appelliere ich allerdings an den interimistischen Präsidenten Hundstorfer, dass er jenen Ruf der Gewerkschaft möglichst rasch wieder herstellt, der der Zweiten Republik sehr gut getan hat, der eine Säule der Zweiten Republik war. Wir werden jedenfalls darauf ein wachsames Auge legen, wie diese Restrukturierung und wie dieses Bewältigen dieses Vorfalles den Gewerkschaften gelingt. Dankeschön. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Gibt es Wortmeldungen dazu noch? Bitte, Herr Klubobmann Dr. Frais.

**Abg. Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in diesem Haus oft über die neuen Formen des Ausverkaufs und Zockerkapitalismus diskutiert. Ich weiß, wie sehr wir als Bekämpfer dieser neoliberalen Finanzierungsformen oft belächelt worden sind. Wir haben überhaupt keine Unterstützung bekommen. Und das sage ich sehr deutlich, wenn jemand diesem Antrag heute aus ehrlicher innerer Überzeugung zustimmen kann, dann sind es die Sozialdemokraten, denn wir waren immer dagegen. Denn das, was Sie heute hier machen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der absolute Zugang einer pharisäerhaften Resolution an den Bund.

Hier zu erklären heraußen, dass es nur die BAWAG gegeben hätte, gegen jedes bessere Wissen, dass nur die spekuliert hätten, und jetzt schauen Sie sich bitte einmal alle Ihre Freunde an, haben Sie ein Wort gehört über die Hypo-Alpe-Adria-Bank? Kein Wort! Haben Sie über andere kolportierte Bereiche geredet, meine Damen und Herren? Ich lese nur, dass weniger hoch spekuliert werden soll. Ich habe von Ihnen nie gehört, was mit den Pensionskassen passiert ist, weil man in relativ hohen Bereichen spekuliert hat, weil im Grund dann die Laufzeiten gesetzlich verlängert haben werden müssen, dass Fonds in unterschiedlichen Risikostufen sogar angeboten werden.

Aber das, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll für uns als Sozialdemokraten nur der Ansatz sein. Wir bedauern zu tiefst, und uns schmerzt es, aus dem, was ich gesagt habe, dass ein Missmanagement bei der BAWAG zu diesen Ergebnissen geführt hat. Aber ich vermisse eines. Ich habe keinen Satz gehört, wie man sich um die Belegschaft der BAWAG in Hinkunft annimmt, wie man sich letztendlich Gedanken macht die BAWAG abzusichern. Man redet nur davon, und das ist die Anpatzpolitik, meine Damen und Herren, insbesondere der ÖVP. Ich weiß, ich rede (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Angepatzt habt ihr euch schon selbst mit der BAWAG, in aller Freundschaft!") heute gegen drei Fraktionen. Kollege Stockinger, ich habe mit vielen Leuten draußen gesprochen, mit vielen Leuten gesprochen. Aber niemand ist auf die Idee gekommen zu behaupten, die SPÖ Oberösterreich hätte auch noch so viel mit BAWAG-Entscheidungen zu tun gehabt. Das bleibt euch überlassen, euch mit eurer Anpatzpolitik, hier herinnen Polemik zu betreiben. (Beifall)

Und wenn das alles richtig ist, (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Du bist verurteilt worden diese Woche letztinstanzlich von einem Gericht. Das war Anpatzpolitik, Karl Frais. Du bist verurteilt worden der SPÖ noch für den Wahlkampf 2003 auf Grund des Schwarzbuchs. Redet doch ihr nicht über Anpatzpolitik!" Zwischenruf Abg. Bernhofer: "Bravo!" Beifall) Ich bedanke

mich für den Applaus für eine unsinnige Aussage. Ich bin nämlich nicht angeklagt und nicht verurteilt worden. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Die SPÖ!") Dann sag SPÖ und nicht ich. Dann bist du richtig, Herr Kollege Strugl. Das sind genau eure untergriffigen Attacken.

Meine Damen und Herren, da wird etwas dargestellt, was ja wirklich sensationell ist. Strafrechtliche Vergehen, das ist bestenfalls ein schwebendes Verfahren, bestenfalls kann etwas heraus kommen, ich schütze nicht das Management. Aber eines stelle ich schon fest. Wenn der Kollege Strugl weiß, dass alle diese strafrechtlichen Vergehen vorliegen und ein Finanzminister der Zweiten Republik erstmals seit 2001 zugeschaut hat, der seit April 2001 davon Bescheid weiß, dann kann ich nur eines fordern, den Rücktritt dieses Finanzministers, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall)

Einen Rücktritt mit gleichem Charakter, wie es der Präsident Verzetnitsch gemacht hat, wie der ÖGB seine Konsequenzen gezogen hat. Ja was soll denn dann dieser Antrag? Wenn ich mehr Aufsicht verlange und der Finanzminister ist dem nicht nachgekommen, dann hat er seine Versäumnisse erbracht. Ich bedanke mich ja für diesen Antrag, meine Damen und Herren.

Und wenn Sie schon so brav davon sprechen, dass das alles im roten Bereich gewesen sei, meine Damen und Herren: Wissen Sie, wer 46 Prozent besessen hat? Die Bayerische Landesbank in diesem Zeitraum. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Und wer hat sie an die Bayerische Landesbank verkauft?") Und wissen Sie, wer während dieses Spekulationszeitraumes im Aufsichtsrat gesessen ist? Wer ist im Aufsichtsrat gesessen meine Damen und Herren? Nicht nur ein paar Gewerkschafter, sondern insbesondere der bayrische Finanzminister Professor Dr. Kurt Faltlhauser, Ihr CSU-Freund meine Damen und Herren, der Finanzminister! Unter seiner Aufsicht hat das alles in der BAWAG stattgefunden. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: "Der hat leider nichts gewusst davon!") Ja meine Damen und Herren! Wenn dieser nichts gewusst hat davon, was soll denn dann die SPÖ gewusst haben? Also das ist ja wohl ein Märchen sonder Güte.

Jetzt frage ich mich, wenn der Professor Faltlhauser seine Aufgabe als Aufsichtsrat nicht wahrnimmt, sondern drinnen sitzt, wenn ein Dipl.-Ing. Albert Hochleitner drinnen sitzt, bekannt von der Siemens Austria, bestimmt nicht der SPÖ zuzurechnen, warum haben die nichts gesagt? Oder wenn bis zuletzt der ebenfalls der ÖVP zugehörige Dr. Wallner da drinnen gesessen ist und der bis zuletzt noch behauptet hat, sogar Elsner sei ein guter Banker gewesen. Ja meine Damen und Herren! Jetzt frage ich mich, wo waren denn Ihre ÖVP-Aufsichtsräte? Warum haben sie denn nicht einmal aufgeschrien? Warum sind sie nicht einmal zum Finanzminister gegangen und haben gesagt, bitte hier ist Feuer am Dach, hier gehört eingeschritten?

Machen wir doch lieber eines, meine Damen und Herren! Sichern wir die Menschen vor diesem Zockerkapitalismus ab! Grundsätzlich sind wir da einer Meinung, wenn Sie dem endlich Folge leisten können. Aber da brauchen wir nicht unterschiedliche Formen des Höchststrikos bis herunter, wo ich in Fonds oder sonst wo anlegen kann. Da brauche ich nicht die modernen Treasury Center, in denen letztendlich neue Spekulationen entstehen.

Meine Damen und Herren! Wenn, dann brauchen wir das, was die Leute draußen auch verstehen. Wenn jemand, ein einfacher Staatsbürger mit seinen Einlagen und mit seinem Sparbuch auf eine Bank geht, dann bekommt er für eine jederzeit behebbar Einlage 0,25 Prozent und davon noch minus 25 Prozent KESt. Wenn man es auf ein Jahr einlegt, dann bekommt man 1,5 Prozent. Und meine Damen und Herren! Darin liegt ein großes Spielkapital.

Weil man den Menschen dafür nichts mehr gibt, was sie normal ohne Risiko einlegen und die Differenzen im Grund letztendlich heranzieht für andere Bereiche, die für dieses Spiel geeignet sind.

Ich lade Sie ein, wir tragen diesen Antrag mit, ich lade Sie aber ein, hören Sie auf zu lachen, hören Sie auf anzuputzen. Wir haben genügend gesellschaftliche Probleme zu lösen, ein System zu ändern. Denn nur ob ich im Höchstmaß, etwas weniger oder ein bisschen weniger spekuliere, das meine Damen und Herren, ändert nichts an diesem System, wie es hier momentan auf der gesamten Welt bereits gegriffen hat. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Das ist ein Wahnsinn!" Erste Präsidentin: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Dr. Frais!) Meine Damen und Herren! Wir haben uns dazu bekannt, dass es keine SPÖ-Angelegenheit ist und dass es eine ÖGB-Angelegenheit war. (Erste Präsidentin: Bitte Herr Klubobmann! Ihre Redezeit ist zu Ende. Halten Sie sich bitte auch daran!) Sie haben nicht die Moral besessen zu sagen - (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Hör lieber auf, bevor du auf die Moral kommst!") - ich bedanke mich für deinen wertvollen Beitrag Herr Landeshauptmann. Es freut mich dich willkommen zu heißen im Bereich des Spekulationskapitalismus. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Internet! Ein schlimmes Bild bietet der Oberösterreichische Landtag. Ein schlimmes Bild dann, wenn hier über Moral diskutiert wird und heute NEWS berichtet, wie ein Generaldirektor der Gewerkschaftsbank wie Gott in Frankreich lebt. Dort beginnt die Moral. Ich habe nichts dagegen, dass ein Spitzenmanager gut verdient. Aber wenn er dann in der Karibik Häuser hat, quasi Nachbar von Berlusconi und dem New Yorker Bürgermeister; in der Karibik, in Südfrankreich mit Häusern und Villenplätzen arbeitet, dann kann das ein normal tüchtiger Manager auch in seinem gesamten Leben bei österreichischen Gehältern nicht verdienen.

Aber es ist eine Frage der Moral, wenn der Gewerkschaftspräsident ein Penthouse besitzt und dort sehr wenig Miete bezahlt, wenn für den Generaldirektor der gewerkschaftseigenen Bank ein 600-Quadratmeter-Penthouse in der Innenstadt errichtet wird und der Quadratmeter genau 1.500 Euro kostet. Das ist in etwa die Summe, die für den geförderten Wohnbau bei uns am Stadtrand im Eigentumsbereich verlangt wird, aber nicht für ein Penthouse in der Innenstadt mit Schwimmbad. Und weil der erste Generaldirektor ein derartiges Penthouse hatte, kriegt der zweite Generaldirektor wieder ein derartiges Penthouse. Und der Eigentümervertreter sagt, so kann es doch nicht sein, dann brauche ich auch ein Penthouse. Und dann sagt die SPÖ Oberösterreich, nein diese Bank können wir nicht verkaufen. Wir wollen doch unsere Penthäuser noch weiter behalten oder was soll denn das? (Beifall)

Wenn man sich anschaut und ich war 10 Jahre lang Gewerkschaftsmitglied in meiner Jugendzeit und ich habe mich mit der Arbeiterbewegung wirklich auseinandergesetzt. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Ich bin es heute noch!") Mich stört es, dass es hier eine parteipolitische Verfilzung gibt, die einfach für eine Gewerkschaft nicht in Ordnung ist. Wozu hat denn die Gewerkschaft Anteile an einer Cromer Limited auf den Virgin Islands, an einer Frick Bank in Liechtenstein, an einer Celeste Trust in Liechtenstein? Ja ist das wirklich Aufgabe des österreichischen Gewerkschaftsbundes entsprechende Beteiligungen auf den Virgin Islands zu halten? Oder wäre es nicht ursprüngliche Aufgabe sich wirklich auf die Arbeitnehmerinteressen in einer globalisierten Herausforderung zu konzentrieren? (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: "Oder bei der AMAG?")

Ich kann mich noch erinnern, als die SPÖ vor etwa 10 Jahren darüber diskutiert hat, sollen Abgeordnete parlamentarische Mitarbeiter in Wien haben dürfen. Das war damals das sogenannte parlamentarische Mitarbeitergesetz. Und es gab eine lange Diskussion und der Rudi Anschöber war damals Nationalratsabgeordneter, er nickt, ob in der SPÖ überhaupt jeder Abgeordnete einen Mitarbeiter haben sollte, weil viele sich als Arbeitnehmervertreter fühlten und sagten, wir wollen das an und für sich nicht. Und gleichzeitig hält die Gewerkschaft Beteiligungen im In- und Ausland, bis verpfändete Häuser in der Karibik.

Ja liebe Freunde! Wer immer der Präsident des Gewerkschaftsbundes in der Zukunft sein wird, wenn hier nicht moralisch aufgeräumt wird, wenn hier nicht vorgegriffen wird und endlich diese Beteiligungen abgestoßen werden, (Unverständlicher Zwischenruf) ja lieber Kollege Winterauer, was regst du dich denn auf? Das kann nicht die Aufgabe der SPÖ sein, das kann nicht die Aufgabe des Gewerkschaftsbundes sein, internationale Beteiligungen mit zig tausenden Mitarbeitern zu führen und gleichzeitig die Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Das ist ein Interessenskonflikt. Das ist nicht machbar.

Deswegen muss sich die Gewerkschaft natürlich von der BAWAG trennen. Und deswegen halte ich es für falsch, wenn die SPÖ Oberösterreich sagt, nein die BAWAG darf nicht verkauft werden. Das ist nicht Aufgabe der Gewerkschaft. Wenn man sich vorstellt, dass alleine 1,4 Milliarden Euro verspekuliert wurden und der Gewerkschaftsbund hatte einmal 1,4 Millionen Mitglieder, bedeutet das heruntergebrochen auf jedes Gewerkschaftsmitglied den Verlust von 1.000 Euro. Damit man das einmal auch dingfest macht. 1,4 Milliarden Euro und vieles wissen wir nicht. Komische Geschäfte, etwa bei der Atomic. Das muss doch die SPÖ auch in Oberösterreich aufschreiben lassen und sagen, bitte raus aus diesen Geschäften, das sollen Banker machen, die sollen in der vollen Verantwortung herangezogen werden und es soll nicht die Gewerkschaft als Eigentümervertreter den Generaldirektoren Penthäuser in der Wiener Innenstadt finanzieren. Das ist unzulässig.

Und dabei erwarte ich mir Moral. Da erwarte ich mir das geschlossene Auftreten von allen, von der SPÖ, von der ÖVP, von uns genauso wie von den Grünen, dass man sich von derartigen Spekulationsgeschäften wirklich verabschiedet. Aber besonders dann, wenn ich glaubwürdig als Arbeitnehmervertreter für die Arbeitnehmer arbeiten sollte, habe ich in der Karibik bei Spekulationen nichts verloren. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 858/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Auch die Unterzeichnerinnen der Beilage 862/2006 schlagen vor, im Rahmen Ihres Antrages diese Beilage keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich hier um den Initiativantrag betreffend den Verkauf von Wohnbaurdarlehen an die Hypo Alpe Adria. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile der Frau Abgeordneten Mag. Jahn das Wort.

Abg. **Mag. Jahn:** Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin! Es ist nicht Aufgabe des ÖGB aber es ist offenbar Aufgabe des Landes Kärnten und des Landeshauptmannes in Kärnten derartige Geschäfte auch zu machen und zu decken. Aber darauf möchte ich jetzt nicht eingehen, sondern auf unseren Antrag.

Sie wissen ja, es wurde zwar von Ihren Rednern nicht erwähnt, dass in Österreich vor einigen Tagen bekannt wurde, dass die Hypo Alpe-Adria, also die Kärntner Landesbank durch

Spekulationsgeschäfte 328 Millionen Euro verloren hat und dass zudem noch Zahlungserfordernisse dieser Bank für einen Zukunftsfonds des Landes Kärnten im Ausmaß von 500 Millionen Euro anstehen. Die Alpe-Adria ist in heftigen Turbulenzen, genauso wie die BAWAG in heftigen Turbulenzen ist. Die Alpe Adria hat gestern gegen ihre Vorstände Strafanzeige bekommen.

Das Land Oberösterreich hat aber ein Geschäft mit der Alpe-Adria abgewickelt, kein unehrenhaftes Geschäft. Es hat der Landesfinanzreferent im Jahr 2002 zwei Tranchen von Wohnbaudarlehen an die Hypo Bank in Kärnten verkauft. Insgesamt sind das etwa 250 Millionen Euro. Es handelt sich in erster Linie um Darlehen aus dem Gemeinnützigen Bereich, die über Gemeinnützige Wohnbauträger abgewickelt werden. Und wir wurden natürlich bereits gefragt, ob diese Darlehen, die an die Alpe Adria verkauft worden sind, tatsächlich sichergestellt sind, wenn die Bank in weitere Turbulenzen kommen sollte.

Uns geht es mit dem Antrag darum, dass die Landesregierung und insbesondere der Landesfinanzreferent eine genaueste rechtliche Überprüfung macht um sicherzustellen, dass mit diesen Darlehen die Sicherheit so groß ist, als wären sie weiterhin beim Land Oberösterreich verblieben. Sicherzustellen, dass keinesfalls Menschen, die ein Wohnbaudarlehen abgeschlossen haben, zu Schaden kommen können. Es muss jede Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass derartige Darlehen vorzeitig fällig gestellt werden.

Es ist ganz genau zu überprüfen und sicherzustellen, dass es womöglich im Notfall eines Weiterverkaufs von Darlehen hier nicht womöglich an irgendwelche Hedge-Fonds einen Verkauf gibt. Diese Fragen sind hier zu überprüfen. Die Verträge hat alleine der Landesfinanzreferent damals abgeschlossen. Das heißt, es kennt der Landtag die Verträge nicht, es kennt auch der zuständige Wohnbaurat die Verträge nicht. Und wir haben gestern auf Anfrage einen Vertrag zur Verfügung gestellt bekommen. Ich möchte mich dafür auch bedanken. Aber das kann natürlich eine eingehende Überprüfung nicht ersetzen. Wir haben zum Beispiel keine Beträge in diesem Vertrag gefunden. Ist das der einzige Vertrag oder nicht? Daher die Bitte und das Ersuchen, mit diesem Antrag eine entsprechende genaueste rechtliche Überprüfung vorzunehmen. Im erforderlichen Fall die entsprechenden Maßnahmen zu setzen und vor allem den Landtag über die Ergebnisse dieser Prüfung und die Maßnahmen die getroffen werden sollen zu berichten.

Erlauben Sie mir noch ein paar Worte zur Diskussion, wie sie jetzt gerade hier abgelaufen ist. Ich verstehe ja, dass insbesondere die ÖVP das Problem der BAWAG zum Anlass nimmt um ÖGB und SPÖ zu schaden. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Geschadet hat aber jemand anderer!") Und es gibt auch keine Entschuldigung für das Vorgehen der dortigen Manager. Aber wenn hier die Forderung erhoben wird, eben die BAWAG gänzlich zu 100 Prozent zu verkaufen oder wozu brauche denn der ÖGB eine Bank, möchte ich Ihnen dazu sagen, dass es einige internationale Beispiele in unseren Nachbarländern gibt, wo Gewerkschaften nicht in der Lage waren zu streiken, weil ihnen Banken keine Kreditlinien für diesen Fall gegeben haben. Das heißt, es ist natürlich eine entscheidende Frage, ob eine Gewerkschaft eine Hausbank hat oder nicht. Die auch sicherstellen kann, dass im Fall von Machtverhältnissen, die gegen sie stehen, sie auch noch ein entsprechendes finanzielles Rückrat haben. Das bitte ich Sie zu bedenken meine Damen und Herren. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "So gut ist es scheinbar mit dem Streikfonds nicht bestellt!")

Ich bitte diejenigen das zu bedenken, die tatsächlich die Arbeitnehmer unterstützen möchten. Denn das was mit diesem Trommelfeuer, das Sie machen passiert ist, dass natürlich das Vertrauen in den ÖGB auch weiterhin geschwächt wird. Und es wird nicht den ÖGB und

nicht seine Hauptamtlichen schwächen, es wird die Arbeitnehmer schwächen. Und es gibt welche, die wollen das und es gibt welche, die wollen das nicht. Ich hoffe, Sie gehören zu denen, die das nicht wollen.

Und ich würde vorsichtig sein als ÖVP und auch als BZÖ und als FPÖ und so weiter. Ich würde vorsichtig sein, wenn ich das alles den Roten und dem ÖGB und die können ja nicht wirtschaften, zuordne. Frei nach dem, wie es der ehemalige Bundeskanzler Vranitzky kürzlich gesagt hat. Wenn ich die ÖVP wäre, würde ich nicht mit einem Batzen Butter am Kopf in die Sonne gehen. (Beifall. Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Der hat es Not, Länderbank 1991!")

Leider ist meine Redezeit schon abgelaufen. Ich habe bestimmt noch eine Minute Zeit. (Erste Präsidentin: Nein, Sie haben keine Minute mehr Zeit.) Mir wurde immer wieder dreingeredet. (Erste Präsidentin: Das ist aber Ihr Problem. Sie müssen nicht darauf eingehen.) Das ist bitte jetzt nicht mein Problem. Dieser Batzen Butter am Kopf heißt, dass natürlich bei der Alpe Adria, das ein schwarzes Umfeld ist, dass dort ein schwarzer Vorstandsvorsitzender sitzt, den der Herr Zernatto damals von der Raiffeisenbank geholt hat und dass beim zweiten Haupteigentümer Grazer Wechselseitige im Mutterverein die Frau des Herrn Wirtschaftsministers sitzt, der ehemalige ÖVP-Obmann Riegler und der Bauernbundobmann Grillitsch. Leider habe ich keine Zeit mehr. Aber vielleicht kann ich Ihnen zu späterer Stunde noch ein paar weitere Punkte dazu erzählen. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren, werte Besucherinnen auf der Galerie! In den letzten Minuten ist mir ein Wort eingefallen, das in der Literatur bekannt ist, und zwar von Bert Brecht, der angesichts der Diskussion, die jetzt abgelaufen ist, eigentlich wunderbar fasst, und zwar haben wir uns immer tiefer bewegt in wer mit wem verstrickt ist und wer etwas gemacht hat. Ich bin also ehrlich gestanden interessiert, was noch alles an den Tag kommen wird durch die laufende Diskussion und das ist gut so. Bert Brecht hat gesagt, anscheinend aufgrund ähnlicher Erfahrungen, man soll nicht eine Bank ausrauben, es ist besser, eine Bank zu gründen mit demselben Effekt. Und das ist ein Wort, das jetzt zirka 75, 80 Jahre alt ist und es hat Bestand und es wird weiter Bestand haben. (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: "Das ist nicht ganz richtig zitiert, aber sinngemäß!") Aber Sie lassen Gnade vor Recht walten, 4 minus vielleicht wenn Sie mir vergeben, danke. Ich glaube, die Kolleg/innen haben verstanden, worum es geht. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Weichsler: "Die Kollegen auch!") Das habe ich mit großem I gesprochen.

Ich komme zu dem Antrag. Es geht um die Darlehen, die das Land Oberösterreich an die Hypo Bank Alpe-Adria weitergegeben hat, realisiert hat mit Hilfe dieser Bank und es geht um die Sorge der Darlehensnehmer. Ich kann mir vorstellen, dass angesichts der Turbulenzen, die jetzt in den letzten Wochen abgegangen sind, natürlich auch unter den Darlehensnehmerinnen und -nehmern diese Angst besteht, ist da noch alles in Ordnung, und der Ruf der Hypo Bank Alpe-Adria ist ja tatsächlich nicht der beste und wird von Tag zu Tag durch neue Erkenntnisse immer schlechter. Ich habe diese Bank näher kennen gelernt, und das wird Sie vielleicht erstaunen, anlässlich des Verkaufs der Bank Burgenland, die an die Grazer Wechselseitige verkauft wurde, die ein sehr enges Verhältnis hat zur Hypo Bank Alpe-Adria. Und damals hat mir mein Kollege Vlasich aus dem Burgenland, Landtagskollege, schon gesagt, er war ganz aufgeregt, dass das passiert, dass an die GRAWE verkauft wird, weil man wusste, dass die Hypo Bank Alpe-Adria, nicht zu verwechseln mit unserer Hypo Oberösterreich,

große Verlustgeschäfte gemacht hat und jetzt die Bank Burgenland sozusagen als Cash Cow braucht. Und er war ganz entsetzt und hat versucht, den Landtagsbeschluss noch zu verhindern und hat Überzeugungsarbeit geleistet, aber das war leider Gottes nicht mehr möglich. Die Bank Burgenland ist jetzt schon fest in Händen der Hypo Bank. (Zwischenruf Abg. Mag. Gumpinger: "Der Grazer Wechselseitigen!") Naja, über die GRAWE.

Es ist das Ganze wirklich eigentlich, wäre nicht manches so skurril, durchwegs nur traurig und ernst. Ich komme zurück zu den Darlehensnehmerinnen und -nehmern in Oberösterreich, die mit ihren Wohnbaudarlehen möglicherweise verunsichert sind. Wir haben, wie der Antrag von der SPÖ gekommen ist, selbstverständlich alles geprüft. Es gibt einen Rechnungshofbericht, der über den Verkauf der Wohnbaudarlehen gemacht wurde. Nach meinem Wissensstand jetzt besteht überhaupt nicht die geringste Verbindung zwischen den Darlehensnehmerinnen und -nehmern mit der Hypo Bank, die diese Darlehen erworben hat. Es besteht nicht einmal eine Verbindung über die Namen der Darlehensnehmerinnen und -nehmer. Das heißt, die Hypo Bank weiß gar nicht, wer dem Land Oberösterreich die Darlehen zurückzahlt. Das geht auch aus dem Rechnungshofbericht hervor. Dort steht: "Es erfolgte keine Bekanntgabe der Namen oder sonstiger Daten der Darlehensnehmer an den Erwerber. Das Land Oberösterreich haftet jedoch für die laut Tilgungsplan in Aussicht stehenden Zahlungsströme als Bürge und Zahler." Das heißt, das Land Oberösterreich haftet im Falle, dass ein Darlehensnehmer seine Rückzahlungen nicht rechtzeitig oder verspätet oder gar nicht leistet, an die Hypo, aber es gibt umgekehrt überhaupt keine Haftung oder eine Verpflichtung der Darlehensnehmer/innen irgendwem anderen als gegenüber dem Land Oberösterreich.

Wir werden trotzdem der Dringlichkeit dieses Antrags zustimmen, weil ich denke, wo alles in Ordnung ist, braucht man ja auch nicht zu fürchten, dass man genauer nachsieht. Diese Informationen, die habe ich in den letzten beiden Tagen, 48 Stunden vor Beginn der Landtagsitzung einholen können. Ich denke, es macht durchaus Sinn, wenn wir die Sache nochmals seitens der Regierung überprüfen lassen, um 110 Prozent sicher zu sein. Wir werden der Dringlichkeit und dem Antrag deshalb die Zustimmung erteilen. Dankeschön. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedauere die Entscheidung, dass ÖVP und Grüne diesen Antrag heute quasi enderledigen wollen, zuerst zustimmen bei der Dringlichkeit und dann offensichtlich ablehnen wollen, denn ich hätte ganz gerne diesen Antrag im Ausschuss beraten. Und warum? Frau Kollegin Jahn, ich verstehe eines nicht ganz, Sie kennen ja natürlich das Regierungspapier, wer aller gekauft hat, da hat unter anderem Wohnbaudarlehen die Hypo Alpe-Adria, die Kommunalcredit Austria, die Berlin Dexia, die ich nicht kenne, Landesbank Oberösterreich, Raiffeisenlandesbank, die erste Tranche. Und die zweite Tranche, jetzt wird es interessanter, wiederum Austria AG mit Dexia Berlin AG, wer immer das ist, die Hypo Alpe-Adria Bank und, und das haben Sie jetzt verschwiegen, die Österreichische Postsparkasse, die jetzt im Eigentum der BAWAG sich befindet. Ja wenn wir schon eine Gefährdung von eventuellen Darlehen sehen sollten, dann müssen wir uns das alles sehr genau anschauen, denn immerhin hat ja auch die Postsparkasse in Oberösterreich entsprechende Darlehen gekauft.

Und dann verstehe ich es nicht, und das ist die Doppelmoral, die hier passiert, auf einem Aug blind zu sein. Man greift eine Hypo Bank an und über die Postsparkasse, die also hier jetzt der BAWAG gehört, da diskutiert man nicht darüber. Ja warum denn nicht? Da bin ich schon der Meinung, in den Ausschuss zu gehen, die Verträge ordentlich anzusehen, und

dann einmal zu erörtern, was ist denn da passiert. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Zuerst redest sechs Minuten und sagst nicht einmal Hypo, obwohl da drinnen steht, die Bank!") Seid dankbar, dass wir doch das diskutieren können im Ausschuss. Wenn ihr so eine Gefahr seht, seht ihr dann bei der Postsparkasse keine Gefahr? (Zwischenruf Abg. Schenner: "Ja dann bringe den Antrag ein!") Es gibt im Übrigen natürlich Gott sei Dank überhaupt keine Gefahr, da kann ich mich meinem Vorredner anschließen. Das ist natürlich auch einstimmig mit Zustimmung der SPÖ damals beschlossen worden und die Geschäfte sind natürlich niet- und nagelfest.

Was mich aber auch etwas erschüttert, Frau Kollegin Jahn, wenn Sie uns jetzt berichten, dass Sie erst gestern den Vertrag bekommen haben. Ja als Wohnbaureferent muss ich Ihnen sagen hätte mich es schon im Jahr 2002 interessiert, wenn also eine derartige Summe von Wohnbaudarlehen veräußert wird und ich dann in der Landesregierung sehr wohl zustimme, zwar nicht als Finanzressortverantwortlicher zuständig bin, aber ich glaube zum Beispiel, dass der Wohnbaulandesrat Dr. Kepplinger sich selbstverständlich für eine zukünftige Veräußerung von Wohnbaudarlehen interessieren wird, wie schaut der Vertrag aus, ist die hundertprozentige Sicherheit da. (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: "Ich bin dagegen! Ich bin dagegen, dass veräußert wird!") Kann man das bitte notieren fürs stenografische Protokoll? Dr. Kepplinger ist überhaupt dagegen, dass veräußert wird, weil das wird dann sehr spannend, wie wir also das Budget 2008 und 2009 bedecken werden. Aber wie auch immer, ich verstehe das Misstrauen gegenüber dem früheren Wohnbaureferenten Dipl.-Ing. Erich Haider absolut nicht, denn ich bin überzeugt, dass er sehr wohl die Verträge geprüft hat und die Verträge gekannt hat. Weil ich glaube nicht, dass ein Regierungsmitglied bei so wichtigen Verträgen einfach zustimmt und sich die Verträge nicht anschaut. Aber wenn man sich Verträge anschaut, dann schauen wir uns nicht nur den von der Hypo Bank an, dann schauen wir uns auch den Vertrag mit der Berliner Bank an und selbstverständlich auch den Vertrag von der Postsparkasse, die ja jetzt der BAWAG gehört. Ich glaube, das ist dringend notwendig und man sollte auch bei der SPÖ nicht auf einem Auge blind sein. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Stelzer.

**Abg. Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Erstens zum Sachlichen dieses Dringlichkeitsantrages der SPÖ. Es ist ja in weiten Teilen vom Klubobmann Trübswasser auch schon dargestellt worden. Im Zuge des damaligen Verkaufs von Zahlungsflüssen bei den Wohnbaudarlehen hat das Land auch in zwei Tranchen an die Hypo Alpe-Adria verkauft, das Geld dafür bekommen und das Land hat gegenüber dieser Bank in Form eines Zessionsvertrages die Verpflichtung übernommen, die beim Land eingehenden Rückflüsse aus den Wohnbaudarlehen an die Bank weiterzuleiten. Das heißt, zwischen den einzelnen Wohnbaudarlehensnehmerinnen und -nehmern und der von Ihnen angeführten Bank besteht in keiner Weise ein rechtlicher Zusammenhang. Ganz abgesehen davon kennt die Bank nicht einmal die Namen der Darlehensnehmerinnen und Darlehensnehmer, wie das schon angesprochen wurde. Das ist das Sachliche.

Und jetzt fragt man sich natürlich, warum stellt eine Partei wie die SPÖ, die seit Jahrzehnten den Wohnbaulandesrat stellt, genau zu diesem Thema einen Antrag, obwohl sie das natürlich alles weiß? Und die Frau Kollegin Jahn hat ja gesagt, dass gerade gestern noch einmal die Verträge dem SPÖ-Klub zur Verfügung gestellt wurden. Und ich frage mich jetzt, warum passiert das? Und werter SPÖ-Klubobmann, du hast das Haus aufgefordert, aufzuhören zu lachen. Ich sage Ihnen was, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, es vergeht einem ohnehin das Lachen bei dem, was Sie hier an Bild abliefern beim Zusammenhang BAWAG-ÖGB-SPÖ. Es war jeder Schuld, jeder, bis zum heutigen Finanzminister, bis hin zu



den Bayern, nur die SPÖ hat nichts gewusst davon. Und bei den Ausflügen ins Ausland, da wäre ich an Ihrer Stelle vorsichtig, denn wir haben schon einmal sehr lange auf die Russen gewartet, die bei Ihnen für die voest angekündigt wurden, jetzt sind es die Bayern, vielleicht fallen Ihnen noch ein paar Herrschaften aus dem Ausland ein, die für eure Probleme verantwortlich sind. Recht glaubwürdig seid ihr hier nicht. Und daher möchte ich auch der Frau Kollegin Jahn sagen, weil sie bezeichnenderweise den früheren Finanzminister und Bundeskanzler SPÖ-Mann Dr. Vranitzky zitiert hat mit einem möglicherweise aus ihrer Sicht amüsanten Sager. Ich würde mich auch an die Zeit erinnern, wie er noch bei der Länderbank war. Eine Bank im Übrigen, die es nicht mehr gibt. Dort hatte unter seiner Generaldirektorenschaft der Staat wegen fahrlässiger Kredite, die damals an Pleitefirmen gegeben wurden, 218 Millionen Euro zuschießen müssen, unter Generaldirektor Dr. Vranitzky. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Das ist Butter am Kopf!") Und ich finde es daher sehr nett, wenn Sie sagen, wir hätten Butter am Kopf, die würde ich beim Dr. Vranitzky und bei der SPÖ suchen in diesem Zusammenhang. (Beifall)

Und man fragt sich daher, warum stellt die SPÖ heute einen Antrag, versucht die Bürgerinnen und Bürger Oberösterreichs, die Häuselbauer, die Leute, die in Wohnungen, im geförderten Wohnbau leben, zu verunsichern, ihnen vorzumachen, da gibt es Unsicherheit mit euren Geldern, mit euren Mieten, noch dazu, wenn man Regierungsverantwortung hat in diesem Bereich? Ich würde ja sagen, das ist unverantwortlich. Ich würde sagen, man müsste sich da auch erinnern, was man für einen Amtseid hier herinnen geschworen hat, wenn man auch an die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes denkt. Naja, und dann kann man sich das nur erklären damit, dass man offensichtlich doch irgendwie einen Zusammenhang zwischen BAWAG, ÖGB und SPÖ sieht, denn sonst würde man ja nicht mit so einer verunglückten Vorwärtsstrategie jetzt auf die Bürgerinnen und Bürger Oberösterreichs losgehen und sie verunsichern so nach der Methode, haltet den Dieb, denn in dieser Frage muss schon auch noch einmal angeführt werden, dass die BAWAG und die SPÖ nicht nur über den ÖGB persönliche Verflechtungen hatten, sondern dass es durchaus da ja auch interessante SPÖ-thematische Zusammenhänge gibt. Die SPÖ mit ihren ihnen zurechenbaren Gewerkschaftern marschieren gegen die Postprivatisierung. Wissen Sie, wer den Verkauf der Postaktie abwickelt? (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "BAWAG!") Die BAWAG klarerweise. Die SPÖ mobilisiert gegen den Kauf der Eurofighter. Wissen Sie, wer aus diesem Vertrag profitiert mit 110 Millionen Euro? Die BAWAG. SPÖ-Leute, ÖGB-Leute, SPÖ-ÖGB-Bank BAWAG. Also meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Zusammenhang als Reaktion auf die Häuselbauer und Bewohnerinnen und Bewohner in Oberösterreich loszugehen, das halte ich ehrlich gesagt nicht nur für gewagt, das halte ich für verwerflich, weil hier Unsicherheit erzeugt wird aus einer eigenen Problemlage heraus bei Leuten, die aber überhaupt nichts mit diesem Thema zu tun haben. (Beifall)

Der Klubobmann Mag. Steinkellner hat die Sorge geäußert, wir würden der Dringlichkeit zustimmen und dann dem Antrag nicht. Wir werden auch dem Antrag zustimmen. Wir schütten damit zwar Wasser in die Donau, weil ja ohnehin klar ist, dass die Darlehensnehmerinnen und Darlehensnehmer aus der Wohnbauförderung in keinem Zusammenhang mit der Hypo Alpe-Adria stehen. Aber wenn es dazu beiträgt, dass wir eine Sicherheit noch sicherer machen, dann werden wir das gerne tun. Wir stimmen daher der Dringlichkeit und dann auch dem Antrag zu. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Über den Antrag zur Dringlichkeit lasse ich jetzt abstimmen. Wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 862/2006 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten

der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 863/2006, das ist ein Initiativantrag betreffend die öffentliche Ausschreibung der OÖ Landesholding-Geschäftsführung. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Kapeller das Wort.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch vor wenigen Tagen haben wir uns im Kontrollausschuss über den Bericht des Rechnungshofes über das Beteiligungsmanagement des Landes Oberösterreich beschäftigt und wir haben dort, Herr Kollege, eine sehr umfangreiche Diskussion geführt. Letztendlich haben wir dann diesen Bericht auf die nächste Ausschusssrunde zurückgestellt, damit der Herr Landeshauptmann, welcher ja entschuldigt gewesen ist, die Möglichkeit bekommt, zu den offenen Fragen Stellung zu beziehen. Im Bericht des Landesrechnungshofes wurde unter anderem ein für uns sehr wichtiger Punkt angeführt, welcher uns zu dem nun vorliegenden dringenden Antrag veranlasst hat. Es handelt sich dabei um die durchgeführte Stellenbesetzung der Oberösterreichischen Landesholding. Wie wir alle wissen, regelt das Bundesgesetz über Transparenz bei der Stellenbesetzung im staatsnahen Unternehmensbereich die Bestellung von Mitgliedern eines Leitungsorgans von Unternehmungen, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen und sieht zur objektivierten Besetzung von Führungspositionen deren öffentliche Ausschreibung zwingend vor. Dieses Gesetz gilt natürlich auch für Oberösterreich.

Die 2005 gegründete Oberösterreichische Landesholding GesmbH steht voll im Eigentum des Landes Oberösterreich, ist also ein Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und unterliegt daher der Prüfung des Rechnungshofes. Und für die erstmalige Besetzung der Geschäftsführerpositionen erfolgte jedoch keine Ausschreibung durch das Land Oberösterreich. Und ich stelle hier an dieser Stelle sehr klar für den SPÖ-Klub fest, dass es uns nicht um die derzeit handelnden Personen geht, welche die Geschäftsführung ausführen, sondern es geht uns um die Einhaltung der bestehenden Gesetze. Und weiters möchte ich feststellen, dass die SPÖ immer darauf hingewiesen hat, dass die gewählte Vorgangsweise falsch ist, weil sie nicht gesetzeskonform sei. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was für die gesparg selbstverständlich war, muss für alle anderen, auch für die Landesholding gelten. Und diese Auffassung vertritt auch der Landesrechnungshof, welcher ja bei der Prüfung des Beteiligungsmanagements des Landes Oberösterreich und der Oberösterreichischen Landesholding festgestellt hat, dass eine Ausschreibung erforderlich gewesen wäre und keine Möglichkeit gegeben sei, die zwingenden Bestimmungen des Stellenbesetzungsgesetzes nicht anzuwenden. Und es haben dann die zuständigen Stellen des Landes Oberösterreich die Möglichkeit, Position zu beziehen. Sie haben es auch getan und trotz dieser Stellungnahme kam der Landesrechnungshof wieder zur Auffassung, dass aus Sicht des Rechnungshofes eine Ausschreibung erforderlich gewesen sei.

Aus unserer Sicht gibt es daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen rechtswidrigen Zustand. Wir treten daher dafür ein, dass dieser rechtswidrige Zustand durch die öffentliche Ausschreibung der Oberösterreichischen Landesholding-Geschäftsführung gemäß § 2 Abs. 1 Stellenbesetzungsgesetz unverzüglich saniert wird. Wir haben daher den Ihnen vorliegenden Initiativantrag eingebracht, damit dieser rechtswidrige Zustand sofort und dringend beseitigt wird. Es kann und darf nicht sein, dass eine Gebietskörperschaft wie das Land Oberösterreich gegen ein Gesetz verstößt. Wenn es das dennoch tut, so ist dies skandalös. Ich ersuche Sie daher um Zuerkennung der Dringlichkeit und um die Annahme des Ihnen vorliegenden Antrages. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Trübswasser bitte.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben diese Thematik schon im Kontrollausschuss ausgiebig diskutiert. Ich möchte nur an dieser Stelle heute auf etwas hinweisen, was, glaube ich, ganz wichtig ist. Es war nicht von Anfang immer ganz einhellig die Meinung im Landtag, in welcher Dimension die Holding installiert wird. Wird es nur eine steuerschonende Konstruktion, oder wird es eine Holding, die auch mit strategischen Aufgaben einmal betraut wird? War das eine reine finanzielle Angelegenheit, eine finanztechnische Angelegenheit, oder ist das eine wichtige wirtschaftspolitische Entscheidung gewesen? Ein wichtiger Hinweis vielleicht für die, die den Rechnungshofbericht nicht kennen. Der Rechnungshof hat in seiner Feststellung sehr wohl auch die Haltung, die Rechtsmeinung des Landes Oberösterreich gewürdigt und hat geschrieben, dass die angeführten Argumente des Landes durchaus nachvollziehbar sind. Es ist kein Grund für ihn gewesen, diese Tatsache, dass die beiden Geschäftsführer, die Geschäftsführerin und der Geschäftsführer, quasi weiter bestellt wurden, jene Personen, die diese Funktion schon in der Finanzdirektion inne gehabt haben. Das möchte ich hier einmal ganz klar sagen.

Zweitens möchte ich feststellen, dass der Rechnungshof diese Tatsache, oder diese Rechtsmeinung, nicht in die Empfehlungen aufgenommen hat, steht nicht in den Empfehlungen, das heißt, die endgültige Frage steht noch im Raum. Ich glaube, es ist nicht angebracht gewesen, dass Kollege Frais diese Angelegenheit zum Anlass genommen hat, von einem Skandal zu sprechen. Angesichts der Diskussionen, die heute gelaufen sind, sind Skandale für mich ein bisschen eine andere Kategorie, ich würde ersuchen, dass man etwas sachlicher darüber spricht, und die Dinge so bewertet, wie sie sind.

Etwas muss ich jedoch noch hinzufügen. Für die Grünen ist es wichtig, dass sich die Holding in Richtung einer strategisch geführten Unternehmensleitung entwickelt, weil ich denke, wenn wir diese Breite, dieses Spektrum an Betrieben in Landeshand haben, dann könnten sie ja auch noch mehr zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik des Landes Oberösterreich eingesetzt werden. Das wäre durchaus sinnvoll. Leider hat aber die SPÖ verhindert, dass das wichtigste, oder eines der wichtigsten Unternehmen, die Energie AG, nicht in die Holding gekommen ist, und wir es eigentlich mit einer Rumpfholding zu tun haben, die ja tatsächlich nur als finanztechnisches Konstrukt existiert. Ich stehe dazu, dass wir für die Anfangsphase gesagt haben, ja, die Geschäftsführung, die Geschäftsführer sollen diese Holding weiter führen, weil sie an sich keine großen strategischen Aufgaben haben in dieser Konstruktion. Sollte die Holding, und ich würde mir sehr wünschen, das doch noch nachzuholen, die Energie AG dazu bekommen, was ja sinnvoll ist, was der Rechnungshof im Übrigen hier ganz heftig kritisiert, dann ist selbstverständlich die Überlegung sinnvoll und notwendig, wie besetze ich die Geschäftsführung? Diese Frage stellt sich derzeit nicht, weil ich keine Bewegung in der SPÖ sehe, dass sie ihre Meinung bezüglich der Energie AG ändern wird, daher ist diese Holding, wie ich sage, eine Rumpfholding und hauptsächlich damit beschäftigt, Steuern zu sparen. Und die Branchenholdings, die ich für sehr wichtig erachte, so einzurichten, dass sie dem Land Oberösterreich nicht nur Geld bringen, sondern dem Land Oberösterreich neue Wirtschaftsimpulse. Das ist nämlich für mich der eigentliche Grund für die Gründung der Holding.

Wir werden aufgrund dieser Überlegungen und der Tatsache, dass wir den Rechnungshofbericht ja ohnehin noch weiter diskutieren werden, der Dringlichkeit nicht zustimmen. Ich halte diese Angelegenheit auch nicht für essentiell für die Landespolitik, und für die Aufgaben und Sorgen dieses Landes, und wir werden sie im Ausschuss, im zuständigen Aus-

schuss weiter diskutieren in Verbindung mit der Diskussion im Kontrollausschuss. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Frauscher.

Abg. **Frauscher:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ungeachtet der Tatsache, dass wir ohnehin das im Kontrollausschuss noch einmal diskutieren werden, möchte ich einige Punkte aufzählen, die für uns dafür sprechen, dass wir dort die richtige Entscheidung getroffen haben. Zum einen zielt das Stellenbewerbungsgesetz ja auf das Freiwerden oder auf die Neubesetzung einer Position ab, was in diesem Fall nicht gegeben ist. Es handelt sich ja um eine Ausgliederung in eine andere Rechtsform, in eine GesmbH, ohne dass die Personalstruktur verändert wird. Das heißt, es werden ohnehin nur die Personen, die bisher die Beteiligungsverwaltung gemacht haben, dies auch weiterhin durchführen. Auch der Bund geht ja bei verschiedenen Anlässen ähnlich vor. Gerade jetzt wieder bei der Gründung der Gesundheits-GesmbH "Gesundes Österreich" wird erstmalig auch diese Besetzung übergeführt, und erst in weiterer Folge, wenn neu besetzt werden sollte, natürlich ausgeschrieben. Es handelt sich ja auch bei der Landesholding Oberösterreich nicht um eine operative Holding, sondern nur um eine Finanzholding, wie es auch entsprechend im Notariatsakt oder Gründungsakt dargestellt ist, und deshalb ist auch diese Lösung natürlich eine absolut logische.

Dazu kommt, dass diese Lösung natürlich vorübergehend auch bei weitem die kostengünstigste für das Land ist. Und der Rechnungshof schreibt zwar in seiner Langversion, dass er eine Ausschreibung fordert, es steht aber auch drinnen im Bericht unter Punkt 20.2., dass die vom Land angeführten Argumente durchaus nachvollziehbar sind, und dass zahlreiche objektivierbare Kriterien für diese Maßnahmen sprechen. Wie schon erwähnt wurde, ist auch in den Empfehlungen und Maßnahmen des Rechnungshofes diese Forderung nicht mehr enthalten.

Und als letzter Punkt, die fachliche Qualifikation sowie die persönliche Integrität der beiden Geschäftsführer ist ja unbestritten, das hat ja auch der Klubobmann Dr. Frais im Kontrollausschuss gesagt natürlich. Wir sind deshalb der Meinung, dass diese Entscheidung des Landes eine gute war, und wir werden deshalb der Dringlichkeit nicht zustimmen. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Und ich erlaube mir jetzt den Rechnungshofbericht vollständig vorzulesen, weil da ist ein ganz entscheidender Satz jetzt offensichtlich vergessen worden. Punkt 20.2., die Oö. Landesholding GmbH steht voll im Eigentum des Landes Oberösterreich, ist ein Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und unterliegt der Prüfung durch den Rechnungshof. Wenn auch die vom Land angeführten Argumente durchaus nachvollziehbar sind, wäre aus Sicht des Landesrechnungshof eine Ausschreibung erforderlich gewesen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass zahlreiche objektivierbare Kriterien für die Auswahl der nominierten Geschäftsführer sprachen.

Die handelnden Personen sind in Ordnung und wurden auch nicht von irgendeiner Fraktion kritisiert. Tatsache ist, dass wir einen Rechnungshofbericht vorliegen haben, der sagt, das Legalitätsprinzip wurde verletzt. Jetzt können wir entweder das Gesetz vollziehen, oder wir müssen das Gesetz ändern. Und ich bitte alle Damen und Herren dieses Hauses unsere selbst beschlossenen Gesetze nicht umzuinterpretieren, die Autorität und als Instanz den

Landesrechnungshof anzuerkennen und auszuschreiben. Deshalb unterstützen wir die Dringlichkeit. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich schieße die Wechselrede und lasse über den Antrag zur Dringlichkeit abstimmen. Wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 863/2006 zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit bekommen, ich weise sie dem Ausschuss für Finanzen zur Vorbereitung zu.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 864/2006, es handelt sich hier um den Initiativeantrag betreffend die Einhaltung des Budgetvoranschlags durch die Landesregierung. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile der Frau Präsidentin Weichsler das Wort.

Abg. Präsidentin **Weichsler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein Antrag, der uns 56 Abgeordnete aller Fraktionen ganz persönlich betrifft. Und ich beginne eine Dringlichkeitsdiskussion ganz bewusst so, weil ich möchte, dass Sie mit mir überlegen und Ihnen schon bewusst ist, das ist unsere eigene Kompetenz, wo hier Einschnitte vorgenommen worden sind. Einschnitte auf eine Art und Weise, die wir in der Vergangenheit erstens nicht gewohnt gewesen sind, zweitens, wo ich doch denke, dass es ein ordentliches Misstrauen gegenüber gewissen Regierungsmitgliedern geben muss, wenn Anträge, die wir hier beschließen und Bevollmächtigungen, die wir hier beschließen, nicht so ordnungsgemäß eingehalten werden, wie es der Oberösterreichische Landtag beschlossen hat. Ich denke nicht, dass es demokratiepolitisch aushaltbar ist, dass wir einfach darüber hinweggehen und so tun, als wären wir hier nicht entsprechend beschnitten worden, und ein Beschluss des Oberösterreichischen Landtags ignoriert wurde. Und ich möchte es auch ganz bewusst erwähnen. Wir haben am 7. Dezember dieses Budget, und das Budget besteht ja nicht nur aus den Voranschlagstellen, hier gemeinsam beschlossen. Gemeinsam hier, 52 Abgeordnete von 56, die das also vollinhaltlich mitgetragen haben, und alle 56 also in den weitesten Bereichen. Und zu diesem Budget gehören die Dienstpostenpläne und gehören die Artikel. Und in den Artikeln sind Bevollmächtigungen drinnen, die wir an die Landesregierung weiter geben. Mit ganz bestimmten Inhalten. Aber das sind Beschlussfassungen, und das ist also eine Beschlusskompetenz, ganz eindeutig unsere. Und an die hat sich die Landesregierung zu halten. Am 19. Dezember wurde von der Landesregierung das auch noch einstimmig beschlossen, nämlich, und das lese ich Ihnen jetzt vor, weil genau um diesen Text geht es. Es geht um den Artikel IV Ziffer 7, wo also der Oberösterreichische Landtag die Landesregierung, und zwar die einzelnen Regierungsmitglieder, und ich zitiere jetzt, die Regierungsmitglieder ermächtigt haben, über Förderungsbeträge der Gebarungsgruppen 4 bis 7 bis zu einer Höhe von 20.000 Euro jährlich für ein und denselben Zweck pro Förderungswerber/in ohne Vorlage an die Landesregierung zu verfügen. Das haben wir da beschlossen.

Und vor wenigen Wochen ist es passiert, dass die Oberösterreichische Landesregierung, nämlich in einem Verhältnis 5 zu 4 Mitglieder, also ich betrachte das als eine sehr knappe Entscheidung, weil 95 Prozent haben wir da herinnen einstimmig beschlossen, in Anlehnung, und ich zitiere auch wieder, zu Artikel IV Ziffer 7 des Landtagsbeschlusses zum Voranschlag 2006 folgenden Beschluss gefasst hat: Freiwillige Zuwendungen an den Bund sowie Bundeseinrichtungen, die nicht auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen, bedürfen unabhängig von ihrer Höhe jedenfalls der vorherigen Zustimmung der Oberösterreichischen Landesregierung. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt frage ich mich, wollen Sie sich das wirklich gefallen lassen? Es ist unsere, jedes einzelnen hier herinnen, Kompetenz, das Landtagsbudget

inklusive des Dienstpostenplanes und inklusive der Artikel zu beschließen, und es ist die Aufgabe der Landesregierung sich im Rahmen dieses Beschlusses zu bewegen. Und ich denke, dass hier also demokratiepolitisch für mich schon etwas passiert ist, das ungeheuerlich ist, nämlich dass hier der Landtag von hinten herum sozusagen ausgehebelt wurde, und dass hier durch gemeinsamen Beschluss der Regierungsmitglieder der ÖVP und der Grünen den Landtag zu ignorieren beginnen. Ich denke, das ist nicht aushaltbar. Und als Präsidentin sage ich wirklich ganz ehrlich dazu, und da weiß ich, dass ich mit meinen Präsidentinnenkollegen einer Meinung bin. So kann es nicht sein. Der Landtag hat sich hier ganz eindeutig dagegen zu verwehren, und ich fordere wirklich die Regierung auf, jene Regierungsmitglieder, die diesen Beschluss gewagt haben zu fassen, ihn zurück zu nehmen, und sich wieder im Rahmen des Beschlusses des Oberösterreichischen Landtags zu bewegen. Und ich denke, dass Sie den Beschluss mit uns fassen werden, denn alles andere könnte ich eigentlich persönlich nicht verstehen als Abgeordnete. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Trübswasser.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich bin ja ein begeisterter Parlamentarier und auf die Rechte des Landtags stolz, verteidige sie. Ich kämpfe um jeden Euro, den der Landtag zu genehmigen hat, und das weiß man auch längstens seit dem letzten Kontrollausschuss. Es ist so. Frau Präsidentin Weichsler, du hast in deiner Rede, einer flammenden Rede, wo ich die Schlussfolgerungen durchaus nachvollziehen kann, nur am Anfang deiner Überlegungen aus meiner Sicht einen falschen Schluss gezogen. Wenn ich das Recht habe 20 Euro auszugeben, und ich gebe davon nur 10 aus, mache ich keine Überschreitung dieser Ermächtigung. Und wenn die Landesregierung sagt, ich hätte zwar die Genehmigung vom Landtag bis 20.000 Euro ohne Beschluss der Regierung Geld aus zu geben, aber ich nehme es nicht in Anspruch, so ist das keine Verletzung des Willens des Landtags. Darüber hinaus ist es in der Regierung üblich, und es gibt eine ganze Reihe von Verordnungen, angefangen von der Wohnbauförderung bis zu anderen, wo sich die Landesregierung selbst beschränkt und sagt, ich gebe nur unter diesen Umständen, unter diesen Bedingungen, bei diesen Einkommensgrenzen Geld aus, das heißt, die Ermächtigung, die die Landesregierung hat als vollziehendes Organ wird in vielerlei Hinsicht selbst beschränkt durch Beschlüsse der Landesregierung. Das ist weder was Neues, das ist weder etwas Abartiges, noch schränkt es die Gewalt des Landtags in irgendeiner Form ein. Das ist, glaube ich, schlüssig. Alles weitere, was darauf folgt, dass quasi aus diesem Fehlschluss am Anfang sich eine Beschränkung der Befugnisse des Landtags, ein Übergehen ableiten würde, halte ich jetzt daher nicht für schlüssig.

Wir haben uns natürlich auch, nachdem ich ja kein gelernter Jurist bin, nur mit einem normalen demokratischen Hausverstand ausgestattet - (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Den haben Juristen auch!") - ich habe gesagt nur. Zusätzlich noch, haben wir uns natürlich noch kundig gemacht bei Verfassungsjuristen oder Leuten, die mir dann auch meine Rechtsansicht bestätigen konnten, oder unsere Rechtsansicht. Tatsache ist, dass wir nicht differenzieren dürfen und unsachlich begründen oder diskriminieren bei irgendwelchen Vergaben von Förderungen, bei Vergaben, die die Regierung beschließt, aber selbstverständlich kann die Regierung sich selbst Regeln geben, wie sie das vom Landtag überantwortete Geld ausgibt. Das ist etwas, was ganz normal ist, ich sehe überhaupt keinen Grund, dass der Landtag die Notbremse ziehen müsste, oder dass sich der Landtag in irgendeiner Weise dadurch in seinen Rechten und in seinen Befugnissen eingeschränkt sieht. Deshalb werden wir diesem Antrag zunächst die Dringlichkeit geben, aber ich kündige jetzt schon an, dass er von uns keine Zustimmung erreichen wird. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Bernhofer.

Abg. **Bernhofer:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich hier der Meinung des Herrn Klubobmannes Trübswasser anschließen, dass es sich hier um einen völlig rechtlich korrekten Vorgang handelt. Und ich darf daher zur Verdeutlichung noch einmal vortragen, was mit dem Budget, mit dem Voranschlag 2006, welcher Wortlaut hier im Landtag beschlossen wurde. Es heißt hier: Die Landesregierung wird ermächtigt beziehungsweise ersucht, die Regierungsmitglieder zu ermächtigen über Förderungsbeträge im Bereich der Gebarungsgruppe 4 bis 7 bis zu einer Höhe von 20.000 Euro jährlich für ein- und denselben Zweck pro Förderungswerber/Förderungswerberin ohne Vorlage an die Landesregierung zu verfügen, das heißt ganz klar, dass es möglich ist, dass es jedoch kein Muss bedeutet, hier Regierungsmitglieder zu ermächtigen. Und der Vorgang, der hier angesprochen wurde, schaut eben für diesen Fall so aus, dass die Mehrheit der Regierungsmitglieder beschlossen hat von dieser Ermächtigung in diesem Fall nicht Gebrauch zu machen.

Frau Präsidentin! Sie haben festgestellt, (Unverständliche Zwischenrufe) Sie haben festgestellt und das möchte ich hier ausdrücklich korrigieren, dass hier gegen einzelne Regierungsmitglieder ein großes Misstrauen angebracht wäre. Ich möchte hier ganz klar festhalten, dass in dieser Sache alle Regierungsmitglieder, das heißt, jedes Regierungsmitglied völlig gleich behandelt wird, das heißt also nicht, dass es hier um Sonderregelungen für einzelne Regierungsmitglieder geht, sondern um eine völlige Gleichbehandlung aller Regierungsmitglieder. Das möchte ich hier ausdrücklich feststellen, weil Sie hier etwas anderes gesagt haben, was meiner Ansicht nach nicht der Tatsache entspricht.

Ich glaube daher, dass die beschlossene Vorgangsweise rechtlich völlig korrekt ist und daher überhaupt nicht im Gegensatz zu den Budgetbeschlüssen des Jahres 2006 steht. Und ich darf ankündigen, dass wir dem Initiativantrag der SPÖ-Abgeordneten zwar die Dringlichkeit zuerkennen werden, aber in der Sache dann nachher anders entscheiden werden. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Zeig, dass du ein guter Jurist bist!") Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Jawohl Herr Doktor. Wir haben ja die gleiche Ausbildung, du ein bisschen früher und ich ein bisschen später. Nachdem der Hausverstand in diesem Haus offensichtlich zur Lösung nichts beiträgt, weil der Hausverstand der SPÖ im Widerspruch zum Hausverstand der Grünen und der ÖVP steht, versuchen wir es juristisch aufzulösen. Wenn eine Ermächtigung von uns gemeinsam beschlossen wurde, ist jemand zu etwas ermächtigt. Das bedeutet nicht, dass er die Ermächtigung ausschöpfen muss. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Sehr richtig!") Und Gott sei Dank ist das in vielen Bereichen so, denn wenn überall alle Ermächtigungen wirklich vollzogen würden, dann würde dieser Landtag um viele Entscheidungen gebracht werden. Hier hat die Landesregierung von ihrer Ermächtigung im Rahmen des Bereiches, den wir juristisch der Landesregierung zugebilligt haben, Gebrauch gemacht und das ist juristisch in Ordnung. Und jede andere Interpretation ist unzulässig. Der Hausverstand kann etwas anderes sagen. Aber es steht selbstverständlich der Verfassungsdienst gerne zur Verfügung, oder auch andere Juristen, den SPÖ-Klub hier umfassend zu informieren. Auch ich bin gerne bereit hier juristisch Nachhilfe zu geben. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Rigorosum bestanden!") Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich schliesse die Wechselrede und komme zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 864/2006 zustim-

men, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 865/2006. Es handelt sich hier um den Initiativantrag betreffend den Förderbericht des Landes Oberösterreich. Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Dr. Fraiss das Wort.

**Abg. Dr. Fraiss:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Oberösterreichische Landesregierung hat am 27. März 2006 die allgemeinen Förderungsrichtlinien des Landes Oberösterreich neu beschlossen. Es sollen ab 2007, das ist darin festgehalten, im Internet - und das wurde in der Pressekonferenz von ÖVP und Grün klar zum Ausdruck gebracht - alle Förderungen veröffentlicht werden. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Als wir die Möglichkeit bekommen haben, letztendlich darüber zu diskutieren vor der Regierungssitzung, haben wir bereits unsere Bedenken sehr klar und deutlich gesagt, weil bestimmte Ausnahmereiche nicht erfasst sind. Denn es gibt, meine Damen und Herren, nur einen Zugang zur Internetdarstellung von Förderungen. Es handelt sich um öffentliche Gelder und da müsste eines sichergestellt sein, dass alle Geförderten gleich zu behandeln sind. Wenn man diesem Grundsatz wenigstens etwas abgewinnen kann, dann sind wir einen Schritt weitergekommen. Und wir haben sogar Übereinstimmung darin, dass datenschutzrechtlich sensible Daten ausgenommen sind. Auch hier gibt es keine Zweifel. Und dieses Volumen ist gar nicht gerade gering, wenn ich sage, dass 62,665 Millionen Euro eben aus diesen Gründen berechtigterweise ausgenommen sind.

Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere der ÖVP, denn es sind ja nur ÖVP-Referate betroffen, was wir nicht verstehen ist einfach, warum in der Agrarpolitik Ausgleichszahlungen, Weitergaben über Dritte wie AMA, Landwirtschaftskammer an Betriebe ausgenommen sind. Es kann jeder im Grünen Bericht des Kollegen Stockinger nachschauen, wo jeder Ausgleichzahlungsempfänger als Betrieb ausgewiesen ist, nicht als Privatperson. Und wir stellen nicht in Zweifel, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Ausgleichszahlungen für Erschwernisse des Betriebes zu Recht bezahlt werden. Dass jemand, der ein Bergbauer ist, eine Zulage erhält, ist in Ordnung. Aber wenn man es sich genauer anschaut, sind es sehr, sehr viele, die letztendlich unter der 4.000-Euro-Grenze liegen, die würden sowieso herausfallen. Aber was ist mit denen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die relativ hohe Beträge erhalten, die mussten auch geschützt werden. Und das ist eigentlich das Problem, das wir sehen. Wir wollen niemanden verfolgen, aber es wird das Gleichheitsprinzip durchbrochen, und dem können wir uns nicht anschließen.

Es gibt einen weiteren Bereich bei der Finanzabteilung. Jetzt kann man darüber reden, meine Damen und Herren, dass man Fernpendlerbeihilfe oder Ähnliches nicht hineinnimmt, aber da gibt es andere Bereiche wie Vereine und Verbände mit gut 400 Millionen Euro. Jetzt frage ich mich, warum sind bestimmte Vereine in der Finanzabteilung im geschützten Bereich und andere Vereine finden sich dann in den Medien. Diese Kriterien konnten nicht beantwortet werden, sind auch nicht beantwortbar.

Oder dritter Bereich: Im Bereich des Präsidiums mit 8,1 Millionen Euro, meine Damen und Herren, ist nach Rückfrage bei der Finanzabteilung festgestellt worden, es sind die familien-



fördernden Maßnahmen. Ich sage auch klar dazu, wenn es sich irgendwo darin in diesem Bereich um sensible Daten handelt, dann soll man sie herausnehmen, was aber keine sensiblen Daten sind, gibt es auch keine Berechtigung für eine Ausnahme.

Und der vierte Bereich, auch wiederum verdeckt im Bereich der Baudirektion. Meine Anfrage: Worum handelt es sich dort? Um 13,768 Millionen Euro. Das sind im Wesentlichen landwirtschaftliche Zufahrtsstraßen und einige kleinere Flussbaumaßnahmen. Meine Damen und Herren, jetzt frage ich mich, wenn das letztendlich eine Ausnahme sein soll, dass ich für eine landwirtschaftliche Zufahrtsstraße eine Förderung bekommen habe und deshalb nicht im Förderbericht aufscheine, dann kann ich einfach dem Kollegen Stockinger seiner Aussage nicht folgen, warum für die fünf oder sechs Prozent der Förderungen es eine Demütigung sein soll, wenn sie im Internet im Förderbericht aufscheinen und für 95 Prozent der Förderungswerber ist es keine Demütigung. Diese Ungleichbehandlung muss mir jemand einmal erklären.

Außerdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das wollten wir diskutieren, die Freigrenze von 4.000 Euro. Das sind immerhin gute 50.000 Schilling, bedeutet immerhin, dass 29,4 Millionen Euro ebenfalls aus dem Förderbericht wegfallen, nicht aufscheinen. Und das bedeutet in absoluten Zahlen der Förderungswerber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass 25.348 Förderungswerber nicht aufscheinen und somit nur noch 3.987 Empfänger überbleiben.

Was für uns so unverständlich war, dass jemand, der 4.001 Euro Förderung bekommt, dann aufscheint, wenn er unter den Normalsterblichen sich befindet und keinen Schutz irgendeines ÖVP-Referenten hat, sonst wird er drinnen stehen. Wenn aber jemand mehrfache Förderungen bei verschiedenen Voranschlagstellen erhält, dann schaut das anders aus, dann gilt das nicht und wird auch nicht kumuliert. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Das stimmt ja schlichtweg nicht!") Da hat jetzt der Kollege Anschober, schön bei der Wahrheit bleiben, aufgrund unseres Einwandes hin und unserer, kannst du ruhig sagen, immer geforderten und auch im Brief von Erich Haider festgehaltenen Forderung hier eine Abhilfe zu schaffen, weil das kein Zustand ist, beim Koalitionspartner erreicht, dass er zustimmt, dass faktisch, wo es möglich ist, im Grund eine Kumulierung erfolgt.

Wir haben den Hofrat Krenner dann gefragt, es hat immer geheißen, das geht nicht. Er hat mir gesagt, es wird nur dann funktionieren, wenn es Förderungen bei einer bewirtschaftenden Stelle sind. Und da würde ich bitten, mit ihm darüber zu reden. Das war die Auskunft, zu der wurden wir eingeladen, die habe ich mir dort geholt und genau so gebe ich sie hier wider.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Worin liegt denn eigentlich die Problematik? Man kann eine Statistik schön umdrehen, man kann sagen, wir zeigen eh 95 Prozent der Fördergelder in der Öffentlichkeit her, fünf Prozent nicht. Das ist doch ohnedies überragend. (Zweite Präsidentin: "Herr Klubobmann, ich bitte zu Ende zu kommen!") Jawohl. Es sind nicht alle. Und ich sage dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr deutlich dazu, wenn 95 Prozent, wenn es für diese keine Demütigung ist, dann kann es auch für fünf Prozent keine Demütigung sein und auch sie können in den Förderbericht aufgenommen werden. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Trübswasser.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eingangs möchte ich etwas zu Kollegen Frais sagen und richtig stellen. Kollege Frais, es ist keine De-

mütigung, wenn jemand, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Ich zitiere Landesrat Stockinger, nicht Frais bitte!") keine Demütigung für Leute, die Landesförderungen bekommen, wenn jemand eine Landesinvestition (Zwischenruf links: "Das hat ja der Stockinger gesagt!") bekommt, dann ist das für Entschädigungen, wenn jemand die bekommt, dann ist es etwas anderes als eine Förderung. Aber bei einer Förderung (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Das ist eine betriebliche Förderung, Herr Kollege!") ist es grundsätzlich so, dass es, man tut ja, zum Beispiel bei Umfahrungsstraßen steht immer ganz groß dieses Projekt wird aus Mitteln was weiß ich mit so und so viel Millionen Euro gefördert. Also Förderungen sind ja grundsätzlich etwas wo das Land investiert in dem Bewusstsein oder mit dem Ziel, dass damit etwas passiert, was dem Land nützt.

Der Förderbericht, geschätzte Damen und Herren, vor allem die, die in diese Diskussion hineinkommen und vielleicht gar nicht wissen, was ist so ein Förderbericht. Ein Förderbericht, der Bescheid gibt der Öffentlichkeit, was das Land mit 1,4 Milliarden Euro im Jahr Steuergeld macht, in welche Projekte es investiert wird, welche Wirtschaftsunternehmen, welche Einrichtungen, Institutionen von Sozialeinrichtungen bis hin zum Wirtschaftsbereich, wer mit welchen Mitteln gefördert wird. Dass dieser Förderbericht veröffentlicht wird, ist ein riesen demokratiepolitischer Schritt. Oberösterreich ist damit das erste Bundesland, das so einen Schritt unternimmt.

Zweitens: Dieser Schritt, Kollege Frais, zu dem hätte die SPÖ, die seit 50, 60 Jahren in Regierungsverantwortung ist, längst Zeit gehabt. Ihr habt euch durchgedrungen in der letzten Legislaturperiode zu einem Halbschritt, das heißt, ein Förderbericht, der zwar einmal vorhanden ist als CD-Rom, schon eine Erleichterung für die Klubobleute, aber nur den Klubobleuten zur Verfügung gestanden ist, sozusagen eine beschränkte Öffentlichkeit oder eigentlich eine heimliche Öffentlichkeit. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Vier Klubobmänner waren damit einverstanden, Herr Klubobmann Trübswasser!")

Drittens: Der Umfang der Veröffentlichungen wie wir sie jetzt verwirklichen, um diesen Schritt, dieses Wagnis, dieses demokratiepolitische Wagnis machen, passiert auf der seinerzeitigen Einigung, was die Auswahl, was den Schwellenwert, betrifft. Und viertens die Ausnahmeregelung wurde damals von der SPÖ mitgetragen und im Übrigen 92 Prozent der Förderungen, die werden veröffentlicht, 92 Prozent der 1,4 Milliarden Euro.

Ein Wort zur Bagatellgrenze, mir ist das wichtig, wenn behauptet wird, dass durch die Senkung der Bagatellgrenze und da kann man jetzt streiten, ob das 3.000 oder 5.000 Euro sind oder das Aufheben dieser Bagatellgrenze, es gibt 30.000 Förderungen, die noch zusätzlich kommen würden, auch hineingehören der Fairness halber. Ich weiß nicht was fair sein sollte oder unfair sein sollte, wenn jemand im Förderbericht drinnen steht, wenn er dafür Rechenschaft abgibt oder ablegen muss oder ausgezeichnet wird dadurch, dass er Landesmittel bekommt. Wenn wir diese Bagatellgrenze abschaffen, dann haben wir einen mindestens 10 bis 20 mal so umfangreichen Förderbericht, das heißt, mit zu viel Information kann er genau das Gegenteil erreichen, was ich mit Information will.

Wir haben ganz bewusst diese Fördergrenze, die ja ebenfalls mit dem vom Kollegen Frais genannten parteiübergreifenden Übereinkommen ausgehandelt wurde, auch übernommen. Das heißt, das Wesentliche an dieser Geschichte ist, dass wir ein bestehendes System, das ist der Förderbericht auf CD-Rom als Geheimbericht an die Klubobleute, endlich veröffentlichen. Das kann man nicht oft genug wiederholen. Das ist ein großer Schritt. Die Begeisterung hat sich, sage ich einmal, auch bei der SPÖ in äußerst engen Grenzen gehalten. Aber es ist gelungen und es ist jetzt in einen -, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Warst du einmal da-

bei, Kollege Trübswasser?") ich habe, Kollege Frais, die Widerstände der SPÖ in der alten Legislaturperiode erlebt und ihr seid auf der Bremse gestanden, jetzt so tun, dass ihr jetzt auf der Überholspur seid, das halte ich ja für wirklich sehr gewagt. Das muss ich ehrlich sagen. (Beifall)

Grundsätzlich zum Förderbericht: Ich habe schon gesagt, es braucht niemand das Gefühl haben, dass durch den Förderbericht irgendwer an den Pranger gestellt wird, sondern dass der Förderbericht, das Veröffentlichen einer Förderung, (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Das musst du aber den Stockinger sagen!") zum normalsten gehört, was in der Demokratie an Transparenz bezeichnet wird.

Ein Letztes noch was den Förderbericht, den so genannten Rumpfbericht betrifft, da ist ja ebenfalls mitgeschwungen in der Presseaussendung von Karl Frais, dass die ein Glück haben, die sozusagen im ersten Halbjahr das Geld bekommen. Auch wieder dieses Image im Förderbericht stehen, ist, man outet sich, man wird an den Pranger gestellt. Von diesem, Karl Frais, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Ungleiche Behandlung, Kollege Trübswasser!") müssen wir endlich wegkommen. Das ist eine sehr veraltete Meinung, dass man (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Ungleiche Behandlung!") quasi sich verstecken kann und ein Glück hat nicht im Förderbericht zu stehen, sondern wir beginnen diesen Förderbericht mit einem Rumpf ja ganz bewusst, weil wir wissen wollen, wie dieses System überhaupt funktioniert. Es hat es ja noch nicht gegeben. Wir werden 2007 einen kompletten Bericht machen und werden anlässlich dieses 2007er-Berichtes, das wurde auch und das hast du nicht erwähnt, Karl Frais, in der Besprechung beim Landeshauptmann vereinbart, dass wir evaluieren werden. Wir werden selbstverständlich Erfahrungen sammeln müssen, weil Oberösterreich das erste Bundesland ist, dass dieses Wagnis unternimmt. Wir sind sehr stolz darauf, es ist ein demokratiepolitischer Meilenstein. Ich danke Ihnen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Klubobmann Strugl.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich versuche eine Erklärung, weil der Herr Klubobmann Frais gesagt hat, man möge ihm erklären, warum hier ungleich behandelt wird? Und du hast dich sinngemäß auf den Gleichheitsgrundsatz berufen. Jetzt antworte ich auch einmal als Jurist. Der Gleichheitsgrundsatz besagt, dass man nicht ungleich behandeln darf, wenn es dafür keine sachlichen Rechtfertigungsgründe gibt. Das ist also Rechtsbestand auch in der Verfassung und so wird das Grundrecht auch interpretiert. Und daher geht es um die Frage, welche sachliche Rechtfertigung gibt es dafür, dass es also einzelne Förderungstatbestände gibt, die nicht in diesen Bericht veröffentlicht werden. Gesagt wurde das schon und das möchte ich jetzt noch einmal voranstellen, weil ich glaube, dass es wichtig ist, das Gefühl für die Relation herzustellen.

Neun von zehn Förderfällen werden in diesem Förderbericht enthalten sein. Das ist einmal unsere Ausgangssituation. Und wenn man sich jetzt anschaut, was ist mit diesen zehn Prozent oder nicht ganz zehn Prozent, warum sind die nicht drinnen? In diesem Gesamtvolumen von (Unverständlicher Zwischenruf) ungefähr 1,6 Milliarden Euro - das ist also das Ganze und gut 1,4 Milliarden werden dann tatsächlich veröffentlicht. Dann kommt einmal heraus, das wurde schon erwähnt, nicht ganz vier Prozent. Das sind also die Datenschutz-sensiblen Förderungen mit gut 62 Millionen Euro. Ich glaube, darüber gibt es keine Diskussion, das hast ja auch du gesagt.

Dann kommt der Bereich der Kleinförderungen. Das wurde auch schon gesagt, erstens einmal aus Gründen letztlich auch der Transparenz des Berichtes und der Struktur des Berich-

tes, aber letztlich frage ich mich auch, wo liegt dann hier auch das Interesse? Es geht insgesamt um 1,8 Prozent der Förderung, die in diese Bagatellgrenze hineinfallen. Das war ja auch beim bisherigen Bericht so, der nur den Klubs zur Verfügung gestanden ist. Da hat man ja gesagt, das ist in Ordnung, das ist durchaus sinnvoll, weil das wollen wir ja eigentlich jetzt gar nicht in allen einzelnen Positionen durchgehen und wissen. Das sind, wie gesagt, ungefähr 29 Millionen Euro, diese Kleinförderungen.

Und dann gibt es die sensiblen Bereiche. Und da muss ich ganz ehrlich sagen, da ist unser Zugang jetzt nicht gewesen, in welches Ressort fällt das hinein. Das wurde nämlich jetzt auch so dargestellt, das ist im Bauressort und das ist im Agrarressort usw. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) Naja, du hast gesagt, genießt man den Schutz eines ÖVP-Referenten und drum muss ich da leider sagen, das ist nicht die Betrachtung, die hier ange stellt wurde, (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Halt Zufall!") Nein, Zufall ist es nicht, Winterauer, sondern es hat - wie schon gesagt, Gleichheitsgrundsatz - sachliche Rechtfertigungen. Nämlich zum Beispiel Katastrophenhilfe! Ja natürlich kann man das alles veröffentlichen, was unter dem Titel hergegeben wird. Ich wünsche dir aber alles Gute dabei, wenn wir das tun. Ich komme selber aus einer Gemeinde, wo sehr viele solche Förderfälle durchgeführt wurden. Und ich weiß sehr gut aus meinen persönlichen Erfahrungen, was man letztlich damit bewirkt, wenn man das alles in der Weise veröffentlicht. Und alle die beispielsweise im Zuge einer Hochwasserkatastrophe da mit Betroffenen zu tun hatten, die können das, glaube ich, nachvollziehen. Und das ist für mich eine gut begründete sachliche Rechtfertigung.

Ein weiterer Fördertatbestand: Hilfe in besonderen Lebenslagen. Ja, wenn man das will, dass das veröffentlicht wird, dann muss man das dazu sagen. Wir wollen das nicht! Wir halten es für gerechtfertigt, dass das nicht veröffentlicht wird. Notstandsfälle, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Haben wir ausdrücklich ausgeschlossen!") Ja, aber Karl da rede ich genau von diesen Dingen, die jetzt nicht drinnen sind, und deswegen glaube ich, dass es gute Gründe gibt für diese Ausnahmen. Egal in welchem Ressort! Wirklich! Also, ob das jetzt das Agrarressort ist, ob das jetzt im Familienressort ist, ist ehrlich gesagt völlig Wurscht! Man muss anschauen den Fördertatbestand und die Lebenssituation. Ist halt meine Meinung und das unterscheidet uns ganz offensichtlich (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) von der (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Haben wir eh schon bei den sensiblen Daten dabei!") - ja, aber jetzt meine ich nicht Datenschutz - sondern ich meine, diese Lebensumstände, die zum Fördertatbestand geführt haben. Gut!

Und dann noch ein Wort zu den Agrarförderungen: Nämlich jene, die wir nicht unter Förderung subsumieren. Wir sind nämlich der Meinung, dass überall dort, wo aufgrund des EU-Beitritts und den damit verbundenen Entwicklungen, die auch die Bauern in einem hohen Maß getroffen haben mit Einkommensverlusten bis zu fünfzig Prozent, wir uns darauf verständigt haben, dass es dafür Ausgleichszahlungen und ein System von Ausgleichszahlungen geben soll. Und da sind wir ganz einfach der Meinung, das sind nicht Subventionen oder Förderungen, sondern das ist ein Ausgleich, für das was im Zuge des EU-Beitritts die Bauern hier an Einkommensverlusten erleiden. Und deswegen glauben wir, gehören die nicht in diesen Bericht hinein. Und ganz konkrete Investitionen zum Beispiel, da haben wir auch von Anfang an gesagt, da sind wir gesprächsbereit und weil die Agrarmarktförderung und die - also weil AMA und die Landwirtschaftskammer angesprochen wurden - die sind im Förderbericht drinnen als Gesamtbetrag, weil sie in die Regelung Vorsysteme hineinfallen, wie in anderen Bereichen das auch der Fall ist. Beispiel: Bildungskonto, um einmal ein SPÖ-Ressort zu nennen. Und das ist sozusagen die Begründung, warum das auf diese Art und Weise hier geregelt wird.

Und ein letzter Punkt, weil auch die Frage gestellt worden ist, ja, die die vor dem 1. Juli ausbezahlt werden, sind nicht und die anderen, ja, gut das ist halt in einem Rumpfbereich so. Irgendwann muss man sagen, gibt es einen Stichtag 1. Juli und ab dann wird veröffentlicht, ab dem nächsten Jahr ist das eh anders. Aber das ist der wahre Grund, dass man das auf diese Art und Weise regeln musste. Und ich glaube, der vorliegende Bericht oder der zu erstellende Bericht wird eine Balance wahren zwischen dem berechtigten Interesse auch der Öffentlichkeit nach Transparenz und dass also die Information zur Verfügung gestellt wird, aber den ebenso berechtigten Anliegen jener, die in sensiblen Bereichen Unterstützung bekommen und diese Interessen auch gewahrt werden. Ich halte das für einen tauglichen Weg, den wir hier gehen und wir werden deswegen auch uns nicht der SPÖ hier anschließen. Das heißt also, wohl der Dringlichkeit zustimmen, aber in der Sache ablehnen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Aspöck.

**Abg. Ing. Aspöck:** Geschätzte Präsidentin, hoher Landtag, liebe Zuhörer auf der Galerie! Grundsätzlich muss ich sagen, wir werden diesem Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt zustimmen. Uns gefällt diese Sache und möchte auch erinnern, dass wir Freiheitliche in der Vergangenheit ja auch immer jene Partei war, die für Transparenz, für Offenheit und für Glaubwürdigkeit und Nachvollziehbarkeit eingetreten sind. Denn die Menschen, die eine öffentliche Förderung oder Ausgleichszahlungen - man kann es ja nennen, wie es man will - erhalten, haben auch ein Recht, dass die Staatsbürger, die Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen erfahren können, wo geht dieses Geld hin, was wird mit diesem Geld gemacht?

Und im neuen Förderbericht des Landes Oberösterreich ist es schon ein Problem, wenn man gewisse Dinge hier ausklammern will, die der schwarz-grünen Regierung nicht so passen. Denn, ich verstehe es wirklich nicht, warum man hier den Agrarbereich auslagert. Es ist ja kein Geheimnis! Die Bauern bekommen Ausgleichszahlungen, bekommen Förderungen und da braucht man sich nicht verstecken dafür. Dann sehen wenigstens einmal die Leute, wie viel das schon ausmacht vom Einkommen eines Landwirtes. Und da braucht man sich nicht verstecken, denn hier erzeugt man den Eindruck in der Öffentlichkeit, da hat man ein schlechtes Gewissen, wenn man das der Öffentlichkeit präsentiert. Und das ist für mich der komplett falsche Ansatz. Also, ein riesen Kuchen an Fördergeldern, über 45 Millionen Euro im Jahr, hier der Öffentlichkeit zu verschweigen, das ist für mich nicht der richtige Ansatz.

Und im zweiten wesentlichen Punkt ist es mir wichtig, dass man im Bereich sensible Fälle wirklich ganz klar definiert, was sind denn sensible Fälle? Ja, wenn Menschen in Not geraten? Wenn wirklich die Existenz gefährdet ist? Dann sehe ich das ein, dass man diese Dinge ausklammert! Aber, sensible Punkte sind für mich nicht die Kulturförderung zum Beispiel und im Finanzbereich oder andere Dinge im Baubereich, alles das gehört transparent und offen dargelegt. Und deshalb sind wir hier ganz der Meinung der SPÖ in diesem Fall. Und wir werden uns dieser Dringlichkeit und diesem Antrag voll inhaltlich anschließen. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 865/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Weiters wurde vom Herrn Schriftführer angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 866/2006 vorschlagen, diese ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich bei dieser Beilage um einen Initiativantrag betreffend die Unterstützung von Schüler/Schülerinnen aus einkommensschwächeren Familien. Es ist ebenfalls ein Ge-

schäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Und ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage 866/2006 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Mag. Chansri.

**Abg. Mag. Chansri:** Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, hohes Haus! Mit dem Initiativantrag 866/2006 fordert die SPÖ die Landesregierung auf, deutliche Maßnahmen zur Verbesserung für bildungspolitische Chancengleichheit zu setzen, um Schülerinnen aus einkommensschwächeren Familien den Besuch weiterführender Schulen und gegebenenfalls die Unterkunft außerhalb des Wohnorts der Eltern samt den Fahrten zu ermöglichen. Wir wissen auch, dass die FPÖ einen Antrag eingebracht hat in dieser Sache. Unser Anliegen war immer eine Vier-Parteien-Erklärung an den Bund zustande zu bringen. Das ist leider gescheitert. Was ich sehr unverständlich finde, vor allem dass wir Schwarz-Grün dazu nicht bewegen haben können. Wir begrüßen auf jeden Fall die Initiative der FPÖ und würden uns freuen natürlich, wenn wir gemeinsam ein Zeichen setzen und diesen Antrag beschließen könnten.

Ja, dieses Thema ist wichtig, aber scheinbar die jungen Menschen in unserem Land sind nicht jedem wichtig hier in diesem Hause, vor allem Schwarz-Grün nicht! Muss ich das wieder ansprechen, ich bin eigentlich doch sehr erschüttert, dass man da für die jungen Menschen keine Maßnahmen setzt. Die Bildung - heißt es doch immer so schön aus der grünen Fraktion, vor allem wenn ich da nach oben sehe - ist die Zukunft von morgen! Aber, warum die Kollegen der grünen Fraktion und auch der Koalitionspartner ÖVP nicht zustimmt, ist mir hier wirklich unverständlich. Vor allem dass man nicht einmal eine gemeinsame Erklärung an den Bund zusammenbringt. Aber das ist ja wieder mal schnell die Bundesmaterie, heißt es dann, und was Grün im Bund sagt und Grün im Land tut, und ÖVP im Bund verursacht und die ÖVP im Land still duldet oder gar mitträgt, ist wohl wieder die andere Seite der Medaille.

Fakt ist, und das möchte ich jetzt hier einmal ein bisschen klarlegen, dass jeder zehnte Schüler und jede zehnte Schülerin eine Schulbeihilfe erhält, obwohl 42 Prozent der Schülerinnen in berufsbildenden mittleren Schulen und 32 Prozent in berufsbildenden höheren Schulen aus einer Familie kommen, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen ja unter 1.500 Euro netto liegt. Was ist jetzt der Grund dafür? Der Grund dafür sind die inzwischen äußerst niedrigen Einkommensgrenzen, die je nach Familiengröße für den Bezug dieser Schülerinnenbeihilfe nicht überschritten werden dürfen und zuletzt wurden diese Einkommensgrenzen vor sechs Jahren erhöht und die maximale Höchstgrenze für Beihilfen beläuft sich derzeit auf 982 Euro pro Jahr. Die SPÖ fordert schon seit Jahren im Bund, also im Nationalrat, die Anpassung dieser Schülerinnenbeihilfe an die Geldwert- sowie an die Einkommensentwicklung. Durch den Stillstand bei der Lohn- und Inflationsanpassung sinkt für die Bundesregierung schwarz-blau-orange diese Gesamtsumme der Auszahlungen um zwanzig Prozent, das bedeutet in Zahlen von 40,7 Millionen Euro auf 32,3 Millionen Euro. Die Höhe der Schul- und Heimbeihilfen sind somit unverändert, obwohl die Lebenserhaltungskosten um 7,4 Prozent gestiegen sind. Das ist in Summe, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eine wirklich sehr beachtliche Benachteiligung und auch Beeinträchtigung für die jungen Menschen in unserem Land und auch für die Eltern, die für die Kosten aufkommen müssen. Wenn die anderen Kosten, die mit der Schule verbunden sind, seien es die Kosten, die durch die Nachmittagsbetreuung entstehen, die Materialkosten beim Kopieren, für diverse Veranstaltungen an den Schulen, die einfach auch mit dem Bildungsweg verbunden sind und vor allem auch die tollen Selbstbehalte, führen dann in Summe zu einer wirklichen Beeinträchtigung der jungen Menschen und deren Eltern in unserem Land.

Diese bestehenden Regelungen führen zu sozialen Härten. So ist der Bezug einer Schulbeihilfe erst ab der zehnten Schulstufe gesetzlich möglich. Die Entscheidung über die weitere Schul- bzw. Berufslaufbahn erfolgt, das wissen sie wahrscheinlich hier eh, viele von Ihnen sind auch Eltern, bereits ab Ende der achten Schulstufe. Die Kosten für die Anschaffung in der ersten Klasse einer BHS sind beträchtlich. Der Bezieher/innenkreis müsste laut Meinung der SPÖ im Bund, und auch die SPÖ Oberösterreich sieht das so, unbedingt auf die neunte Schulstufe ausgedehnt werden. Weiterhin ist nach wie vor der günstige Schulerfolg Voraussetzung zur Gewährung einer Schul- und Heimbeihilfe. Die Schulbeihilfe wird derzeit bei einem Notendurchschnitt unter 2,8 vergeben und die Heimbeihilfen unter 3,1. Diese Unterscheidung ist für uns nicht wirklich nachvollziehbar, also weg damit. Denn die Schul- und Heimbeihilfe stellen einen Betrag des sozialen Ausgleichs für einkommensschwache Familien dar. Das Kriterium des Notendurchschnitts ist daher gänzlich ungeeignet für die Gewährungen der Beihilfen. Diese sollten ausschließlich nach sozialen Kriterien vergeben werden.

Nüchtern betrachtet - dann komme ich schon zum Ende - stellt die Nichterhöhung der Einkommensgrenze und somit der Beihilfen eine gewaltige Ersparnis für unseren Herrn Finanzminister dar. Opfer sind wieder einmal die jungen Menschen, die da oben sitzen in unserem Land. Bildung ist die Zukunft von morgen, klingt da leider sehr hohl für junge lernbereite Menschen in unserem Land. Um ein deutliches Zeichen zu setzen, möchte ich auch noch einmal an Schwarz-Grün appellieren, vielleicht doch unseren Antrag mitzutragen und auch bei den Kolleginnen im Bund dafür einzutreten, dass man hier etwas ändern könnte. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist, glaube ich, zumindest für mich, die ich seit 1997 im Oberösterreichischen Landtag tätig bin, das erste Mal eines passiert: Dass eine kleine Fraktion ihren Antrag anderen Fraktionen zuschickt zur Mitunterzeichnung, weil es eine Bundesresolution mit 29 Unterschriften ist und wir natürlich die Unterstützung brauchen, und wir damit konfrontiert werden, dass ein anderer Klub einen eigenen Antrag bringt, wo sogar in der Begründung - natürlich weil es die Zahlen sind - unsere Sprachregelung übernommen worden ist. Und wenn wir hier im Oberösterreichischen Landtag so miteinander umgehen, dass Anträge abgeschrieben werden und dann als eigene verkauft werden, dann muss ich sagen, glaube ich, kriegen wir oder ich zumindest ein Problem in der politischen Arbeit. Weil niemandem mehr zu vertrauen, heißt auch natürlich Skepsis allen anderen gegenüber. Noch dazu, wenn ich dann höre als Begründung, dass ja wir, und ich war diejenige, die pressemäßig hinausgegangen ist, dass wir ja uns auf ein Thema von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haider draufgesetzt haben unter Führungszeichen, dann darf ich hier mitteilen: Wir haben in Linz, ich habe am 23. Februar 2006 einen Pressedienst abgesetzt, Schul- und Heimbeihilfen sowie dafür geltende Einkommensgrenzen erhöhen. Am 11. März - und da ist ja wohl einige Zeit dazwischen vergangen - SPÖ-Haider "Mehr Schülerbeihilfe". Zusammenarbeit und Unterstützung bei Themen wird dann schwierig Herr Dr. Fraiss, wo man mit solchen Vorgangsweisen konfrontiert wird, noch dazu, wo wir in der Vergangenheit dieses Thema ja sehr wohl schon im Oberösterreichischen Landtag, zwar in einer anderen Form, nicht auf Bundesebene betreffend, behandelt haben. Wir haben, ich bringe in Erinnerung, am 7. Juli 2005 einen Initiativantrag eingebracht betreffend Einkommensgrenzen für die Landesförderung, alle Landesförderungen, wo finanzielle Unterstützung direkt an Familien ausbezahlt werden, anzuheben, die Landesförderung für Grundbeschaffungskosten und Hausratbeschaffungsaktionen und die Fernpendlerbeihilfe des Landes Oberösterreich. Wir haben uns dann angeschaut bei allen Referenten mit schriftlichen Anfragen, wie hoch die

Förderungen sind bzw. welche Einkommen als Grundlage für eine Förderung da sind. Alle Regierungsmitglieder haben die schriftliche Anfrage bekommen. Wir haben dann am 10. November 2005 wieder einen Initiativantrag eingebracht, der auch keine Mehrheit gefunden hat, wo wir verlangt haben, die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, die Einkommensgrenzen für Landesförderungen einheitlich zu gestalten und diese in den allgemeinen Förderungsrichtlinien des Landes Oberösterreich festzulegen. Wenn ein Thema keine Mehrheit findet, dann muss man das als kleine Fraktion zur Kenntnis nehmen, aber Themen von anderen einfach als eigene Themen, noch dazu heute einen dringlichen Antrag einzubringen, da spielen wir nicht mit. Aus diesem Grund werden wir auch die Dringlichkeit des SPÖ-Antrages nicht unterstützen. Ich sage Ihnen aber auch gleich, dass wir heute einbringen, ich weiß nicht, ob er schon verteilt ist, einen Initiativantrag betreffend die Erhöhung der Schul- und Heimbeihilfe. Und zwar die Unterstützung der Schüler/innen aus einkommensschwächeren Familien, wo die Oberösterreichische Landesregierung aufgefordert wird, Maßnahmen zur Verbesserung bildungspolitischer Chancengleichheit zu setzen, um Schüler/innen aus einkommensschwächeren Familien den Besuch weiterführender Schulen und gegebenenfalls die Unterkunft außerhalb des Wohnortes samt Fahrt zu ermöglichen. Das heißt, es ist in der Familienförderung oder in der Unterstützung der Familien, die Kinder in Ausbildung haben, sowohl den Bund in die Erziehung zu nehmen, als auch das Land Oberösterreich. Dass auch die Unterstützung für die Schulveranstaltungen an die Anzahl der Kinder in einer Familie abhängt, finde ich äußerst unsozial, denn eine Familie hat mit einem Kind, wenn ein geringes Einkommen da ist, hat bei einer Schulveranstaltung dieselbe Belastung wie eine Familie mit zwei oder drei Kindern. Also diesen Antrag werden wir heute auch noch einbringen. Ich danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hirz.

Abg. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! In Österreich haben wir ein sehr stark selektierendes Schulsystem. Es ist ja so, dass die Entscheidung, welchen Schultyp man besucht, in der Unterstufe sehr häufig auch schon ein Stück Vorentscheidung ist, ob man einen höheren Bildungsweg einschlägt oder nicht. Man weiß ja inzwischen, dass nicht nur die Schulleistungen ein Kriterium sind, welcher Schultyp besucht wird, sondern dass es auch noch andere Kriterien gibt. Ich habe es schon einmal im hohen Haus erwähnt, es ist vor allen Dingen die geografische Nähe oder Ferne zu einer AHS, es ist vor allen Dingen auch die ethnische Zugehörigkeit, und natürlich auch die soziale Herkunft spielt eine Rolle und da vor allen Dingen wieder die Bildung der Eltern, die eine wesentliche Rolle spielt. Unter diesem Aspekt sollen wir diesen Antrag heute hier auch sehen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es in Österreich kein Kind, keine Schülerin, keinen Schüler geben soll, der aufgrund von Geldmangel nicht die Möglichkeit hat, eine höhere Schule zu besuchen. Insofern ist kritisch festzustellen, dass die Anzahl der Beihilfen in Österreich, was Schulbeihilfen und Heimbeihilfen betrifft, zurückgegangen ist. Es gibt zwar jetzt unterschiedliche Zahlen zwischen der Arbeiterkammer und den Zahlen, die man vom Ministerium hört, es ist Fakt, dass sie zurückgegangen sind, dass im Jahr 2003, 2004 30.000 Familien diese Schulbeihilfe bekommen haben. Warum das zurückgeht? Da gibt es verschiedene Gründe, ich möchte drei aufzählen:

Ein Grund ist sicherlich, dass viele Familien nicht als jene gelten wollen, die eigentlich Beihilfenempfänger sind. Das heißt, es ist sicher von höchster Bedeutung, dass es hier einen entsprechenden Datenschutz gibt bzw. auch eine entsprechende Diskussion. Das ist, glaube ich etwas, was man sich genauer anschauen soll.



Das Zweite, ich bin der festen Überzeugung, dass Beihilfen nur aufgrund von sozialer Bedürftigkeit erfolgen sollen und nicht nach anderen Kriterien. Das heißt, es gibt auch das Kriterium des Notendurchschnittes, der bei 2,9 liegen muss, damit man diese Schulbeihilfe bekommt. Wobei ich sage, die Schülerbeihilfe soll eigentlich eine Hilfe sein und keine Erfolgsprämie, ich sehe auch nicht ein, warum Schüler und Schülerinnen aus ärmeren Verhältnissen hier sich nicht leisten können, schlechte Schülerinnen oder Schüler zu sein, das ist schlichtweg nicht fair. Noch dazu muss man sich genauer anschauen, ich entnehme das der Begründung des Antrages, dass also 42 Prozent der Schülerinnen in den BHMS und 32 Prozent in den berufsbildenden höheren Schulen aus Familien kommen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro, das ist deswegen bemerkenswert, weil gerade die berufsbildenden höheren Schulen und die Oberstufenrealgymnasien die klassischen Aufsteigerschulen in Österreich sind. Aus diesem Grund sollten wir uns das genauer anschauen.

Der dritte Grund, warum sie zurückgehen, ist mit Sicherheit der, dass seit 2000 die Bundesregierung die Beihilfenhöhen nicht angepasst hat, aber auch die Einkommensgrenzen nicht an die Inflation und die Lohnentwicklung angepasst hat. Ich bin absolut der Meinung, dass es hier zu einer Anpassung sowohl der Beihilfenhöhe als auch der Einkommensgrenzen von Seiten des Bundes kommen soll. Ich bin auch der Meinung, dass der Notendurchschnitt kein Kriterium sein soll, ob eine Beihilfe ausbezahlt wird oder nicht. Ich bin allerdings der Meinung, dass man so eine Anpassung im Ausschuss diskutieren soll, dass man entsprechende Überlegungen anstellen soll. Insbesondere deswegen, weil es, und da schließe ich mich jetzt der Kollegin Moser an, einen fast inhaltlich identen Antrag von Seiten der FPÖ gibt. Ich glaube, dass es die parlamentarische Fairness verlangt, dass wir diese beiden Anträge gemeinsam im Ausschuss auch diskutieren und besprechen. Ich bin absolut dafür, dass das Land Oberösterreich an den Bund mit diesen Forderungen herantritt, ich halte es allerdings für wichtig, dass so eine Forderung auch breit getragen wird, dass möglichst viele Fraktionen eingebunden sind in eine Resolution. Schwarz-Grün, weil es angesprochen worden ist, wird sicherlich an alle anderen Fraktionen das Angebot stellen, dass wir hier eine breit getragene Resolution von Seiten des Landes mit dieser Zielrichtung absenden können in Richtung Bundesregierung. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Letzter Redner zur Dringlichkeit ist Herr Kollege Stelzer.

**Abg. Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Zum Antrag, der vorliegt, möchte ich noch sagen, dass es natürlich stimmt, was hier inhaltlich dargelegt wurde, dass die Höhen wie auch die Zugangsgrenzen bei den Einkommen längere Zeit nicht geändert wurden, dass man sich darüber durchaus unterhalten kann im Ausschuss. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, dass, wenn wir von Chancengerechtigkeit sprechen, von Möglichkeiten quer durch das Land, auch Bildung in dem Ausmaß in Anspruch nehmen zu können, sich auch weiterzubilden, wie das auch im ganzen Land möglich ist, dann muss man schon darauf hinweisen, dass wir auch selber sehr viel getan haben. Ich meine nur die dezentralen Standorte vieler Schultypen, wie zuletzt auch der Schub Richtung neuer HTL-Standorte, den wir im Land ja ganz massiv unterstützt haben, dass daher auch schon sehr viel passiert ist in den Möglichkeiten zum Bildungssystem auf den verschiedenen Ebenen, auch einen möglichst leichten Zugang zu haben. Man wird auch diskutieren können, aus unserer Sicht wahrscheinlich etwas anders als es unsere Vorredner getan haben, über eine gewisse Leistungskomponente bei diversen Beihilfen und Förderungen, aber ich glaube, auch dafür ist der Ausschuss der richtige Ort, wenn wir eine Resolution beschließen wollen, die ja Richtung Bund geht, weil wir in diesem Ausmaß ja hier die Bundesregelung vollziehen.

Ich möchte aber schon noch darauf hinweisen, dass, auch wenn die Bezieher der Beihilfen vielleicht zurückgegangen sind, trotzdem fast die Hälfte jener, die diese Beihilfe bekommen, den Maximalsatz der Beihilfe erhalten, also dass hier eine doch sehr gute Treffsicherheit offensichtlich im Bereich der Schülerbeihilfe gegeben ist.

Und zum Zweiten, dass wir im Land noch Zusatzmaßnahmen haben, wenn ich daran denke, was wir für Schulveranstaltungen tun auf dem Beihilfensektor, oder aber auch wenn Land-schulwochen oder Sprachwochen der einzelnen Schulen und Klassen unterstützt werden. Also ganz so ist es nicht, dass es quasi nur diese Schulbeihilfe des Bundes gäbe und wir hier im Lande nicht auch entsprechende Abfederungen erzielen, das heißt, das muss man in der Gesamtheit sehen.

Zum Thema demokratiepolitischer Vorgang, der auch von den Vorrednern zum Teil schon angesprochen wurde, möchte ich schon auch noch dazusagen, vor allem weil auch die SPÖ-Rednerin das aus meiner Sicht, aber das war heute schon mehrfach das Problem der SPÖ, etwas verquert dargestellt hat und alle anderen angegriffen hat und nur den eigenen Schrebergarten mittels Tunnelblick offensichtlich im Auge gehabt hat. Wenn eine Fraktion, wie die FPÖ alle anderen Fraktionen einlädt, ich glaube, das war am 21. März oder so, etwas mit zu unterzeichnen, dann kommt zufälliger Weise inhaltlich gleich von der SPÖ ein Antrag zu diesem Thema, dann halte ich das wirklich im höchsten Ausmaß unfair. Ich würde sagen, ihr hättet euch das wirklich überlegen sollen, diesen Vorgang so zu wählen, das ist wirklich etwas eigenartig. Insbesondere dann, wenn man da herausgeht, alle anderen angreift mit einer Falschinformation noch dazu, es würden alle anderen das verhindern. Ich darf also den Damen und Herren des hohen Hauses ankündigen, dass wir heute die Dringlichkeit nicht unterstützen, weil wir im Gegenzug den ursprünglichen FPÖ-Antrag mitunterschreiben werden, damit ermöglichen werden, dass er im Ausschuss diskutiert werden kann, dass das dann auch gemeinsam im Ausschuss diskutiert wird. Über alle anderen Mutterschafts- und Vaterschaftsstreitigkeiten verliere ich jetzt keine zusätzlichen Wörter, weil es in unserem Bereich auch Leute gibt, die schon entsprechende Forderungen erhoben haben, daher möchte ich noch einmal hinweisen, wir lehnen heute die Dringlichkeit ab, wir werden im Ausschuss aber sehr engagiert diskutieren. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe die Wechselrede, und ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 866/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden. Ich weise die Beilage 866/2006 dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zu.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass schriftliche Anfragen eingelangt sind, wir haben sie in Kopie auf Ihren Plätzen aufgelegt bzw. die zwischenzeitig eingelangten Beantwortungen ebenfalls, und sie stehen Ihnen auch auf elektronischem Wege zu Verfügung.

Wir kommen nun zur aktuellen Stunde, diese lautet heute: "Energiewende - Oberösterreich nutzt die Chance auf Arbeitsplätze, Klimaschutz, Sicherheit und soziale Entlastung durch Ökoenergie und Energieeffizienz und wird zu Europas Spitzenregion". Als Redner des antragsgeltenden Klubs darf ich Herrn Klubobmann Gunther Trübswasser das Wort erteilen.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich danke für die Worterteilung. Der Titel dieser aktuellen Stunde ist sehr komplex und sehr lang, aber auch das Thema ist sehr komplex, das wir behandeln, es hat einen sehr zielgerichteten

Fokus. Oberösterreich als ein Land, ein Bundesland, das sehr glaubwürdig und vehement gegen die Kernenergie kämpft seit vielen Jahren, ein Land, das Hochtechnologie beherbergt, ein Land, das Ressourcen hat, gleichzeitig die besten Voraussetzungen für eine Energiewende, die angesichts der Situation, die momentan am Energiemarkt herrscht und bei der Energieversorgung herrscht, eine durchaus aktuelle und wichtige Angelegenheit.

Geschätzte Damen und Herren, wir haben dieses Thema heute zur aktuellen Stunde gemacht aus zweierlei Gründen, das eine ist der aktuelle Anlass, wir erinnern uns, vor 20 Jahren war der schwere Unfall von Tschernobyl. Langsam verschwindet er schon aus unserem Bewusstsein, die Atomenergie versucht über das trojanische Pferd der Energieknappheit wieder in das Gespräch zu kommen. Auch der Klimaschutz ist etwas, was nur als trojanisches Pferd bezeichnet werden kann, weil das, was die Atomlobby derzeit versucht, ist die Rückkehr in die Diskussion in Europa, die Rückkehr in Ländern, die längst schon eine klare Entscheidung getroffen haben wie Deutschland, und auch Österreich wird sicherlich nicht von der Diskussion verschont bleiben.

Geschätzte Damen und Herren, gerade in diesen Zeiten ist es wichtig zu sagen, dass die Alternativen, die sich uns anbieten nicht nur neue Wirtschaftszweige bringen, neue Beschäftigungen, Autarkie in Energiefragen, sondern auch einen ganz, ganz wichtigen Beitrag gegen die Atomenergie, gegen die so genannte friedliche Nutzung der Kernenergie. Ich brauche hier an dieser Stelle nicht zu betonen, warum wir gegen Kernenergie sind, ich brauche nicht zu betonen, warum wir eine eigene starke Energiepolitik brauchen, die sich auf heimische Ressourcen stützt, die auf Energieeffizienz aufbaut und die den Schutz des Klimas im Auge behält. Ich möchte hier an dieser Stelle noch einmal aufrufen, deswegen die aktuelle Stunde, dass wir unsere Kraft, unsere Energie, unsere politische Stärke noch einmal bündeln in Richtung Wien, wo ein Ökostromgesetz derzeit in Diskussion ist, das ist heute auch schon kurz angesprochen worden. Ein Ökostromgesetz, das alle Bemühungen des Landes Oberösterreich, den Erfolg, den wir jetzt schon quasi greifbar nahe haben, wo wir dabei sind umzusetzen, wieder in Frage stellt. Ein Gesetz, das auf eine Art und Weise zu Stande gekommen ist, wie vieles in diesem Land, es ist letztlich ein Tauschgeschäft gewesen, weil es eine Zweidrittelmaterie ist, braucht der Nationalrat auch die Stimmen der SPÖ dazu. Geschätzte Damen und Herren von den Sozialdemokraten, ich appelliere eindringlich an euch, Einfluss zu nehmen auf die KollegInnen in Wien, diesen Tauschhandel nicht einzugehen, weil das, was quasi hier als Vorteil für Salzburg und Wien eventuell herauschaut, sich insgesamt für Österreich als schwerer Fehler herausstellen wird. Ganz besonders ist dieses Fortschrittsland Oberösterreich davon betroffen, weil Oberösterreich sehr stark auf die Ökoenergie gesetzt hat und auch sehr abhängig ist von den Rahmenbedingungen, die auf Bundesebene geschaffen werden. Deshalb mein Appell: Erstens, diese Gemeinsamkeit in der Anti-Atom-Politik nicht aufhören zu lassen, sie muss weiter gehen. Zweitens, die Glaubwürdigkeit dieser Anti-Atom-Politik dadurch zu bestärken, dass wir eine Energiepolitik in diesem Lande machen, die richtungsweisend ist. Drittens, dass wir gemeinsam die beiden Fraktionen, deswegen bin ich so froh, dass wir eine breite Zustimmung haben zu dieser Resolution, gegen die neue Ökoenergieregulierung in Wien, dass die Fraktionen auch in Wien Druck machen, damit dieses Ökostromgesetz nicht in der Form in Kraft tritt, wie es geplant ist. Es wäre das Ende der Energiewende in Oberösterreich, und wir brauchen sie aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, wir brauchen sie aus energiepolitischen Gründen, wir brauchen sie auch als Trumpf gegen die Atomenergie. Ich danke Ihnen und hoffe auf eine breiteste Zustimmung, was die Resolution betrifft und das Thema der heutigen aktuellen Stunde. Dankeschön. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich bedanke mich. Nächster Redner ist Herr Kollege Steinkogler.

Abg. **Steinkogler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hoher Landtag, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Energieverbrauch läuft uns davon. Der Energiekonsum ist in den letzten fünf Jahren schneller gestiegen als das Wirtschaftswachstum. Steigende Energie- und Rohstoffpreise, die prekäre politische Situation in den wichtigsten Erdölstaaten, die Probleme bei der Gasversorgung, Stichwort Rußland und Ukraine, weltweite Diskussionen über Klimaschutz und Versorgungssicherheit lassen die Rufe nach einer langfristigen, transparenten Energiestrategie in den stark importabhängigen Ländern wie Österreich immer lauter werden. Negative Auswirkungen haben die hohen Energiepreise auf Inflation, Konsum, Produktionskosten und Wirtschaftswachstum. Energiepreissteigerungen treffen somit vor allem die privaten Konsumenten, Klein- und Mittelbetriebe, aber auch die Industrie. Bis 2030 wird in Europa die Abhängigkeit von Energieimporten um 20 Prozentpunkte auf fast 70 Prozent anwachsen, beim Rohöl beinahe sogar auf 90 Prozent.

Die Istsituation der Deckung des österreichischen Energieaufkommens von rund 1.358 Petajoule erfolgte 2004 zu 67,8 Prozent aus Importen und zu 30,4 Prozent aus inländischer Aufbringung von Rohenergieträgern. Und wenn wir hier wieder diese 30 Prozent anschauen, dann ist die Inlandsaufbringung 33,6 Prozent Wasserkraft und 29 Prozent Biomasse und 15,7 Prozent Erdgas. Österreich und Oberösterreich nutzen und nutzen die Chance der Energiewende in Biomasseverstromung, Stichwort jetzt Timelkam, Kleinwasserkraftwerke, Photovoltaik und Windkraft erwirtschaften eine österreichische Wertschöpfung von 395 Millionen Euro und beschäftigen mehr als 11.000 Personen.

Oberösterreich ist nicht nur neben Schweden Europas Modellregion bei der Energiewende, sondern in diesem Jahr auch Europas Energiewendezentrale. Europas größter Ökoenergiekongress mit über 900 Experten aus der ganzen Welt fand in Wels statt. Die europäische Energieeffizienzkonferenz war in Oberösterreich. Die Verleihung des Energiestars 2006 fand in Oberösterreich statt. Und bei Europas wichtigster Energiesparmesse in Wels wurde vor einigen Wochen über 100.000 Besucher gezählt. In Oberösterreich ist das Interesse besonders hoch, da hier 300.000 vor 20 Jahren gebaut wurden und so durch Sanierung im Schnitt um rund 40 Prozent verringert werden könnten.

Oberösterreich ist bei der Energiewende neben Schweden in Europa ein Vorreiter. Etwa durch 41 Prozent Ökowärme am Gesamtwärmeverbrauch und durch 13 Prozent Ökostrom. Aber auch die Unternehmen investieren in Solar- und Alternativenergien. Solarthermie, also die Wärmeerzeugung via Sonnenkollektoren, wächst rasant. Im Jahr 2004 wurden 255 Solarprojekte bei Unternehmen gefördert. Die Investitionskosten betragen mehr als sieben Millionen Euro. Es ist auch noch Potenzial vorhanden. Im Tourismus nutzen erst knapp fünf Prozent aller Betriebe die Kraft der Sonne. Trotzdem steigt die Zahl der geförderten Solaranlagen bei Betrieben in Oberösterreich. 24 im Jahr 2002, 2004 waren es bereits 62. Damit liegt auch hier Oberösterreich hinter Tirol an der Spitze im Bundesländervergleich. Und bis 2020 könnte laut Studie durch Kombination von erneuerbaren Energieträgern und thermischer Sanierung der Gebäude 70 Prozent des Bedarfs abgedeckt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Erfolge können sich, wie Sie sehen, wirklich sehen lassen. Oberösterreich ist die erste Region, die die EU-Energieeffizienzrichtlinie bereits umgesetzt hat. Eine Initiative des Landesrates Rudi Anschober. Ökoenergie entwickelt sich in Österreich zu einem bedeutenden Wirtschafts- und Wachstumsfaktor. Bereits 32.700 Personen werden in der Branche beschäftigt. Von den in Österreich produzierten Solarwärmanlagen werden 70 Prozent exportiert. Die Steigerungsrate dieser Ausfuhren betrug im letzten Jahr fast 40 Prozent. Ähnliches gilt auch für die Biomasseanlagen. Der Wärmesektor

ist von großer Bedeutung, weil sich hier bei heutigen Marktpreisen eine Umstellung auf erneuerbare Energien bereits rechnen. Der Umsatz der Ökoenergietechnik erreicht rund 1,5 Milliarden Euro. Pro Jahr werden so 158.000 Tonnen Heizöl eingespart und die Umwelt um fast 500.000 Tonnen CO<sub>2</sub> entlastet. Österreich ist das einzige Land der EU-25, das bereits 1997 mit etwa 70 Prozent als Ausgangswert mehr als 50 Prozent des Stromverbrauches aus erneuerbaren Energieträgern, ist gleich Ökostrom, überwiegend Wasserkraft erzeugt hat.

Österreich und Oberösterreich ist unter den fünf Ländern der EU-25, die in den letzten Jahren den größten Ausbau an Ökostrom zu verzeichnen hatten. Die unterstützten Ökostrommengen stiegen von 412 Gigawatt im Jahr 2002 auf 3.521 Gigawatt im Jahr 2006. Mit 32.700 Arbeitsplätzen hat die Ökoenergie auch erheblichen Effekt auf dem Arbeitsmarkt. Und der Cluster Ökoenergie zählt in Oberösterreich 141 Unternehmer als Mitglieder, die im Kernbereich Ökoenergie 390 Millionen Euro umsetzen und 2.800 Mitarbeiter beschäftigen.

Meine Damen und Herren! Sie sehen, die Energiewende bewirkt nicht nur ökologische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Vorteile. Die Nutzung erneuerbarer Energieträger stärkt die regionale Wertschöpfung und schafft Unabhängigkeit von der Krisenregionen der Erde. Der Anstieg des Ölpreises und der kalte Winter führten uns gerade in den letzten Monaten vor Augen, dass die Heizkostensteigerung bei einem Haushalt bei Ölheizungen um 35 Prozent oder 350 Euro gestiegen ist. Der verstärkte Einsatz von Ökoenergie und eine Steigerung der Energieeffizienz bei Gebäuden kann Österreich langfristig von fossilen Brennstoffen und Energieimporten unabhängig machen. Finanziert kann die Umstellung durch Einsparungen bei Energieimport und Vermeidung von ansonsten drohenden Kyotostrafzahlungen sowie durch Umschichtung der Wohnbauförderung Richtung Sanierung, Passiv- und Niedrigenergiehaustechnik sowie Ökoenergien werden.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, soll auch der vorliegende Dringlichkeitsantrag zur Neuverhandlung über die Novelle des Ökostromgesetzes verstanden werden. Die wesentlichen Punkte dieser Regelung sind langfristige Tarifgarantien für die Betreiber von Ökostromanlagen, 20 Jahre, die jährlichen, degressiven Tarife für neue Anlagen um die Technologie bis zum Jahre 2020 an die Marktreife heranzuführen, und die Deckelung der Kostenbelastung für besonders energieintensive Betriebe im Rahmen des festzulegenden Aufbringungs- und Tarifsystems. Meine Damen und Herren! Sie sehen, wir sind auf einem guten Weg. Aber um diesen Weg erfolgreich weiter zu gehen, bitten wir um Ihre Unterstützung und um Ihre Zustimmung. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Makor-Winkelbauer.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der heutigen aktuellen Stunde ereilte die Abgeordneten um neun Uhr am Dienstag den 4.4. in den jeweiligen Mailboxen der Computer, nämlich "Energiewende - Oberösterreich nutzt die Chance auf Arbeitsplätze, Klimaschutz, Sicherheit und soziale Entlastung durch Ökoenergie und Energieeffizienz und wird zu Europas Spitzenregion". (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Könnte ein bisschen ausführlicher sein!") Ich habe schon gesagt, etwas holprig, aber im Grunde nach verständlich. Genau 2 Stunden und 33 Minuten später kommt dann eine Korrektur des Themas und man liest es sich durch und erfährt "Energiewende - nutzt Oberösterreich die Chance auf Arbeitsplätze, Klimaschutz, Sicherheit und soziale Entlastung durch Ökoenergie und Energieeffizienz und wird zu Europas Spitzenregion?"

Und man hat zuerst ein paar Minuten drüber lesen müssen, was jetzt eigentlich der Unterschied ist, bis man letztendlich dann dazu kommt, dass das Fragezeichen am Schluss und eine geringfügige Änderung der Satzstellung dazu geführt hat, dass es von einer Feststellung zu einer Frage geworden ist. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Das ist nicht wirklich unser Problem!") Und man hat nicht gewusst, was letztendlich die Ursache dafür war. Hat die Antragsteller Zweifel befallen, Selbstzweifel befallen, oder gibt es andere Ursachen? (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Zweifel an der Bundes-SP!" Zwischenruf Abg. Dr. Brunmair: "Gibt es das, Selbstzweifel in der Politik?") Ich kann getrost sagen, es handelt sich dabei ausschließlich, ist mir gesagt worden, um eine Geschäftsordnungsnotwendigkeit, weil eine Feststellung in diesem Thema nicht vorkommen darf, sondern eine Fragestellung. Und ich sage das deswegen, weil ich die Fragestellung ja auch wesentlich korrekter empfinde.

Würde nämlich diese Feststellung so stehen bleiben, könnten wir uns gleich wieder niedersetzen und auf die Schulter klopfen und sagen, na, sind wir super, es ist alles erreicht und auf Wiedersehen. Die Wirklichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, und da sind wir dann doch wieder einer Meinung, schaut insofern ein bisschen anders aus: Bei allen Bemühungen, und ich wiederhole sie nicht von den Vorrednern, die in Oberösterreich gemacht wurden, bei allen Bemühungen muss man den Realitätscheck, wie sieht es denn aus mit der Energiewende in Oberösterreich, und als ein Indikator kann zum Beispiel nur das Kyotoziel dienen, wie sieht es denn aus, kommen wir sehr bald wieder auf sehr nüchterne Fakten zurück.

Nur zur Verdeutlichung auch für die Zuhörer und zur Erinnerung: Das Kyotoprotokoll, ein internationales Abkommen, das endlich 2005 in Kraft getreten ist, dabei wurden erstmals verbindliche internationale Ziele festgeschrieben, wie die Treibhausgase, in welchem Ausmaß die Treibhausgase reduziert werden sollen. Die EU hat sich verpflichtet den Vergleichswert zu 1990 bis 2012 um acht Prozent zu reduzieren. Innerhalb der EU hat sich Österreich auf 13 Prozent verpflichtet, diese zu reduzieren. Ich muss gleich dazu sagen, die Experten sind sich fast alle einig, die sagen, dass dieses Kyotoziel sehr wahrscheinlich noch nicht ausreichen wird, um eine Klimaveränderung nachhaltig abzuwehren. Also selbst mit Erreichung des Kyotoprotokolls ist die Welt noch nicht in Ordnung.

Wie sieht es nun aus mit diesen Werten? Statt zu sinken, meine Damen und Herren, sind aber die Treibhausmissionen in Österreich gestiegen. Sie betragen im Jahr 2003, das ist der letzte seriöse verfügbare Wert, den wir haben, 91,6 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Damit liegen die Emissionen um 16,6 Prozent über dem Wert von 1990, was in Summe eine Zielabweichung von 30 Prozent letztendlich bedeutet. Oberösterreich ist besser. In Oberösterreich, da betrug die Steigerung von 1990 auf 2003 "nur" 11,2 Prozent, womit wir immerhin noch um 26,2 Prozent neben dem Ziel liegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei aller Wertschätzung unserer eigenen Bemühungen in Oberösterreich davon eben per Feststellung zu reden, dass jetzt schon eine Energiewende geschafft wäre, obwohl wir von international eingegangenen Verpflichtungen so weit weg sind, wäre mit Sicherheit doch etwas zu früh gewesen. Für Enthusiasmus ist dem Grund nach kein Platz.

Ich will über die bereits erwähnten positiven Errungenschaften in Oberösterreich, wo wir tatsächlich österreichweit und teilweise darüber hinaus Vorreiterfunktion haben, noch einen ganz wichtigen Aspekt dazu erwähnen. Nämlich deswegen, weil schaut man sich die einzelnen Sektoren an, wie es sich verändert hat, gibt es sehr positive, was das Kyotoziel betrifft, etwa auch die Landwirtschaft, aber auch die Raumwärme, weil man da tatsächlich 22 Pro-

zent unter dem Wert von 1990 liegt und damit eine Übererfüllung des Kyotoabkommens in diesem Sektor hat. Das wurde bereits erwähnt. Hängt einerseits zusammen mit der Förderung der Biomasseheizungen, andererseits, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch damit zusammen, dass wir österreichweit eine sehr ökologisch orientierte Wohnhaussanierung haben, die auch durch die Novelle im vergangenen Jahr, Stichwort Wohnbauförderung neu, mit neuen und angepassten Energiewertzahlen auch dazu führt, dass bis zum Jahr 2010, und so ist das Ziel, weitere 300.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente eingespart werden zu den bereits eingesparten 200.000 Tonnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage das deswegen, weil der Mix der Maßnahmen, der notwendig ist, der bei der Energiewende nicht nur den Strom betrifft und nicht nur die Wärme betrifft, sondern auch Verkehr, Landwirtschaft usw. betrifft, tatsächlich ein ganz ganz wichtiger ist.

In Wirklichkeit haben wir aber zurzeit ein ganz massives Problem in einer anderen Richtung. Es wurde bereits erwähnt. Es ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr besorgniserregend, dass in der Folge des russischen Gasstreits, wenn ich das in der Kürze so zusammenfassen darf, in Europa eine Renaissance der Atomlobby zu beobachten ist. Und es schaut fast so aus, als hätten Sie darauf gewartet, auf den richtigen Moment, wieder Ihre Vorschläge zu machen. Erst vor kurzem sind wieder neue Atomkraftwerkpläne in Ungarn, in Slowenien und der Slowakei bekannt geworden, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle unmittelbare Nachbarn von uns. Auch in Finnland soll wieder ein Atomkraftwerk gebaut werden, was im Bereich Westeuropas oder der bisherigen Mitgliedsländer ein erstmaliges Wiedererstarken der Atomlobby wäre. Es ist bereits gesagt worden, wie gefährlich die Atomkraft ist. Brauche ich, glaube ich, in diesem Kreis nicht erwähnen, weil hier die Front der Ablehnung der Atomkraft, glaube ich, ohnehin steht.

Angesichts dieser Entwicklung aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es tatsächlich wichtig, dass wir gerade in Zeiten wie diesen, nämlich in jener, da wir die EU-Ratspräsidentschaft haben, tatsächlich Initiativen ergreifen, um das doch wieder etwas zurückzudrängen und nicht den Atomlobbyisten den Vormarsch lassen, weil jede Planung, jeder Euro, der in die Planung dieser neuen Atomkraftwerke geht, ist ein Euro, der uns der Verwirklichung der Atomkraftwerke näher bringt, und das lehnen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch gemeinsam ab.

Nun zu den vorliegenden Dringlichkeitsanträgen: Ich darf nur vorausschicken, ich habe mir in aller Kürze die Debatte zum Ökostromgesetz 2002 im Parlament nachträglich in den Protokollen durchgelesen. Kollege Trübswasser, ich darf dir sagen, Ihr habt das damals relativ stark kritisiert, das Ökostromgesetz 2002, das was jetzt als zurecht, sage ich einmal, positiver Impulsgeber für Ökostrom (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Du, kennst du das, Regen und Traufe?"), keine Frage, ich haben nicht gewusst, dass du weißt, dass ihr damals sehr skeptisch dem Ökostromgesetz gegenüber gestanden seid, dass was damals als problematisch angesehen wurde, ist das, was für alle als das Vorbild der Zukunft sein soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mir gedacht, hoppala, den Dringlichkeitsantrag zur Neuverhandlung der Novelle des Ökostromgesetzes, hoppala, irgendwas ist mir in die innenpolitische Diskussion abhanden gekommen. Und plötzlich ein gemeinsamer Antrag Grüner, da verstehe ich es, das war immer die klassische Situation, ist auch nachzulesen, und aber jetzt auch mit den Unterschriften der ÖVP eine Neuverhandlung des Ökostromgesetzes verlangen, dann wird sich da auf bundespolitischer Ebene oder sonst irgendwo etwas getan haben. Denn, es hat ja, wie bereits erwähnt

wurde, die Ökostromgesetznovelle im Parlament mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und SPÖ bereits den Wirtschaftsausschuss passiert. Also haben wir unsere Energiesprecher beauftragt, gut zu recherchieren.

Der Vorsitzende des Ausschusses und Energiesprecher der ÖVP Kopf, der hat überhaupt noch nichts gewusst, dass wir im Landtag da etwas beschließen, darf ich euch so sagen, und der sieht keine Notwendigkeit, warum man da etwas neu verhandeln sollte. Das ist ihm gänzlich neu. (Zwischenruf Abg. Steinkogler: "Der muss das auch nicht wissen!") Der Klubobmann Molterer der ÖVP, eine wichtige Figur, übrigens auch Ihr Spitzenkandidat bei den Nationalratswahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, war der, der da am meisten gedrängt hat, dass man schnell zu einer Einigung kommt, war jener, der mitverhandelt hat. (Zwischenruf Abg. Eisenrauch: "Was heißt Figur?") Dr. Reinhold Mitterlehner, Ihnen ebenfalls bekannt aus dem Mühlviertel, ist Mitglied des Wirtschaftsausschusses und hat das mit besprochen und mit beschlossen. Also, ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, halte das eher für einen Feigenblattantrag, und ich will auch keine Wetten darauf eingehen, der wird heute mit einer Mehrheit beschlossen. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Mit eurer Zustimmung?") Er wird heute wahrscheinlich mit Mehrheit beschlossen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte ja den Zusatzbrief sehen, den der Landeshauptmann da mitschickt an den Wolfgang Schüssel. Wahrscheinlich wird da drinnen stehen: Lieber Wolfgang! Bitte, den beiliegenden Text haben wir den Grünen zuliebe bei uns im Landtag beschlossen, er hat aber weiter keine Bedeutung. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Bravo!" Beifall) Ich verspreche (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Wenn das euer Denken ist, warum stellt ihr dann herinnen 17 Dringlichkeitsanträge?") das ohne Rücksprache, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den eigenen Leuten, die in Wien das verhandelt haben, das dann zu machen, ist eher eine Show und ein schlechtes Theater. Aber mit realer Politik, wo wir auch mitmachen werden, hat das nichts zu tun und darum werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das ist wirklich eine Schande! Das ist eine inhaltlich politische Schande!") Inhaltlich, meine sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte nachzulesen, beim Budgetlandtag habe ich mich inhaltlich zum Ökostromgesetz bereits geäußert. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das ist ein Armutszeugnis!")

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viel besser wäre es sich zu überlegen, ich weiß nicht, welche Position ihr dazu habt, der Beilage 861/2006 beizutreten, zumal (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Dürft ihr nicht wegen dem Gusenbauer?") schau, schau, es ist ja etwas weitaus Besseres da, nämlich was eine reale Auswirkung auch für die Menschen hat, weil einen Showantrag, wo die ÖVP zwar scheinhalber mitstimmt, aber der keine reale Auswirkung hat, davon habe ich ja nichts. (Zwischenruf Mitte unverständlich. Zwischenruf Landesrat Anschober: "Nach dieser Aussage könnten wir uns wirklich den Antrag sparen da herinnen!") Jetzt warte einmal, bitte, bitte, nein.

Wir haben einen Antrag, der wirklich gute Chancen auf Verwirklichung hat. Ich verweise auf den dringlichen Antrag 861/2006 der SPÖ, der auch, und der Herr Michael Kaltenberger ist ja da, vom Volksblatt bereits unterstützt worden ist, und ich erhoffe mir das erste Mal sozusagen dementsprechend positive Berichterstattung für die SPÖ im Volksblatt, wo es darum geht, dass Preisdämpfungsmodelle für Biomasse, Energie und alternative Rohstoffe gemacht werden. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Populistischer geht es ja nicht mehr!") Es ist keine Frage des Populismus, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Na selbstverständlich!") eine Mehrheit, eine Akzeptanz bei den Leuten dafür zu bekommen, die Energiewende (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Wie macht man denn Preisobergrenzen?") tatsächlich durchzuführen. (Zweite Präsidentin: Kolleginnen und Kollegen, ich bitte etwas mehr Ruhe einkehren zu lassen und dem Redner die entsprechende Aufmerksamkeit zu gewähren. Zwi-



schenruf Landesrat Anschober: "Das ist ja ein Trauerspiel. Ein richtiges Armutszeugnis für eine Energiepolitik in Oberösterreich!")

Das Armutszeugnis, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist jenes. Ich habe es ja noch ein einziges Mal probiert zu sehen, ob die ÖVP eine andere Meinung hat. Der Einzige, der den Molterer noch overrulen hätte können, wäre der Bundeskanzler Schüssel. Also habe ich in den Datenbanken der letzten Tage nachgeschaut unter grün und Schüssel. Wisst ihr, was da herausgekommen ist? Ich darf es euch vorlesen. "Das grüne Händchen vom Bundeskanzler" Ich habe mir gedacht, bei so einer Frage wird ein Händchen nicht reichen, da wird schon eine gescheite Hand gebraucht werden. "Das grüne Händchen vom Bundeskanzler. Ob der richtige Umgang mit Kräutern, das Geheimnis seines prachtvollen Rosengartens, der Humus für geschmackige Tomaten oder die richtig platzierten Wasserstellen, Tipps rund um das Thema Garten findet man im Buch Gartenleben." Das Besondere daran, an diesem Ratgeber für das grüne Händchen haben Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und seine Frau Gigi, das Ehepaar Kohl, Klubobmann Willi Molterer und sein Vater Josef, Landwirtschaftsminister Josef Pröll und Außenministerin Ursula Plassnik mitgearbeitet. (Zwischenruf Abg. Stanek: "Das ist euer Problem, dass nur polemisiert wird!")

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Zeiten, wo wir Sicherheitslücken in Temelin haben, in Zeiten, wo wir das Kyoto-Ziel nicht erreichen werden, in Zeiten, wo neue Atomkraftwerke entstehen rund um Österreich, die Feinstaubproblematik nicht erledigt ist, in diesen Zeiten befindet sich unser Bundeskanzler entweder bei Berlusconi oder in seinem Schrebergarten im Bundeskanzleramt. Danke sehr. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Anschober: "Jetzt habt ihr euch endgültig demaskiert!")

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Aspöck.

Abg. **Ing. Aspöck:** Geschätzte Frau Präsidentin, hoher Landtag, liebe Zuhörer auf der Galerie! Wenn man in unserem schönen Land Oberösterreich einen Ausflug macht, dann kennt man heute richtig schon drüber, denn man stellt fest, man sieht Oberösterreich, der Strom ist bio. Das liest man heute tausend Mal, glaube ich, in Oberösterreich. Strom ist bio. Ist das die sogenannte Energiewende in Oberösterreich unter Grün-Schwarz? Ist das die Energiewende in Oberösterreich? (Zwischenruf Landesrat Anschober: "500.000 Tonnen weniger CO<sub>2</sub> durch Biomasse!") Wenn ständig steigender Atomstrom nach Oberösterreich importiert wird und dann mit millionenschweren Kampagnen von der Energie AG zum Beispiel dem Oberöreicher verkauft wird, Strom ist bio. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das ist ja die Unwahrheit!")

Natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich der Anteil von erneuerbarer Energie in Oberösterreich in den letzten Jahren signifikant erhöht. Ich freue mich selber. Ich bin selber Biobauer, nur stört es mich, und ich möchte mich da verwehren, dass dieser Begriff bio so inflationär ist. Denn stellt euch einmal vor, jetzt ist schon der Strom bio, jetzt bin ich schon froh, dass die Milch bio ist, ich bin froh, dass das Huhn bio ist, aber dass der Strom schon bio ist, also die Leute werden heutzutage verarscht nach Strich und Faden. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und sehr geehrter Herr Landesrat Anschober, einzig und allein das Bundesökostromgesetz war es und ist es, dass wir diese Trendwende eingeleitet haben. Für das sind Sie nicht zuständig und ist Ihnen nicht zu verdanken. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Sondern Ihnen!") Nein, das nicht, der Bundesregierung. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Hat das für andere Bundesländer keine Gültigkeit?") Aber ich möchte da natürlich gleich mit Missverständnissen aufräumen, Herr Anschober. Ich bin

kein Freund der Bundesregierung, der schwarz-orangen Bundesregierung, denn hier wird Ökologisierung auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen. Und darum geht es ja in Wirklichkeit.

Zurück nach Oberösterreich noch einmal. Schauen wir uns die Energiepreise in Oberösterreich nur an. Die Spritpreise sind in den letzten Monaten ständig gestiegen. Noch nie haben wir so hohe Spritpreise gehabt in Oberösterreich. Ja, die Grünen haben vor Jahren schon gesagt, ja wir brauchen 15 Schilling Spritpreis. Jetzt haben wir das. Aber nur, Ihre Träume, Herr Anschober, die können sich viele nicht mehr leisten in Oberösterreich.

Bei den Strompreisen, Frau Kollegin, ist es ähnlich. Trotz Liberalisierung, man hat eine Liberalisierung gemacht und trotzdem den Konsumenten auch etwas vorgemacht, denn er hat jetzt Wahlmöglichkeit. Er kann bei der Energie, er kann beim Verbund, bei irgend welchen privaten Gesellschaften (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Ökostrom AG!") Strom beziehen, aber das schaut im konkreten so aus. Er bekommt eine Leitungsgebühr verrechnet von der Energie AG, und die ist auch nicht wenig, und dann noch eine zusätzliche Rechnung über den tatsächlich verbrauchten Strom. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das ist aber immer schon so gewesen!") Unter dem Strich ändert sich fast nichts, denn es ist wirklich so, dass die wenigsten eine niedrigere Strompreisrechnung jetzt haben, seitdem jetzt die Liberalisierung eingeführt wurde.

Bei den Großkunden, da schaut man schon. Diese wird man bevorzugt behandeln. (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Industrie!") Große Stromverbraucher, die werden immer bevorzugt behandelt, aber die Masse der Menschen in Oberösterreich wird hier herangezogen zum Abkassieren. Grundlage, rechtlich gesehen, ist ja auch wieder eine bundesweite, nicht landesweite, bundesweite Förderbeitragsverordnung. Ja, einerseits gibt es einen Kostenzuschlag auf die Endverbraucher, der auf die Endverbraucher abgewälzt wird, der war 2006 in etwa 29 Euro pro Haushalt, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "In welchem Zeitraum?") und der wird 2007 auf 50 Euro steigen. Das ist Faktum, Herr Anschober. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das war aber am eigenen Taschenrechner gerechnet!") Andererseits wird bei den Betrieben, hören Sie einmal zu, dann können Sie eh heraus gehen und dann können Sie eh etwas sagen, andererseits wird bei den Betrieben von Ökostromanlagen ein höherer Einspeisetarif verrechnet. Das ist ja auch richtig.

Aber ich kann Ihnen ein Beispiel bringen, eine Biogasanlage im Vergleich zu einem Kleinwasserkraftwerk. Ein Kleinwasserkraftwerk, eine idyllische Mühle im schönen Hausruckviertel, erzeugt Strom mit Wasserkraft, die natürlichste Art und Weise, wie man wirklich naturreine Energie erzeugen kann, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das ist bio!") Bioenergie, genau, sagen wir halt so, ja. Und der Müller bekommt für die Kilowattstunde sage und schreibe 70 Groschen, noch einmal auf die alte Währung zurückkommend, 70 Groschen pro Kilowattstunde. Und vergleichsweise eine Biogasanlage, die sich unweit befindet von diesem Kleinwasserkraftwerk, bekommt für die gleiche Kilowattstunde 2,40 Schilling, Herr Anschober. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Wer hat denn das festgelegt?") Herr Anschober, da müssen wir einmal bei der Wahrheit bleiben. Diese Differenz ist einfach nicht gerechtfertigt. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Wer hat denn das festgelegt? Ist das Bundesregelung oder Landesregelung?")

Bleiben wir bei der Bezeichnung Biostrom ist Biostrom. Biostrom aus Wasserkraft soll nicht benachteiligt werden gegenüber Biostrom aus Biogas. Ja, daraus ist einfach zu erkennen, dass einfach eine riesige Differenz hier besteht. Wir Freiheitliche verwehren uns, weil ja vormittags schon in der Anfragebehandlung unser Landeshauptmann Pühringer uns vorgewor-

fen hat, wir sind nicht für die Wasserkraft. Wir Freiheitliche sind für die Wasserkraft. Wir sind für den Ausbau der Wasserkraft, denn sie ist einfach die reinste und biologischste Art und Weise, wie auch die Sonnenkraft, Energie zu gewinnen. Wir fordern aber in diesem Zusammenhang auch ganz klar, dass es einfach Bedingungen gibt für die Produzenten von Energie, dass einfach jetzt nicht sein kann, dass die Mehrkosten der Erzeugung auf den Rücken der Konsumenten abgewälzt werden.

Abschließend, Herr Anschober, möchte ich noch einmal auf diese Werbekampagne zurück kommen - Strom ist bio. Herr Anschober, und Herr Stockinger ist leider nicht da, weil ihn betrifft es ja auch, ich fordere Sie wirklich auf, endlich hier auf die Kostenbremse zu steigen. Sparen Sie diese Millionenkampagnen der Energie AG ein und geben Sie das in Form von Energieeinsparungen, Energiestromverbilligungen weiter. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Landesrat Anschober.

Landesrat **Anschober:** Wie das Leben so spielt. Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Sprichwort lautet ja, in der Politik braucht man einen guten Magen, gut (Zwischenruf links: "Das passt ja gut!") Herr Aspöck, ich habe nie gedacht, dass ich mir manchmal wünsche, dass der Herr Klubobmann Steinkellner selbst an das Rednerpult geht, soweit zu den Ausführungen vorher. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Rudi, ich kann mich jetzt nach dir melden!") Kollege Makor ist leider nicht herinnen, aber vielleicht kommt er noch, ich spar mir das und mache es dann, wenn er herinnen ist. (Zwischenruf links unverständlich)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so groß sind meine Wünsche auch wieder nicht und die Sehnsucht, ich denke, dass das Thema eigentlich zu ernst und zu wichtig ist, als dass wir es jetzt so auf eine teilweise etwas unernste Art und Weise behandeln, denn die Energiepolitik ist, und da sind wir uns, so denke ich, wirklich alle einig, die Schlüsselfrage für die nächsten Jahrzehnte, die Schlüsselfrage in der Frage der Sozialpolitik, in der Frage des Umweltschutzes. Wir können die Klimaschutzziele nicht erreichen und damit eine Überlebensfrage dieser Menschheit nicht in den Griff kriegen, wenn uns die Energiewende nicht gelingt. Es ist die Kernfrage am Arbeitsmarkt, weil die Energiewende die größte Chance auf neue Arbeitsplätze und auf neue spannende Wirtschaftssäulen in unserem Land ist.

Es wurde schon eine Zahl genannt; bereits 33.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Bereich der Ökoenergiebranche mit Wachstumsraten, wo sogar China erblasst im Vergleich dazu von 20, 30 Prozent jedes Jahr Exportquote, von 60, 70 Prozent. Das gilt es umzusetzen, das gilt es zu nutzen, deswegen diese aktuelle Stunde, für die ich sehr dankbar bin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es Ihnen mit der Erinnerung geht. Wenn ich zurückdenke an die Situation, vor 20 Jahren habe ich vor mir die ersten Bilder, die ersten Radiomeldungen, Fernsehmeldungen, die es unmittelbar nach dem Gau von Tschernobyl gegeben hat. Damals absolute Desinformationspolitik. Bei uns haben die Kinder noch Anfang Mai gespielt, die Aufmärsche sind Anfang Mai noch gewesen, und, und, und. Damals waren wir uns in den, (Heiterkeit) das war jetzt kein Untergriff in Richtung SPÖ, Entschuldigung, und damals waren wir uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf dem gesamten Planeten einig, wir alle wollen, und wir alle müssen aus der Atomenergie aussteigen. Das war damals der Slogan von allen, von Frankreich bis zu den USA, von der damaligen Tschechoslowakei bis in andere Regionen dieser Welt.

Mittlerweile schaut es ganz anders aus. Mittlerweile sprechen viele von der neuen Offensive. Ich sehe unsere Regierenden und unsere Bundesregierung dann immer wieder in der Antwort folgendermaßen formulieren; Was können wir denn tun? Das liegt ja nicht in unserer Hand, (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Dann schreiben wir Briefe!") wenn die Finnen selbständig ausbauen, wenn die Slowakei selbständig ausbaut usw. und so fort. Der Kollege Makor, den ich ja jetzt nicht sehr unterstützen werde, was seine Rede betrifft, vor allem den zweiten Teil, er hat in einem Punkt völlig Recht gehabt. Es liegt sehr wohl in unserer Hand. Nämlich in der Hand der Österreichischen Bundesregierung, was in den nächsten Wochen bei den Weichenstellungen während der österreichischen Ratspräsidentschaft in Sachen Atomenergie passiert.

Da gibt es zwei Verantwortungen, wo wir aus Oberösterreich, denke ich, die Regierenden in Wien nicht alleine lassen sollten und sie sehr genau kontrollieren sollten, was das Verhalten und das konkrete Abstimmungsverhalten betrifft. Einerseits, es wird anstehen in den nächsten Wochen die Entscheidung über neue Milliardenkredite für Euratom, das heißt für neue zusätzliche Atomkraftwerke. Das ist ein Einstimmigkeitsprinzip im Ecofin-Rat, und Österreich hat die Verantwortung, diese Vetomöglichkeit, die ein Einstimmigkeitsprinzip bietet, auch zu nützen und klar und eindeutig Nein zu sagen zu einer derartigen Mittelaufstockung.

Und zweiter Bereich, und das ist viel zu wenig diskutiert in der Öffentlichkeit bislang, und das werden wir ändern, das verspreche ich Ihnen, ist das neue EU-Energieforschungsprogramm, das ebenfalls während der österreichischen Ratspräsidentschaft beschlossen werden soll, das für die Jahre 2007 bis 2012 drei Mal mehr Geld für die Atomforschung vorsieht als für die Erforschung der erneuerbaren Energieträger. Wenn das passiert, dann ist das das eklantante Gegenteil zu den Sonntagsreden, die wir in ganz Europa alle formulieren. Dann ist das das Einzementieren auf diesen Atompfad. (Unverständlicher Zwischenruf links) Kollege, können wir nicht endlich einmal sachlich miteinander reden? Muss es immer Polemik sein? Müssen wir nur Hickhack machen sogar bei einer Frage, wo wir vor zwanzig Jahren gemerkt haben, dass es um das Leben geht? Geht das nicht einmal, dass es um eine Sache geht und nicht nur um Parteipolitik und Parteipolemik und Hickhack? Ich verstehe das nicht, aber sei es darum, gut. Ich erwarte mir, dass diese Bundesregierung hergeht und diesem Energieforschungsprogramm der EU nicht zustimmt. Es muss eine klare Weichenstellung, eine klare Priorität in Richtung Ausbau der erneuerbaren Energie geben. Nur dann werden aus Sonntagsreden auch politische Wirklichkeiten.

Zweiter Punkt: Wir haben heute in der Früh ganz kurz über die Frage Wasserkraft, der Kollege Aspöck hat es angezogen, gesprochen. Die Frage Wasserkraft ist neben anderen erneuerbaren Energieträgern eine wichtige Alternative für uns in Oberösterreich. Wir haben etwa in den letzten zwei Jahren 200 Kleinwasserkraftwerke effizienzgesteigert, das heißt, modernisiert, mit neuer Technologie versehen; das heißt, ohne ökologischen Eingriff rund ein Drittel mehr Energieertrag im Durchschnitt und setzen damit auch schon die Wasserrahmenrichtlinie mit neuen Fischaufstiegshilfen, Restwasserdotierungen usw. und so fort um. Das heißt, wir tun vieles im Bereich der Wasserkraft, im Bereich Biomasse, Biogas, Sonnenenergie. Am wenigsten tun wir im Bereich Windenergie, aber das hat auch etwas mit dieser Fraktion und mit der Frage Naturschutz-Landesrat zu tun. Auch da hätten wir mehr Potenziale, aber sei es drum.

Wir müssen es schaffen, dass wir mehr machen in Richtung umweltverträgliche Eigenerzeugung, damit wir den Preis stärker im eigenen Bereich mitbestimmen und mitentscheiden können und damit wir glaubwürdig werden im Bereich der Anti-Atom-Politik und damit wir zeigen, dass es auch anders geht. Mit mehr umweltorientierter Eigenerzeugung kommen wir

in Richtung Kyoto-Zielerreichung. Und, Kollege Makor, man muss jetzt schon ehrlich sein. Das waren die Zahlen bis zum Jahr 2003. Also da ist nichts von dem drinnen, was diese Regierung in den letzten zwei Jahren gemacht hat.

Und Zweitens, wo sind denn die Steigerungsraten, die es uns bislang verunmöglichen, Kyoto zu erreichen in Oberösterreich? Wir haben Reduktionen im Bereich der Energiepolitik, und wir haben plus 90 Prozent im Bereich der Verkehrspolitik. Da würde ich dich schon ersuchen, einmal den Dialog mit dem Verkehrslandesrat in Oberösterreich zu suchen und dafür zu sorgen, dass auch da eine Kyoto-orientierte Verkehrspolitik realisiert wird.

Zweiter Punkt: Energiewende heißt, weg von Öl und Atom und hin zur Energieeffizienz. Das ist unsere größte Chance, und hin zu den erneuerbaren Energieträgern. Ich denke sehr wohl, dass wir in den letzten zwei Jahren vieles, vieles auf den Weg gebracht haben. Es steht nicht per Spaß der Energiekommissar der Europäischen Kommission hier in Oberösterreich und sagt, er hat so etwas wie in diesem Bundesland noch nie erlebt, (Beifall) dass wir das erste Bundesland sind, das die Energieeffizienzrichtlinie umsetzt. Aber die Richtlinie ist einmal das eine. Das Umsetzen wird das Spannende werden, nämlich das Durchsetzen. Und da schaue ich mir an, dass hoffentlich alle, ganz egal, ob es ein roter oder schwarzer oder eine grüne Bürgermeister/in ist, alle am gleichen Strang ziehen und in ihren Gemeinden es auch ernsthaft angehen mit dem Energieeinsparen. Denn was gibt es denn an besseren, finanziell lukrativeren, spannenderen Optionen, als 10, 15, 20 Prozent der Energie und des Energieverbrauchs einzusparen und das können wir.

Zweiter Bereich: Wir haben dramatisch ausgebaut im Bereich der Ökowärme. Die Zahl wurde schon genannt. 41 Prozent Anteil am Wärmeverbrauch, an der Wärmeerzeugung ist bereits mittlerweile Ökowärme, aus Fernwärme, aus Biomasse, aus Solaranlagen. Das gibt es in Europa kein zweites Mal. Um den Strombereich haben wir noch vieles zu tun. Aber auch da geht es schrittweise in die richtige Richtung.

Aber meine sehr verehrten Damen und Herren! Und das ist für mich tatsächlich ein Armutszeugnis. Wir müssen diesen Weg, den wir begonnen haben, noch viel ambitionierter fortsetzen. Wir sind am Beginn einer Entwicklung, am Beginn eines Weges. Und ich wünsche mir schwedische Verhältnisse in Oberösterreich. Schweden hat definiert, bis zum Jahr 2020 den Vollausstieg aus Öl zu erreichen und aus Atom. Das muss zusammengehören und muss zusammenpassen. Und wir können das im Wärmebereich auch bei uns schaffen. Wir können es mittelfristig auch im Strombereich schaffen und damit weniger Auslands- und Importabhängigkeit, Preisabhängigkeit und so weiter und so fort erreichen. Und wir können es insgesamt mittelfristig erreichen.

Dazu brauchen wir die Rahmenbedingungen des Bundes. Kollege Makor-Winkelbauer! Wenn wir zu jedem Antrag so argumentieren, dass man sagt, okay aber wird denn das der Herr Schüssel in Wien umsetzen, dann bräuchten wir keine Resolutionen mehr in diesem Haus, dann bräuchten wir keine Anträge mehr stellen. Dann könnten wir sagen, okay, lassen wir es. Warum stellt dann ihr dutzende Anträge in diese Richtung? Es geht ja darum, dass sich ein Bundesland positioniert und ganz klar fordert, was Sache ist. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Aber wir stehen ja dazu!") Ihr steht dazu und stimmt dann gegen den Antrag und seid auf Bundesebene der Steigbügelhalter eines Kahlschlages im Bereich Ökostrom, der jede Energiewende verunmöglichen wird. Ist das glaubwürdige Energiepolitik? Ist das stimmig? Ist das Klimaschutzpolitik? So zerstört man tausende Arbeitsplätze. Und nur dadurch, weil es ein Verfassungsgesetz ist, ist es möglich, dass das mit der Stimme der SPÖ verhindert werden könnte und das ist mein Appell. Wir brauchen uns ja gar nicht anagitieren. Ich bin nur

enttäuscht darüber, dass Ihr nicht einmal bei so einer Initiative mitstimmt und mit dabei seid. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Eh Ihr Partner auch nicht!")

Wir werden kämpfen darum und das haben wir in den letzten Wochen und Monaten gemacht. Und wir werden kämpfen für die Chance, die wir haben, dass wir eine neue Energiepolitik umsetzen, dass wir damit tausende Arbeitsplätze schaffen, neue Firmen schaffen, neue Verdienstmöglichkeiten schaffen und die Chance schaffen, die Klimaschutzziele zu erreichen.

Letzter Punkt: Dieser Antrag Obergrenzen einzuziehen bei den Kosten für Biomasse. Also erstens einmal möge jeder, der nicht in einer Planwirtschaft lebt, erklären, wie diktiert man Obergrenzen bei einer Preisentwicklung? (Zweite Präsidentin: Herr Landesrat! Ich bitte Sie dann zum Schluss zu kommen. Die Redezeit für die grüne Fraktion ist zu Ende.) Gerne. Wenn Ihr mir das erklären könnt, stimme ich sofort liebend gerne zu. Ich weiß nur nicht, wie das in einer freien Marktwirtschaft funktionieren soll. Da habe ich wirklich diesbezüglich keine Ahnung. Und Zweitens, bitte ein bisschen bei der Realität bleiben. Ihr schreibt von 25 Prozent Preiserhöhung, in Wirklichkeit, ich habe mir das angesehen, hat es seit dem Frühling 2001 ein Minus von 7 Prozent bei Pellets gegeben. Und soviel Unredlichkeit, von plus 25 Prozent zu reden und die Realität ist genau das Gegenteil, das halte ich für wirklich nicht korrekt und für populistisch. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Landesrat Stockinger.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, hoher Landtag! Wer gerade Furchen ziehen will, das ist ein landwirtschaftliches Bild, der muss seinen Pflug an einen Stern hängen. Der muss wissen worauf er hinaus will, wo er hin will, wo sein Ziel ist.

Oberösterreich hat und das ist im Rückspiegel der Entwicklung eine ganz wichtige Feststellung, Ende der Neunzigerjahre ganz bewusst energiepolitisch den Kompass klar in Richtung Alternativenenergien eingestellt. Damals haben wir sie noch Alternativenenergien genannt. Und wir sind dadurch heute ein Vorzeigeland, ein europäischer Vorreiter in Richtung neuer Energiezukunft, selbstbewusster Energiezukunft geworden. Wir haben also eine richtige Entscheidung landespolitisch getroffen und können durchaus selbstbewusst sagen, dass wir mit dieser Entscheidung einen Trend gesetzt haben.

In diesen Tagen, unter der Präsidentschaft Österreichs, wird die EU auch ein europäisches Biomasseaktionsprogramm beschließen. Und ich glaube das ist auch wieder ein gutes Zeichen, dass dieses kleine Österreich der europäischen Energiepolitik einen österreichischen Stempel aufdrücken kann und dass wir hier neben anderen Fragen, gestern beispielsweise Gentechnikkonferenz in Wien oder den Biolandbau, dass wir vor allem auch hier in der Biomassezukunft in Europa eine klare neue Perspektive, eine Alternative zu Technologien, die in der Sackgasse enden, der Atomenergie beispielsweise, eine echte Alternative geben können.

Ja und wir haben es mit guten Grund gemacht, meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu einer Aktie, die normalerweise, wenn sie nicht karibisch ist und in den Bahamas gezogen ist, eine jährliche Dividende abwirft, im Gegensatz zu einer einfachen Dividende aus einer Aktie, haben wir aus der Biomasse eine vierfache Dividende ziehen können.

Wir haben Wertschöpfung für die Region erzielt. Und ich finde es deswegen beispielsweise so schade, es war ein unnötiger Brief vom Kollegen Ackerl an seine SPÖ-Bürgermeister, wo

man polemisiert gegen die Tarife bei der Biomasse. So etwas Dummes sage ich, bitte da bleibt das Geld in der Region bei den eigenen Bauern und bei denen die sich engagiert haben, viel Geld in die Anlagen investiert haben und dann hat man einen Neid und sorgt sich, dass das zuviel sein könnte, wenn gleichzeitig ohnehin Öl- und Gaspreise steigen. Ja da ist es doch allemal gescheiter die Cents und die Euros bleiben in der eigenen Gemeinde, sind Wertschöpfung und aktive Politik für den ländlichen Raum, als wir schicken sie zu den Russen, zu den Ölscheichs oder sonst irgendwohin, wo ohnehin nur Krieg geführt wird. (Beifall)

Zweite Dividende: Biomasse, ich denke da vor allem auch an Biogas, an Pellets, an Hackschnitzel, ist eine echte Chance für die heimische Landwirtschaft, ein zweites Standbein. Der Landwirt wird zum Energiewirt. Wir brauchen dieses Standbein und diese neuen Möglichkeiten, die ja in Wirklichkeit die Wiederentdeckung der alten Realitäten ist, denn in Zeiten vor Erdöl und vor Gas war der Landwirt der, der für die Zugenergie der Pferde gesorgt hat.

Und das Dritte ist, es schafft Arbeitsplätze im ländlichen Raum, unsere Strategie, Arbeitsplätze im eigenen Land. Wenn man beispielsweise heute nach Grieskirchen fährt, wird man in Stritzing an der Kreuzung sehen, dieses Riesenwerk, wo Fröling, eines der renommierten Unternehmen des Landes, ausbaut. Wenn man in das Innviertel kommt und beim Hargassner vorbeifährt, sieht man, dass dort fast Tag und Nacht gearbeitet wird, so gut ist die Auftragslage.

Ich kann dem Landtag auch heute sagen, nachdem in meinem Ressort die Einzelheizungsanlagen gefördert und abgewickelt werden, wir haben im letzten Jahr die Rekordbilanz von 2.627 neuen Hackschnitzel-, Scheitholz- und Pelletskessel modernster oberösterreichischer Technologie, gefördert. Und wir haben heuer schon in den ersten vier Monaten fast 800 neue Anträge da. Das heißt, es wird auch 2006 wieder ein Rekordjahr, weil momentan in jedem Haushalt die Devise ist, raus aus dem Öl hinein ins Holz, hinein in die Biomasse. Und das ist gut so, denn das bringt letztlich auch Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Beschäftigung für eine Industrie und für einen Wirtschaftsbereich der Ökonomie, der sich international einen hohen Vorsprung herausgearbeitet hat. Wir sind im Bereich moderner Feuerungstechniken in Oberösterreich, mit dem was heimische Firmen entwickelt haben, eigentlich weltmarktführend.

Ich werde übernächste Woche den bayerischen Landwirtschaftsminister Miller zu Gast haben in Oberösterreich. Und es ist toll, er interessiert sich in besonderer Weise genau auch für diesen Bereich, denn wir sind sowohl beim Kesselbau aber auch mit den neuen Projekten, Einspeisung von Biogas direkt in das Netz, die erste europäische Pilotanlage. Jetzt auch ausgezeichnet mit dem internationalen Energy Globe in Kanada, steht in Oberösterreich, steht draußen in Pucking und ist ein internationales Vorzeigeprojekt, wo wir der Biomasse völlig neue Perspektiven und Chancen eröffnen. Weil wir, unabhängig von der Abwärmenutzung einer Biogasanlage, künftig direkt in das Netz speisen können und damit technisch ganz andere, neue Möglichkeiten und eine viel bessere Effizienz haben.

Ja wir haben Reserven, wir haben auch im Wald, vor allem im Bauernwald noch Reserven. Es ist genug Holz da. Und daher bin ich sehr zuversichtlich, dass wir in diesem Bereich noch enorm zulegen können.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen zum Ökostromgesetz! Ja zugegeben, es gibt über die Novelle des Ökostromgesetzes eine Zweidrittelmehrheit, die sie braucht, eine Vereinbarung, einen Ausschussbeschluss im Parlament. Dieser Ausschussbeschluss hat zwei Schönheitsfehler. Er hat bis heute nicht im parlamentarischen Plenum umgesetzt werden können, weil

er in Brüssel noch hinkt. Also es gibt von Brüssel Einwände und ich habe eine große Angst, dass durch diesen Stillstand, durch dieses Nichtbeschließen uns wichtige Projekte durch die Lappen gehen. Und nichts wäre schlimmer als gar keine Regelung.

Und das Zweite, er hat einen zweiten Schönheitsfehler. Nicht nur dass er bisher nicht umgesetzt werden können, sondern der Schönheitsfehler ist schlicht und einfach auch, dass dort Dinge zugestanden worden sind, dass Gasturbinenstrom als Ökostrom umdefiniert wird und bezuschusst wird, was in Zeiten wo Putin den Gashahn als politisches Instrument einsetzt, eigentlich sofort gestrichen gehört. Das war ein Zugeständnis an die Stadt Wien, das war ein Zugeständnis, das von der SPÖ verlangt wurde, das mir, vor allem unter der letzten Entwicklung, sehr zuwiderläuft. Und daher bin ich dafür diese Frage neu zu überlegen und neu zu verhandeln.

Und ich bin auch dafür und werde alles tun, auch in der eigenen Fraktion, damit es möglichst rasch wieder zu Sicherheit, zu Rechtssicherheit, zu Einspeistarifen und zu einer Ökostromregelung kommt, denn alleine durch die Biogasoffensive der letzten Monate bis Ende 2004 sind in Oberösterreich etwa 45 Millionen Euro Investitionsvolumen ausgelöst worden. Und das ist eine Industrieinvestition, die wir sonst abfeiern und mit großen Schlagzeilen versehen, Ausbaustufe MAN, BMW oder sonst etwas. Hier hat es regional und dezentral in 40 kleinen Gemeinden Oberösterreichs Basisinvestitionen in der Höhe einer großen Industrieinvestition gegeben. Und das ist das beste Kompliment für unsere Energiepolitik und für das, dass wir eigentlich am richtigen Weg, am Holzweg, am Biogasweg auf einen neuen Energieweg sind. Da kann sich der Oberösterreichische Landtag auch glücklich schätzen, dass wir rechtzeitig genau diese Wende eingeleitet haben. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Gumpinger.

Abg. **Mag. Gumpinger:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf auch zu den Vorrednern Stellung nehmen. Natürlich vom Landesrat Stockinger kann ich alles hundertprozentig unterstreichen, vom Herrn Landesrat Anschöber fast hundertprozentig. Und jetzt bin ich beim Kollegen Aspöck. Da muss ich sagen, da hat die Grundlage schon gemangelt. Weil wenn man davon ausgeht, dass der Atomstromanteil in Österreich sich wesentlich erhöht hat, das ist einfach falsch. Und auf dem aufbauend ist glaube ich auch die darauf folgende Argumentation dann nicht ganz richtig. Das muss ich leider dazu sagen. Da ist das schon vom Grundsätzlichen her nicht zutreffend.

Was jetzt der Kollege Makor-Winkelbauer gesagt hat. Ich muss sagen, ich schätze ihn ja grundsätzlich sehr, aber du hast hier schon eigentlich die SPÖ von einer ernst zu nehmenden Partei in Sachen Energiefragen abgemeldet. Weil wenn man sich im Hauptteil der Rede mit dem grünen Händchen des Bundeskanzlers beschäftigt, der eine tolle Gartenfibrel herausgebracht hat, wobei ich jedem empfehlen kann, diese zu studieren und zu lesen, die bringt einem wirklich weiter, dann muss ich sagen, das ist eigentlich nicht der Zugang zum heutigen Thema. Weil das Thema und du hast auch ein bisschen philosophiert über das Fragezeichen und den Punkt eingangs beim Thema dieser aktuellen Stunde, also da geht es darum, ob Oberösterreich die Chancen nützt. Ich glaube da brauchen wir gar nicht diskutieren. Wir nützen die Chancen so wie kaum ein anderer oder überhaupt am meisten in Europa, wobei wir jetzt in Europa Spitzenregion werden und der Energiekommissar hat uns ja dieses Attest durch seine bewundernden Worte ausgestellt. Ich glaube da könnte man mit einem Punkt leben. Man bräuchte dieses Fragezeichen nicht und man kann durchaus in Enthusiasmus ausbrechen, wenn man sich das alles vor Augen führt, was hier in unserem Bundesland geschieht.



Es gibt generelle Probleme. Das verhehle ich nicht. Das Kyotoziel ist ein großes. Aber beim Kyotoziel und dessen Erreichung ist ein wesentlicher Faktor das Ausmaß der Beimengung von Biodiesel oder Biosprit bei den fossilen Treibstoffen. Das ist ein wesentlicher Faktor. Und wir sind ja da schon beim Diesel in Richtung 5 Prozent unterwegs, das sind keine Kleinigkeiten mehr. Ich glaube da ist ein wesentlicher Faktor auch drinnen, wenn man hier weiter voran kommt, doch noch eine Chance zu haben beim Kyotoziel, nachdem im Industrie- und im Haushaltsbereich und so weiter ja viel voran geht, doch noch ein akzeptables Ergebnis zu erreichen. Obwohl da die Rahmenbedingungen sehr schwer sind. Das wissen wir glaube ich alle. Es wird aber eine große Anlage in Enns eröffnet, eine Biodieselanlage und dergleichen mehr. Also auch da geschieht einiges, was also über unsere reine Landespolitik hinausgeht, im österreichweiten Bereich.

Renaissance Atomkraft ist angesprochen worden. Das ist sicher ein großes Problem. Es ist richtig, dass hier große Entscheidungen auf EU-Ebene anstehen, auch was die österreichische Ratspräsidentschaft betrifft. Aber eines kann man sagen. Ich glaube es gibt kein anderes EU-Mitgliedsland, das innerhalb der EU in diesem Bereich so agiert wie Österreich. Nämlich sich einsetzt für das Fernhalten der Atomkraft. Auch wenn es nicht sehr aussichtsreich ist. Wir wissen das. Aber sagen Sie mir irgend eine andere Regierung in Europa, die das in diesem Ausmaß artikuliert wie unsere! Das muss man auch sagen. Auch wenn es insgesamt eine schwierige Position ist. Und wenn es insgesamt nicht sehr aussichtsreich ist. Aber es gibt auch keine andere Regierung, die sich mehr in diesem Bereich in Europa einsetzt. Und wir waren ja vor kurzem auch in Wien noch einmal beim Temeliningipfel. Da geht es ja nicht so sehr um die generelle Frage der Atomkraftnutzung, sondern um die Standards. Da geht es um die Standards, hat diese Anlage die in der alten EU15 erforderlichen Standards? Die hat sie nicht und da haben wir in Oberösterreich eine eigenständige Linie und da bin ich auch durchaus traurig darüber, dass das nicht in diesem Ausmaß auf Bundesebene geteilt wird. Das möchte ich gar nicht verhehlen. Ich bin auch durchaus selbstkritisch, was unsere Partei betrifft.

Aber in Summe in diesem Bereich, was also das Thema der aktuellen Stunde ist, da glaube ich sind wir wirklich Vorzeigebundesland und da brauchen wir nicht mit grünen Händchen polemisieren, sondern da sollte man sich mit den Fakten auseinandersetzen. Und ich könnte jetzt noch vieles aufzählen. Es ist schon gesagt worden. Ich sage nur mehr zwei, drei Punkte was die Projekte sind, was die Vorhaben sind, was realisiert wurde und wo wir stehen. Und das von der Landesregierung beschlossene Energiekonzept ist zukunftsweisend, ist auch in vielen Bereichen auf sehr, sehr gutem Weg. Und ich darf nur erwähnen zum Beispiel den Energiesparverband, der macht über 11.000 Beratungen im Jahr im Haushalts-, Gewerbe- und Industriebereich. Wir haben diese Ökoenergiecluster, wo jetzt schon 141 Unternehmen vernetzt sind mit zirka 2.800 Mitarbeiterinnen. Also das ist ein Zuwachs von 48 Prozent in zwei Jahren und beim Umsatz 400 Millionen Euro, 77 Prozent Zuwachs in zwei Jahren. Also es geht wirklich etwas weiter in dem Bereich. Ich glaube, das sollte man in den Mittelpunkt stellen und das andere eigentlich nachrangig behandeln. Wir haben neue Lehrberufe im Ökoenergiebereich. Wir haben das Austria Solar Innovation Center, wo also sehr viel Forschungs- und Entwicklungsarbeit im Solartechnikbereich gegeben ist. Und wir haben jetzt auch ein Kompetenzzentrum Logistik, wo also auch hier sehr viel vorankommt, weil Logistik auch ein ganz wichtiger Bereich ist um unnötige Wege zu vermeiden, um die Ver- und Entsorgungsprozesse entsprechend zu optimieren und damit zu ökologischen Verbesserungen zu führen.

Also es ist ein bunter Strauß, aber ein sehr großer und auch sehr wirksamer Strauß an Maßnahmen, an Projekten, an Initiativen, die es in Oberösterreich gibt. Und ich glaube diese aktuelle Stunde trägt jetzt dazu bei, dass man aus dem Fragezeichen beim Motto wirklich einen Punkt machen kann. Lieber Christian! Bitte das zur Kenntnis zu nehmen und vielleicht in Zukunft ein bisschen sachpolitisch an dieses Thema heranzugehen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Brunmair. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war schon richtig, dass der Titel der heutigen aktuellen Stunde aus einer wertenden Feststellung in einen Frageatz umgewandelt wurde. Es wurden ja bereits viele Fragen diskutiert und ich glaube, man soll noch nicht den Punkt machen, weil viele Probleme noch offen sind. Weil wenn man das nur als Feststellung, als wertende Feststellung abgehandelt hätte, dann müsste man auch fragen, wer ist für den Ist-Zustand der Energiepolitik im Land zuständig gewesen in letzter Zeit und da müsste man neben Anschöber natürlich auch Haubner, Steinkellner und Landesrat Fill aufzählen und vielleicht vergleichen, auf wessen Basis beruht was. Eine Frage, wo ich vor allem die grüne Fraktion ansprechen möchte, wenn es also auch im Titel darum geht, den ökologischen Umgang und die Energieeffizienz zu betrachten. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Aichinger!") Landesrat Aichinger erwähnen wir auch noch. Ist schon lange her. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Aber das ist halt nachhaltig!") Ja, die haben nachhaltige Politik gemacht und das versuchen wir auch heute.

Eine Altlast, was den ökologischen Umgang und die Energieeffizienz anbelangt, ist die verkehrsmäßige Infrastruktur im Zentralraum, und ich möchte ganz bewusst heute dieses Thema ansprechen. Wenn wir von Energieeffizienz reden, dann müssen wir auch darüber reden, welchen Effizienzverlust der tägliche Stau in und rund um Linz bedeutet, wie viel Produktivitäten, persönliche Produktivität der Betroffenen verloren geht und wie viel an Treibstoff im Stau stehend oder im Stop-and-go-Verkehr oder dahinkriechend verloren geht. Ich kann nur sagen, ich fahre sehr oft die Strecke Ried-Linz, Wels-Linz und Walding-Linz. Und am längsten brauche ich meist von Walding nach Linz, nämlich meistens 40 Minuten, wenn es am Morgen ist. Da bin ich oft von Ried schneller in Linz und von Wels brauche ich etwa die halbe Zeit. Das muss man einmal durchrechnen und überlegen, was es bedeutet, wenn diese infrastrukturelle Schwäche unseres Verkehrskonzeptes nicht rasch gelöst wird.

Eine Frage, die auch noch nicht oder nicht wesentlich angesprochen wurde, ist die soziale Entlastung durch unsere ökologische und Ökoenergie-Entwicklung. Und da muss man schon sagen, dass sehr oft zwischen Ökoenergie einerseits und Umsetzung der Ökoenergie und der sozialen Belastung jener Menschen, die nicht so viel Geld im Geldbörstel haben, dass hier ein riesiges Spannungsfeld besteht. Und aus diesem Grund werden wir auch nicht den beiden noch anstehenden Dringlichkeitsanträgen zustimmen, einerseits zum Ökostromgesetz, weil es genau hier darum geht, eine vielleicht überbordende Förderung einerseits der Ökoenergie und andererseits der Abwälzung dieser Kosten auf den Endverbraucher. Das ist das Hauptproblem, das nicht ausdiskutiert ist, das natürlich ausdiskutiert gehört, aber nicht mit einem dringlichen Antrag im Landtag so quasi als Beruhigungsspiel der ÖVP an die Grünen. Und ebenso die andere Extremposition, dass man eine Planwirtschaft wieder einführt bei der Biomasse, auch daran können wir wirklich also keinen Sinn finden, daher werden diese beiden Dringlichkeiten von uns nicht unterstützt. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Präsidentin Weichlser.

Abg. Präsidentin **Weichsler**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Es ist ja wirklich sehr, sehr spannend, als ich den Titel dieser aktuellen Stunde von Seiten des Grünen Landtagsklubs gelesen habe, habe ich mir, und ich erlaube mir, dass ich jetzt das so sage, mir die Frage gestellt, ist denn das gescheit, bei der Landtagssitzung das zu machen, wenn man nämlich schon einmal gewusst hat, was da so an Anträgen daherkommt, welches Thema gerade aktuell diskutiert wird, kann denn das eigentlich nicht nur sein, dass das ganze Thema eigentlich untergeht heute? Ich denke mir, im Moment wird ja doch unsere Zeit politisch von anderen Themen beschäftigt und wir kennen doch bitte auch erstens einmal die Medienberichterstattung und zweitens auch die Menschen selbst und da brauchen wir uns, da können wir uns selbst auch an der Nase nehmen, das, was halt so gerade im Moment etwas näher ist und etwas dringlicher ist und selbst mehr berührt, ist uns eigentlich immer präsenter als dieses Thema. Und ich habe mir dann aber doch gedacht, aha, kann denn das sein, noch dazu, wo also auch der Kollege Makor dann darauf eingegangen ist, als plötzlich dieses Fragezeichen gekommen ist, weiß, dass also einige Kolleginnen und Kollegen ja beim Landwirtschaftsminister Pröll gewesen sind, nämlich auch was Temelin-Ausstieg betrifft und die weitere Vorgangsweise von Temelin, dass es unser Herr Landesrat vielleicht jetzt doch einmal notwendig hat, dass wir ihm ein paar Streicheleinheiten da im Oberösterreichischen Landtag verpassen. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Der kriegt von der Bevölkerung so viele Streicheleinheiten!") Das freut mich Rudi, ich hätte eh keine Zeit für dich. (Heiterkeit) Wenn man also wirklich in diese Richtung dem Herrn Landesrat ein paar Streicheleinheiten verpassen müsste, denn also in Wien haben wir ja, und ich glaube ich darf das so nennen, und da müssen wir uns wirklich einmal ganz klar vor Augen führen, ja eigentlich auch wieder einmal eine fürchterliche Abfuhr gekriegt.

Und jetzt weiß ich schon, dass ich seit, also vor zehn Jahren oder es ist schon länger aus, habe ich dieses Thema, das heute auch Herr Landesrat Anschober angesprochen hat, nämlich wir reden die ganze Zeit von Atomausstieg, Österreich bekennt sich schon sehr, sehr lange dazu, und dann schauen wir uns immer wieder das EU-Budget an. Und worum geht es in diesem EU-Budget? Und ihr könnt das gerne nachlesen in den alten Protokollen über die Budgetlandtage und alles, was wir dazu diskutiert haben. Da haben wir jedes Jahr eine satte Erhöhung drinnen, was also das Atombudget betrifft, nämlich wo es um Atomforschung geht. Na und Atomforschung ist mir klar, wenn das betrieben wird, dann geht es darum, wie können wir das noch effizienter machen. Ich glaube nicht einmal so sehr, dass es um Atomsicherheit geht oder um Sicherheit in dieser Richtung, das habe ich nirgendwo gefunden, sondern es geht einfach darum, den nicht wegzudiskutierenden höheren Energiebedarf, den wir in Europa haben in allen Bereichen und den wir auch immer wieder haben werden und es wäre auch illusorisch zu glauben, dass wir den absolut nach unten fahren können, das ist also etwas - Ulli, da brauchst du mich nicht so anschauen, (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Aber wir haben 20 Prozent Einsparungspotential!") da würden wir nämlich unsere Wirtschaft nicht mehr ankurbeln und unsere Arbeitsplätze wären nämlich schon noch viel mehr im Sande, das muss uns auch klar sein, also hat die logische Konsequenz nur zu bedeuten, der Energiebedarf wird höher werden. Das heißt, wir werden also nur mehr uns darüber Gedanken machen im Sinne des Atoms oder der Atomenergie, wie können wir sie noch mehr optimieren und was können wir besser machen.

Und wenn ich jetzt so rundherum höre, was da eigentlich immer noch angedacht wird und dass es noch immer keine Budgets gibt und keine Budgetansätze, was den Ausstieg aus der Atomenergie betrifft, denn es muss uns ja auch klar sein, ich sage jetzt ganz bewusst dazu, das Klumpert müssen wir ja auch irgendwo lagern, und verdammt sicher lagern, weil das beschäftigt uns ja noch über Jahrhunderte, soweit können wir alle mitsammen gar nicht denken. Das ist überhaupt kein Aspekt, der also in der europäischen Politik diesbezüglich disku-

tiert wird und auch nirgendwo im Bereich der Atomenergie oder im Bereich des Budgets vorgesehen ist.

Wenn ich jetzt aber weiterdiskutiere und Kollege Anschöber hat auch angesprochen das Thema, also Schweden hat bis 2020 vor, auszusteigen und auch aus der Erdölproduktion auszusteigen. Ich war, und jetzt ist es mittlerweile über zehn Jahre aus, mit einer Gruppe, die sich also mit Alternativenergien beschäftigt hat, in Dänemark und habe mir dort schon einiges angeschaut. Und da ist Dänemark wirklich wegweisend, da sind wir noch weit weg gewesen damals in Oberösterreich oder überhaupt in Österreich, was dieses Thema betroffen hat. Und ich habe ein paar spannende Geschichten dort entdeckt, erstens was Kesselproduktion betrifft, was Energie aus Wasserdampf betrifft und so weiter, waren dort bereits sensationelle Dinge vorhanden und hat man wirklich also sehen können, sie sind wesentlich weiter. Aber ich glaube, wir müssen uns auch einige andere Gedanken dazu machen und da gebe ich dem Kollegen Aspöck schon in gewisser Weise Recht. Ich habe zuerst gesagt, das Hemd ist also im Moment immer noch näher als der Rock und es muss uns auch klar sein, dass das Hemd Geldtascherl, würde ich jetzt einmal sagen, näher ist als nur alleine dieses Bewusstsein, dass wir was für unsere Umwelt tun müssen und dass also entsprechend auch ein Umdenken in der Energiepolitik notwendig ist. Und das sage ich ganz bewusst dazu, weil ich weiß, dass es nur machbar ist und nur finanzierbar ist, wenn wir entsprechend intensiv schon im Vorfeld mitsubventionieren, damit die Energie überhaupt hergestellt werden kann.

Und jetzt bin ich keine, die also eine Energieform nach der anderen oder gegen die andere ausspielen möchte. Nur dass die Windkraft nicht unbedingt die billigste ist, das wäre also etwas dumm, wenn gerade wir alle mitsammen das behaupten würden. Und funktionieren kann das ganze nur, und auch im Strombereich, und da hat der Herbert Aspöck auch in gewisser Weise Recht, wenn wir einen vernünftigen Mix haben. Und jetzt gehe ich einmal rein nur auf Energie in Form von Strom ein. Dieser vernünftige Mix ist nämlich deswegen notwendig oder möglich und auch machbar, dass wir Energie oder Strom aus anderen Energieformen auch erzeugen, weil wir eine Wasserkraft haben, die verdammt billig ist mittlerweile in Oberösterreich. Und ich sage das jetzt wieder dazu, ja o.k., aber Tatsache ist es, dass deswegen es möglich ist, einen noch vernünftigen Strompreis zustandezukriegen, weil wir dort so eine billige Wasserkraft haben, wo wir also andere mittragen können und mitsubventionieren können. So, das ist also die ganze Realität bei dieser Geschichte auch.

Wenn wir jetzt einen weiteren Ausbau haben wollen, dann müssen wir uns aber auch darum kümmern, wer stellt diesen Mix weiterhin her und wie funktioniert also auch eine weitere vernünftige Kostengestaltung, damit es für den Endverbraucher, und da denke ich jetzt wirklich einmal an die kleinen Haushalte, die heute nicht mehr das große Geld im Geldtascherl haben und die schon gar nicht bereit sind, das gebe ich auch zu, also das wissen wir alle mitsammen, es in erster Linie für verteuerte oder höhere Energie auszugeben. Und darum halte ich also diese Ankündigung der Energie AG, mit 1. Juni hier eine entsprechende Erhöhung wieder durchzuführen, wirklich für einen Anschlag, der noch dazu in Zeiten, wo wir also erst bei der letzten Landtagssitzung diskutiert haben darüber, wie geht es mit der Energie AG weiter, ich ihn also auch für kaufmännisch, politisch nicht sehr gescheit halte, das also entsprechend zu tun, denn man könnte es auch noch in einen anderen Zusammenhang bringen, diese Stromerhöhung. Aber es geht genau um diese Geschichte, und da hat der Herbert Aspöck schon Recht gehabt wenn er sagt, sollten wir nicht gleichzeitig auch drauf schauen, dass wir jene Dinge effizienter gestalten und optimieren, die gleichzeitig also schon vorhanden sind und natürlich auch, und dazu bekennen wir uns alle, mit natürlichen und ökologischen Gesichtspunkten vereinbar sind? Und da will ich die Wasserkraft wirklich nicht aus-

lassen, weil ich glaube, dass sie immer noch sehr, sehr wertvoll ist und gut ist und zu einem gemeinsamen Mix auch entsprechend beitragen kann.

Ich habe mir in Dänemark auch angeschaut Biomasseanlagen, die für mich sehr spannend gewesen sind und möchte dahingehend also auch ein bisschen in den Bereich Forschung hinübergehen. Nämlich spannend dahingehend, dass ich erleben durfte, dass also Fischkadaver zur Erzeugung entsprechend auch herangezogen wurden. Ich möchte die Geruchsbelästigung oder Beschreibung also hier nicht abgeben, die es entsprechend auch gegeben hat. Sie wissen wahrscheinlich, dass die Firma Pampers in Dänemark große Fabriken auch betreibt und dort ihre Erzeugung hat, denn es wurde uns auch genannt, dass Ausschussware, die halt auch immer wieder vorkommt, entsprechend auch herangezogen wird, um hier entsprechend Strom und Energie auch zu liefern. Und eines, das möchte ich auch dazu erwähnen, weil das war für mich nicht unspannend, Dänemark ist völlig autark von Öl, die waren das vor über zehn Jahren schon. Da brauchen wir uns also gar nicht erst einmal darum kümmern oder glauben, dass wir da sehr weit sind. Nur sie haben auch ein Weiteres gemacht, sie haben die Bevölkerung an das Netz angeschlossen, an das öffentliche, nämlich dahingehend, dass alles bis ins Haus hinein verlegt worden ist, und zwar kostenlos verlegt worden ist und keine Anschlusskosten zu berappen gewesen sind und der Hauseigentümer oder Mieter sich nur mehr darum kümmern hat müssen, was er also innen drinnen in seinem Wohnraumbereich hat. Das müssen wir bitte auch mitdiskutieren, wenn wir da darüber reden, dass es also entsprechenden Ausbau auch geben soll.

Und da komme ich jetzt ein bisschen zum Thema Forschung. Wir haben uns ja alle klar dazu bekannt, dass also Oberösterreich durchaus Potential hat, auch in diesem Bereich in die Forschung einzusteigen und intensiver was zu tun. Wir sind auf gutem Weg und es wurden ja einige wirklich brisante oder hochbrisante Firmen in dieser Richtung auch genannt. Nur eines möchte ich auch noch mit anmerken. Ich glaube, so wie wir im Wohnbau durchaus die Perspektive haben sollten, in Richtung Nullenergie zu gehen, immer intensiver, manche Sachen passieren ja schon, auch im öffentlichen Bereich. Ich glaube, so weit müssen wir uns auch klar sein darüber, dass es auch über die Zukunft, und jetzt bin ich eh realistisch, das wird nicht von heute auf morgen gehen, aber ein längerfristiges Ziel in Richtung Null ein Satz von manchen Energieformen wie Erdöl auch sein muss zum Beispiel in der Produktion. Und wenn ich mir jetzt wirklich ganz bewusst anschau, und da brauchen wir nicht alle mitsammen reden, was wir an PVC immer noch, was wir an Plastik im eigenen Haushalt haben, dann wissen wir doch alle, dass doch pures Erdöl drinnen ist und entsprechende teuerste Energie verbraucht worden ist. Und da wünsche ich mir auch eine Überlegung in Oberösterreich, wie können wir denn aus diesen Geschichten auch noch mit aussteigen, weil der Verkehr alleine oder das Heizen oder den Strom zu erzeugen wird es nicht sein, sondern hier müssen die Ansatzpunkte sein und wo ich glaube, wo sich so eine Region wie Oberösterreich wirklich innovativst bewegen könnte und entsprechend positionieren könnte. Ich sehe das an deinem Kopfnicken, Herr Landesrat, du bist dahinter. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Gibt es! Machen wir!")

Ich stelle aber eines auch noch fest und das möchte ich jetzt ganz bewusst wissen, Energie ist eine wichtige Geschichte und da sind wir alle d'accord, da ziehen wir an einem Strang. Mir geht es aber auch darum, die Umwelt auch anders zu entlasten und wir kennen das Thema des Feinstaubes. Und Herr Landesrat, da würde ich dich jetzt bitten, weil ich schon so lange nichts mehr gehört habe, wir haben doch eine Förderung für diesen Dieselpartikelfilter in Oberösterreich eingefordert. Wo stehen wir denn jetzt wirklich? (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "1.300 Förderfälle!") 1.300 ist bei der Anzahl, die wir also alle mitsammen wissen in Oberösterreich an Kfz, nicht wirklich ein großartiger Erfolg (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "1.300 Förderfälle!")

ber: "Zwingen kann ich sie nicht!") und deswegen würde ich mir also in diese Richtung auch wieder mehr Bewusstseinsbildung wünschen und vor allem eines und darum sage ich, es ist das Geldtascherl immer näher als dann alles andere ist. Wir müssen schon uns eines klar sein, Umwelt, Naturschutz, Energiesparen können wir nur dann durchbringen, wenn der Rest auch stimmt. Wenn sich also die Menschen wohlfühlen, wenn sie wissen, sie haben die Sicherheit, dass das Geld, das sie verdienen, stimmt, wenn der Arbeitsplatz stimmt, dann sind diese Themen intensiver transportierbar. Wenn das nicht stimmt, dann wissen wir, dass wir also in den anderen Bereichen uns noch viel mehr anstrengen müssen und eigentlich viel Energie umsonst verwenden, um in dieser Richtung was weiterzubringen. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Daher erkläre ich die aktuelle Stunde für geschlossen. Ich weise darauf hin, dass auch noch zwei Initiativanträge vorliegen, die in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Thema der aktuellen Stunde stehen. Es sind das die Beilagen 860/2006 und 861/2006. Bei der Beilage 860/2006 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Neuverhandlung über eine Novelle des Ökostromgesetzes. Bei der Beilage 861/2006 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend ein Preisdämpfungsmodell für Biomasse und alternative Rohstoffe. Gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung ist unmittelbar nach der aktuellen Stunde über die Dringlichkeit derartiger Anträge Beschluss zu fassen. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 860/2006 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich war am 28. April 1986 auf Schitour am Hochkönig und es war dann irgendwie so, wie wir in die Hütte reingekommen sind oder bei der Hütte gelandet sind, ich habe schon recht geschnauft da hinauf, hat es geheißt, wir müssen die Schuhe heraußen lassen und wir müssen das Gewand "obeidln" vom Schnee. Wir haben ein bisschen groß geschaut, wir haben nicht gewusst, was los ist. Wir haben erst dann nachher, nach zwei Tagen, wie wir wieder herunter waren in der Zivilisation, erfahren, dass Tschernobyl, ein Supergau in Tschernobyl war und der Hochkönig und der Gletscher war an dem Tag sonnendurchflutet und hoch bestrahlt. Es war der in Österreich verstrahlteste Ort. Die Schitour war sehr schön, aber sie wird mir ewig in Erinnerung bleiben. Ewig in Erinnerung, weil es immer noch ein bisschen unsicher ist, was hat denn das für Auswirkungen? Wenn man weiß, dass rund um Tschernobyl in der Ukraine, in Weißrussland immer noch sehr, sehr viele Kinder, oder sehr viele Menschen krank sind, ein signifikant höherer Anstieg an Leukämie, und was mich besonders immer wieder bewegt, ist ein signifikant höherer Anteil an Kindern, auch jetzt noch, die geboren werden mit Down-Syndrom. Tschernobyl ist 1.190 Kilometer weg. Und die Auswirkungen haben wir damals sehr emotional gespürt und wir waren alle sehr betroffen. Und ich habe in der Ordination, wie ich mit den Menschen, die damals kleine Kinder hatten, gesprochen habe, oder auch mit schwangeren Personen, die haben dann massive Einkäufe gemacht, damit sie eben genug Babynahrung vorrätig haben, dass ihre Kinder nicht Gefahr laufen, Milch von bestrahltem Gras, also auf Umwegen, trinken müssen. Wir sind aber weiterhin umgeben von vielen, vielen Atomkraftwerken. Nur einige zur Erinnerung, Wackersdorf ist 192 Kilometer weg. Isar 157 Kilometer und Temelin, das ist heute schon ein paar mal angesprochen worden, 99 Kilometer Luftlinie hier von Linz aus. Im Mühlviertel haben wir noch ein bisschen weniger weit.

Und diese Wochen haben wir, und das ist ja auch schon angesprochen worden, beim Temelin-Gipfel in Wien, wo ja alle Parteien vertreten waren und die NGOs vertreten waren, genau das bestätigt bekommen von den Experten, dass die Sicherheitsdefizite, nämlich die drei wesentlichen Sicherheitsdefizite nach wie vor nicht behoben sind, und hier noch sehr viel

offene Fragen sind bzw. wirklich Nachrüstungsbedarf besteht. Und, wurde auch heute schon angesprochen, auch auf EU-Ebene ist wieder ein Aufflackern der Atom-Lobby zu bemerken. Und es wurde schon angesprochen von der Frau Präsidentin Weichsler, dass die Forschung im Atombereich signifikant höher ist als wie bei den Forschungsansätzen der EU-Förderung bei den erneuerbaren Energien. Es gibt ein Verhältnis von 767 zu 214 Millionen Euro. Das heißt, fast das Dreifache wird in die Atomforschung gesteckt als in die Forschung von erneuerbaren Energien. Also, wenn wir wirklich dem entgegenreten wollen, dass Atomstrom, und ich glaube, da sind wir uns hoffentlich alle einig, nicht wollen. Auch wenn ich das teile, dass wir mehr Strom brauchen werden, aber wenn die EU selbst sagt, wir haben ein Energieeinsparpotenzial von 20 Prozent, dann müssen wir auch das nutzen. Und wir müssen auch das Vertrauen in die Technologie haben, dass weiter nach Technologien geforscht wird, damit wir weniger energieverbrauchende Geräte, Produkte haben.

Atomstrom löst nicht die Probleme mit dem Zuwachs an Strom, den wir brauchen, nämlich Atomstrom von den neu zu bauenden Kraftwerken können wir maximal in zehn Jahren bekommen. Und hier möchte ich nicht die gleiche Rechnung anstellen wie bei der Windenergie, ob sich das als teure oder billige Energie verkaufen lässt. Schauen Sie, was ein Atomstromkraftwerk kostet, wie lange es gebaut werden muss. Und ich kann gar nicht darüber reden, wie die Endlagerung aussieht, weil das weiß keiner. Wir schummeln uns nur massiv darüber hinweg und machen Zwischenlager, die ganz klar Endlager sein werden. Und ich weiß nicht, wie es die Generation nach uns, nämlich nicht nur die nächste, sondern wirklich die nächste, übernächste und überübernächste uns danken wird, wenn sie hier Atomendlager hat mit verseuchtem Material, wie sie das dann lösen werden. Atomstrom wird massiv gefördert, die Endlagerproblematik ist nicht gelöst, wie schon gesagt. Und es gibt kein, na es stimmt nicht, es gibt ein sicheres AKW, und das ist, muss ich noch einmal nachschauen, 120 Kilometer von uns entfernt, nämlich Zwentendorf. Zwentendorf ist Gott sei Dank in Österreich von den Bürgerinnen und Bürgern verhindert worden. Das ist das einzig sichere.

Wir können noch so viel verlangen an Sicherheitsmerkmalen, Sicherheitsnachrüstungen, aber es gibt kein sicheres Atomkraftwerk, und wir sind immer wieder auch konfrontiert mit Berichten von den Leuten, die in den AKWs arbeiten, dass sie gesundheitliche Schäden haben. Also, die einzige wirkliche Lösung in diesem Bereich heißt, wir müssen raus aus der Energie, wir müssen rein in die Energiewende. Hier ist die Öko-Stromresolution ein wichtiger Teil. Und ich freue mich, dass ich eine Partei im letzten Landtag überzeugen konnte. Den Aufruf, den ich gestartet habe, wenn wir es wirklich ernst meinen mit den Forderungen, raus aus dem Atomstrom, dann müssen wir ein Öko-Stromgesetz haben, das nicht ein Verhinderungsgesetz ist, das nicht das demontiert, was wir gut aufgebaut haben. Es geht nicht darum, dass wir uns Umweltschutz erst dann leisten können, wenn es uns gut geht. Mit Umweltschutz können wir Arbeitsplätze schaffen, und können wir die Sicherheit der Umwelt auch für unsere Kinder garantieren. Wir können nicht den Argumenten folgen, nun ja, machen wir zuerst die Wirtschaft und dann machen wir den Umweltschutz, das passt nicht. Mit Umweltschutz schaffen wir Arbeitsplätze und schaffen wir eine bessere Lebensweise. Hier möchten wir genau das mit einer Öko-Stromgesetzregelung, die schon ein paar mal angesprochen worden ist, und ich bei der Berichterstattung dann noch genauer beschreiben werde, schaffen, dass wir in Österreich umdenken. Und warum das dringlich ist, der Appell an die FPÖ - (Zwischenruf Dritte Präsidentin: "Die Zeit ist um!") - natürlich ist das dringlich, weil im Wirtschaftsbeirat, im Wirtschaftsausschuss das schon beschlossen wurde, und demnächst eben in den Nationalrat kommt, und wir müssen dringlich handeln, damit Oberösterreich ein starkes Signal nach Österreich sendet, damit diese Öko-Stromregelung noch einmal überdacht wird. Und ich appelliere noch einmal an die SPÖ, vielleicht doch mitzudenken, und

das, was die Vertreter auch beim Temelin-Gipfel gemeint haben, auch hier mit einer Öko-Stromnovelle bestätigen werden. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegin Schwarz! Wir denken mit, wir dachten damals mit. Ich bitte mir etwas Redezeit zu gewähren. Frau Kollegin Schwarz! Wir dachten mit, als wir damals das Junktim beim Tschechienbeitritt zur EU mit Temelin verknüpfen wollten, und hier im Oberösterreichischen Landtag alleine gelassen wurden. Wir dachten mit und initiierten ein Volksbegehren und bekamen großartige Unterstützung von der Bevölkerung, allerdings nicht hier von den Kollegen und auch nicht von Ihnen. Wir denken mit, wenn wir gegen die Atomlobby aktiv werden, und halten wenig davon einen Brief nach dem anderen irgendwohin zu schicken, um damit der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen und zu glauben, damit löst man das Problem. Ich bin neugierig, was der Umwelt- und Energierreferent als Bilanz nach sechs Jahren hier vorlegen wird. Weil damals, als es Möglichkeiten gegeben hat im Zuge des EU-Beitritts tatsächlich Temelin abzdrehen, wurden wir alleine gelassen. Genau so wie all jene, die das Volksbegehren unterstützt haben. Aber es geht auch sehr wohl um den Preis. Weil wir heute bereits zu Beginn der Landtagssitzung uns mit dem Strompreis etwas genauer auseinander gesetzt haben, erlaube ich mir, den Verbundpreis, der in Oberösterreich angeboten wird, zu vergleichen mit den anderen Landeshauptstädten, hochgerechnet nach einem Durchschnittshaushalt. Und das Interessante ist, dass im Versorgungsbereich der Energie AG der Verbund mit 595,93 Euro anbietet, höher nur im Bereich der Stewag mit 596,23 Euro. In Wien mit 536,36, oder in Klagenfurt mit 505. Wir liegen hier bei der Energie AG am oberen Ende, und nun geht die Energie AG her und erhöht erneut. Im Übrigen, Frau Kollegin Schwarz, die Grünen sind im Aufsichtsrat der Energie AG vertreten. Und ich bin gespannt, wie die Grünen im Abstimmungsverhalten über die Energiepreisgestaltung in der Energie AG abstimmen werden. Werden sie dort jetzt die Interessen der Konsumenten vertreten, immerhin hätte der Kollege Anschöber ja auch das Konsumentenressort, oder werden sie die Interessen der Energie AG vertreten und den Strompreis anheben. Die freiheitliche Position ist eine klare, wir sind auf Seiten des Konsumenten, und wir denken, dass eine Strompreisanhebung unserer Landesgesellschaft, zu einem Zeitpunkt, wo wir am oberen Zenit des Strompreises in Österreich sind, nicht angebracht ist. Und ich hoffe, die Grünen werden uns dabei unterstützen. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Frais.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht doch noch ein ganz kurzes Wort zur Atomenergie, Frau Kollegin Schwarz! Österreich wird sich schon dazu bekennen müssen, welchen Weg es auch dabei geht. Denn einen Schwindelweg zu gehen, auf Zwentendorf zu verweisen, gleichzeitig neue Speicherkraftwerke zu errichten, teuren Spitzenstrom ins Ausland zu verkaufen und dafür - (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Von Tirol reden Sie jetzt!") - von Österreich rede ich, gleichzeitig dann den billigen Atomenergiestrom für die Konsumenten in Österreich herinnen zu haben, ist ja nicht unbedingt ein besonders gutes Zeichen, wie man Energiepolitik in Österreich macht. (Beifall)

Ich würde, Herr Landesrat, dich wirklich ersuchen - ich weiß schon, dass du ein bisschen gebundene Hände auf Grund der Oberösterreichkoalition hast - dem Minister Bartenstein vielleicht doch ein bisschen klarer auf die Zehen zu steigen. Er ist gefordert, wenn man Anti-atompolitik meint, und sie nicht nur so meint, dass man sagt, man macht einen ständigen Sicherheitsdialog und dass das nicht das einzige Ergebnis ist, sondern dann auch mit einem



ehrlichen Zugang, damit das stimmt, was Sie jetzt gesagt haben. Dann muss ich sagen, ist der Energieminister gefordert für eine österreichische Lösung Sorge zu tragen. Mein Ersuchen an dich war, dich vielleicht auf die Suche zu begeben und ihm klar zu machen, wofür er eigentlich zuständig wäre. So weit zu der einen Sache.

Wir sind uns in einem Punkt ja einig. Dass alternative Energie zur Substitution von fossilen Brennstoffen, fossiler Energie und Atomenergie notwendig ist. Wo wir uns nicht ganz einig darüber sind, ist der Zugang. Ich habe das das erste Mal verspürt, als wir hier herinnen den Antrag eingebracht haben, ein nationales und EU-weites Forschungsziel alternative Energie einzubringen. Wenn ich hier herinnen gehört habe und in Zeitungen gelesen habe, dass unser Wirtschaftsreferent sagt, nein, nein, nichts mit anderen zu machen in der EU, weil wir ja solche Vorsprünge haben, die wollen wir nicht verspielen, dann glaube ich, hat er die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Wenn dieser europäische Raum, meine sehr verehrten Damen und Herren, gemeinsam eine Chance haben möchte, von der Forschungsseite hinüber zur Produktionsentwicklung und Produktionsüberleitung, dann muss es tatsächlich um Anlagen in eine ganz bestimmte Richtung gehen, die zwei Dinge erfüllen: dass sie alternativ von der Versorgung her möglich sind und b) auf dem Markt sich auch bewegen können. Da gibt es keine Pionieranlagen, die sich auf dem Markt bewegen können. Damit reden wir immer nur von Österreichs Leistungen. Wenn wir die Arbeitsplätze schaffen wollen, dann brauchen wir auch entsprechende Produktionsüberleitung und entsprechend auch eine Industrialisierung, um diese Anlagen zu fertigen. Da bedarf es aber dazu auch weiterführender Überlegungen, und da kommt man aus der Pionierphase heraus.

Ich erinnere, noch vor zwei, drei Jahren hat es immer geheißen, Biodiesel. Der Herr Bundesminister ist ja immer der große Biodieselvertreter gewesen. Wenn ich mir jetzt die Sinnhaftigkeit anschau, und auch die Experten immer mehr dazu kommen, dass Biogas eigentlich die bessere Methode ist. Die Frage ist jetzt bei Biogas, und das müssen wir uns schon überlegen, wie gehen wir dort wieder um, und da habe ich jetzt natürlich mit der Kraft-Wärme-Koppelung, egal in welcher Form schon Rücksicht darauf zu nehmen. Das kann ich nicht so isoliert in den Raum stellen. Wenn halt ein Drittel für die Verstromung herangezogen wird und gleichzeitig zwei Drittel an Abwärme, wenn sie nicht entsprechend genutzt wird, verloren gehen, dann ist es halt eine sündteure Energie.

Meine Damen und Herren! Es wird eines nicht gehen. Dass man ohne die preisliche Beachtung einen neuen Weg einschlägt. Wir kommen sonst dorthin, wo jetzt gejammert wird, dass der Ölpreis nicht mehr leistbar ist, dass Gas Schwierigkeiten hat, und wenn der Winter länger dauert, wir den Heizkostenzuschuss einführen müssen - (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Aber so schaut es ja aus, das ist extrem stabil!") - Kollege Anschober, es stimmt halt einfach nicht, auch wenn du es zuerst gesagt hast, seit Beginn des Winters bis jetzt vor einem Monat, da habe ich mir die Daten geben lassen, ist der Preis - ein bisschen unterschiedlich - so um die zwanzig, fünfundzwanzig Prozent gestiegen, was selbst bei größeren Anlagen - (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Wenn, dann seit Sommer, von Sommer auf Winter, weil die Pellets im Sommer billiger sind. Wenn keine Heizperiode ist, sind die Preise günstiger. Ganz konstant!") - ich rede und streite jetzt nicht, wann der Sommer und der Herbst beginnt, Faktum ist, in den letzten Monaten ist er um zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent in die Höhe gegangen.

Zweiter Punkt. Wir können, meine Damen und Herren, eines nicht vergessen: Einspeisungstarif ist eine Seite, Förderung der Erzeugungsanlagen die zweite. Und jetzt wissen wir halt, dass der Unterstützungsanteil bei den Erzeugungskosten sehr, sehr hoch ist. Wir müssen andererseits, und da gibt es halt auch Daten dazu, auch erkennen, dass die Ökostrom-

Subventionen allein jetzt von 2005 bis 2007 von 281 auf 353 Millionen steigen werden. Dar- aus folgert gleichzeitig, je mehr Strom jetzt aus dem höheren ökologisch Einspeisungstarif ins Netz kommt, umso teurer wird selbstverständlich der allgemeine Strompreis für den Stromkunden. Das heißt, wir müssen schon beide Seiten der Förderung übernehmen, auf der einen Seite die Gelder des Steuerzahlers, der sagt, so viel geben wir für die Erzeugung her, und das Zweite, wo dann letztlich die Sozialisierung der Kosten erfolgt, wo der Konsument, der Abnehmer diesen Preis dann zu bezahlen hat. Und deshalb ist es für uns so wichtig, wir dürfen nicht hintennach sagen, das ist wurscht, das galoppiert davon. Und wenn wir uns da, Kollege Anschober, endlich einmal treffen könnten, nicht ausweichen, sondern treffen in dem Punkt, wie können wir - und nicht wie du gesagt hast, ich weiß nicht, wie das gehen sollte - ein oberösterreichisches Modell entwickeln, das zwei Bereiche abdeckt. Auf der einen Seite die Chance gibt, dass Preise nicht davon galoppieren, und auf der anderen Seite, und das ist bitte auch zu beachten, denn wir bewegen uns auch in einem größeren Markt, dass, wenn zum Beispiel dann gewisse Rohstoffe importiert oder woandersher exportiert werden, unter Umständen in der Landwirtschaft ein preislicher Verfall passiert. Und das ist ja die Kehrseite, die dann passieren kann. Wir sehen das als einen Nachhaltigkeitsbeitrag auch an die Landwirtschaft, in einer sinnvollen Kooperation miteinander umzugehen. Dann glauben wir, dass es eine Möglichkeit gibt, dass es zu keinen Explosionen kommt, was den Preis betrifft, aber zugleich auch eine gewisse Fairness sichert.

Und wirklich, ich habe es schon gesagt, wir ersuchen alle, das war auch unser Bemühen auf Bundesebene, die Gesamtkosten schon auch zu beachten, denn es bezahlt auch die der Steuerzahler. Jetzt geht es darum, so konsequent wie möglich, so punktgenau wie möglich, die Förderungen voran zu treiben.

Und ich gehe davon aus als Zweites, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das, was heute hier herinnen betrieben worden ist, wirklich eine Alibivorstellung sonder Güte war. Hätte ich mich gestern nicht noch in Wien erkundigt, und läge nicht, und das möchte ich jetzt von der ÖVP wirklich gerne hören, läge nicht bereits das zweitausverhandelte Papier, wenn die EU diesen Erstentwurf aus Bedenken Gründen ablehnt, in den Schubladen, und läge nicht seitens der ÖVP ein klares Bekenntnis von den führenden Politikern der ÖVP in Wien dazu vor, so hätte ich Verständnis, wenn die ÖVP in Oberösterreich sagt, gut, wir haben die Zeit vorher genutzt, haben mit denen gerungen, haben uns nicht durchgesetzt. Aber jetzt, wo alles paktiert ist, jetzt dann von Seiten der ÖVP da herinnen zu erklären, wir in Oberösterreich wollen das Paket gerne aufmachen, das, meine sehr verehrten Damen und Herren - (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Aber ihr werdet doch eine eigene Position haben, und euch nicht nach der ÖVP richten!") - ihr seid ja der Partner der ÖVP. Wir werden uns das gründlich anschauen, Kollege Anschober, gründlich anschauen, wie in Wien diese Frage seitens der ÖVP entschieden wird. Wenn in Wien, so wie jetzt, etwas abgeklärt ist, nach langer Zeit ausverhandelt ist, halten wir es nicht für richtig, wenn wir jetzt hier brav etwas beschließen, so quasi mit dem Heiligenschein uns versehen und letztendlich keine Möglichkeit haben, (Unverständliche Zwischenrufe) nein, ich bekenne mich dazu, Kollege Anschober, wir haben, wenn was ausverhandelt ist, keine Chance mehr, etwas zu verändern. Das sage ich ausdrücklich dazu, wir bekennen uns zu dem, weil wir keine Chance haben mehr. Das erkläre ich hier. Und jetzt sage ich, ich schaue mir an, welche Möglichkeiten die ÖVP haben wird, und ich schaue mir eure Gesichter an, wenn die ÖVP letztendlich dann euch mitzuteilen haben wird, euch mitzuteilen haben wird, wie großartig das oberösterreichische Engagement war und wie erfolgreich sie in Wien gewesen sind. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe diese Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dring-

lichkeit zur Beilage 860/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 861/2006 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Ich erlaube mir auch noch kurz anzuschließen bei dem was die SPÖ, Klubobmann Frais, gesagt hat. Warum liegt er bei der EU in der Schublade der Vorschlag? Und ich erinnere 1997 wurde von SP/VP-Regierung beschlossen, 78,1 Prozent des Stromes für 2010 müssen oder sollen aus erneuerbarer Energie gewonnen werden. Das ist ein Beschluss der damaligen Regierung und die EU findet, dass mit dem neuen Ökostromgesetz, obwohl ihr die SPÖ die Zweidrittelmehrheit verschafft, das nicht geht und darum wird es auch große Einwände von der EU geben und das kann man nicht einfach vom Tisch wischen, weil sie es in der Schublade haben, sondern es ist ganz klar, dass hier auch nicht nur die ÖVP auf Bundesseite, sondern auch die SPÖ auf Bundesseite, ich will es jetzt nicht den Oberösterreichern in die Schuhe schieben, hier das was sie einmal vereinbart haben, brechen. So sieht eine Politik, umweltbewusste Politik, vonseiten der SPÖ auch aus. Tut mir leid. Das muss ich noch sagen, weil das ist mir zuerst in meiner kurzen Redezeit, ich habe ein Wunschdenken gehabt, ich habe geglaubt, ich habe zehn Minuten Zeit.

Ich möchte nur ganz kurz zum Antrag 861/2006 eingehen. Es ist schon sehr viel gesagt worden und wir hatten ja einmal im Ausschuss schon auch Vertreterinnen und Vertreter da, wo es um die Ölpreisbindung gegangen ist. Wir haben heute einen Antrag da und der verwundert uns, und das ist schon angesprochen worden, doch sehr, dass es einen Deckel geben soll bei den preisstabilsten, klimaschonendsten und heimischen Energieträgern. Also hier etwas einzuführen, was genau wieder unserer eigenen Wirtschaft, unserer Landwirtschaft schadet oder limitiert, finde ich etwas unverständlich.

Und ich möchte noch einmal zu den Zahlen aufklären. Wir haben natürlich eine große Preisentwicklung aufgezeichnet, wo es darum geht Energie, das ist auch damals im Ausschuss schon allen mitgegeben worden, wo Energie aus erneuerbarer Biomasse angeführt wird, wie die Preissteigerungen ausschauen. Das ist eigentlich die stabilste Linie. Dann haben wir eine Linie wie Gas ausschaut. Die steigt nicht ganz so stark wie eben die aus Heizöl extra leicht. Also diese Kurven kann man auch sehen und Sie werden sie auch noch in Erinnerung haben von der letzten Ausschusssitzung.

Dann, weil die Pellets immer angesprochen wurden und dass es hier bis zu 20, 30 Prozent Steigerungen gibt. Ich weiß nicht von welchem Datum aus Sie wegrechnen, ich habe da nur Aufzeichnungen. Die Pellets sind jahrelang immer billiger geworden und haben im letzten Jahr einen Anstieg erfahren. Das ist richtig. Sie haben von 2005, Ende 2005 bis März 2006 einen Anstieg von 16 Cent pro Kilogramm auf 18 Cent pro Kilogramm. Und ich war nicht immer oder ich bin keine Mathematikleuchte, aber zwischen 16 und 18 Cent, ich habe es mir jetzt zweimal ausgerechnet mit dem Rechner, sind das 12,5 Prozent Steigerung. Ich weiß eben nicht, von wo das weggerechnet worden ist. Ich bin mir sicher der Makor-Winkelbauer hat das ganz, ganz richtig gerechnet, weil er kann ja auch Mathematik.

Aber nur wenn man sich in den letzten paar Monaten anschaut, was ja immer angesprochen worden ist, und es gibt natürlich immer Schwankungen, wie in jedem Betrieb gibt es Sommereinlagerungspreise und Wintereinlagerungspreise. Ich hatte das Pech, dass ich ein bisschen zu wenig Pellets eingelagert habe. Ich habe jetzt beim letzten Ankauf mehr bezahlt als was ich im Sommer, wenn ich mehr bestellt hätte, bezahlt hätte. Das ist genauso bei Öl, das

ist bei allen anderen Brennstoffen so der Fall. Ich glaube, diese Diskussion werden wir natürlich im Landtag, im Ausschuss, weiter verfolgen. Ich glaube nicht, dass es dringlich ist hier einen Deckel einzuführen, schauen wir im Ausschuss, wie wir gemeinsam zu einer Lösung kommen. Und ich kann Ihnen versichern, uns ist der Konsumentenschutz schon sehr wichtig. Nur man muss da immer auch die Kirche im Dorf lassen. Was können wir dazu beitragen und was heißt es auch auf Umwegen genau unsere Wirtschaft zu stützen und unsere Wirtschaft in Oberösterreich mit diesen Maßnahmen dann zu regeln und zu deckeln. Also ich glaube, hier muss uns etwas Besseres einfallen als wie hier einen Deckel einzuziehen und zu sagen o.k., das ist hier unsere Chance und Möglichkeit. Ich hoffe, auf breites Verständnis in der Diskussion im Ausschuss und nicht auf eine Schnellschussaktion hier in Landtag mit einem dringlichen Antrag. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schillhuber.

Abg. **Schillhuber:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren des Landtags, geschätzte Zuhörer! Ich habe mir diesen Antrag ganz genau angesehen, mir fallen zwei Dinge auf. Vorher hat die Frau Präsidentin Weichsler gesprochen. Sie hat diesen Antrag nicht unterschrieben und der Kollege Winterauer hat ihn auch nicht unterschrieben. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Mehr haben ihn nicht unterschrieben!") Viele andere haben ihn unterschrieben, die zwei fallen mir jetzt auf, weil die Frau Präsidentin hat zuerst hier ausgeführt, wie wichtig es ist, Alternativenergie einzusetzen und sie hat sich das in Dänemark und Schweden angesehen und heute sollten wir hier, und ich möchte mir den Satz noch einmal vorlesen: Die Oberösterreichische Landesregierung wird ersucht, für den gesamten Bereich der Biomasse und der alternativen Rohstoffe ein Preisdämpfungsmodell mit Obergrenzen zu entwickeln. Meine Damen und Herren, was heißt das für mich? Wollen wir (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Aber die Förderungen schon noch?") mit einer Methode, die vor 100 Jahren oder 200 Jahren diskutiert wurde, (Zwischenruf Abg. Prinz: "Für die Bauern wäre das schlecht!") diese Dinge zu regeln?

Wir Bauern müssen einen Oberpreis einziehen, meine Damen und Herren. Der Herr Winterauer hat (Zwischenruf Abg. Prinz: "Die Förderungen schon vorher!") nicht unterschrieben, weil wir auch bei Holzarbeitern einen Oberpreis einziehen müssen. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Die Förderungen wollt ihr schon haben?") Moment einmal, jetzt diskutieren wir das aus. Die Obergrenze heißt, dass es einen bestimmten Preis geben muss. Wenn ich als Bauer so wie anno dazumal, 1800, Karl Marx wirtschaften täte, gäbe es mich nicht mehr. Und ich möchte als Beispiel anführen, da sitzt ein Bürgermeister aus einer Gemeinde wie Steinbach. Er hat in seiner Gemeinde ein Heizwerk gebaut und dort sitzt er mit seinen Bauern, mit seinen Energieabnehmern, beisammen. Der sollte jetzt da einen Preis gestalten, wo er alle seine Mitbürger über den Tisch zieht. Es wird nicht gehen. Und die Bauern waren bis jetzt der Garant dafür, (Zwischenruf Abg. Prinz: "Gewinner!") dass wir in Oberösterreich ordentliche Lebensmittel haben zu einem günstigen Preis. Und wir werden auch als Bauern dafür sorgen, dass wir in Zukunft ohne Regelung, weil die Regelungen haben uns, ob in der Milchwirtschaft oder im Getreidepreis auch nicht weiß ich was für einen Erfolg gebracht, weil heute leiden wir darunter, daher brauchen wir keine Obergrenzenregelungen.

Und wenn es da anschließend heißt, dass dieser Antrag dazu dienen sollte: Andererseits wäre auch das Vermeiden von besonderen Preisschwankungen für die Kalkulierbarkeit der Erträge in der Land- und Forstwirtschaft sinnvoll und von nachhaltiger betrieblicher Bedeutung. Meine Damen und Herren! Wir Bauern wissen, wie wir Preise zu kalkulieren haben und wenn es nichts trägt, wird es niemand tun, und du wirst nicht in den Wald gehen, wenn du

nicht etwas verdient, zumindest warm muss es herausgehen und dasselbe gilt auch für alle anderen Punkte. (Beifall)

Und wenn es zum Schluss heißt, dass Pellets und Energieversorgung aus der Biomasse um 20 bis 25 Prozent teurer geworden ist, dann gilt für mich der Spruch: Glaub keiner Statistik, die du selber nicht gefälscht hast. Denn es ist eindeutig erwiesen, dass der Pelletspreis umgerechnet auf 10.000 Kilowattstunden von 350 im Jahr 2000 auf zirka 400 Euro angezogen ist, im Jahr 2004 heruntergefallen ist auf 340 dann auf 300 und jetzt wieder auf 350 anzieht. Und dazu gibt es die Höchststatistik, die auf 700 ansteigt. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Wir haben sie eh!") Ja. Und daher kann mir niemand erklären, dass die Biomasse in unserer Region um das angezogen hat.

Und was jetzt noch die Berechnung dieses Indexes, nach denen unsere Biomassebetreiber als Bauern, als Bürger, als Installateure, die Bevölkerung versorgen: Über den Energieverband ist das geregelt. Der Monatsbezug eines Vertragsbediensteten wird mit 10 Prozent in die Preiskalkulation genommen, der Brennholzpreis mit 40 Prozent, die Baukosten mit 15 Prozent, der Strompreis mit 15 Prozent und ich gebe zu, der Heizölpreis auch mit 20 Prozent. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Das ist der freie Markt!") Trotz allem ist die Bioenergie zwischen 1999 und 2005 von 90 auf 110 Prozentpunkte gestiegen, der Ölpreis von 98 auf 185 Prozent. Geschätzte Damen und Herren, wer 2000 in eine Pelletsheizung investiert hat, hat sich im heurigen Jahr 1000 Euro erspart und die Mehrkosten sind abgegolten. Daher ist dieser Antrag nicht notwendig. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Makor-Winkelbauer.

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verstehe dem Grunde nach die Aufregung da herinnen nicht, weil liest man diesen Antrag wirklich genau, geht es ja nicht darum irgend etwas jetzt sofort zu beschließen, das womöglich in der Geschwindigkeit in irgendeiner Detailfrage noch etwas unbeachtet lässt, sondern es geht darum, dass die Regierung gebeten wird ein Preisdämpfungsmodell zu entwickeln, so und nicht mehr und nicht weniger. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Wie soll das funktionieren?") Ja, für das haben wir ja die Regierung, dass sie darüber auch nachdenken kann. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Wünschen darf man es sich!")

Sehr geehrte Damen und Herren! Nur zu Verdeutlichung: Die hier aufgezählten Statistiken und Preisschwankungen werden von mir nicht im Geringsten bezweifelt. Ich bitte aber auch zur Kenntnis zu nehmen und das steht ja auch so drinnen, dass, die Zahlen sind genannt worden, bis Ende 2005, dass es im Februar und März des heurigen Jahres zumindest in der Region, wo ich zuhause bin im Innviertel, überhaupt schwer war Pellets zu bekommen, geschweige denn, dass die, die es dann in kleinen Mengen erhielten, das ist rationiert worden in kleinen Mengen. Das ist rationiert worden, ja in kleinen (Zwischenruf Abg. Steinkogler: "Du verwechselst das mit dem Streusalz!") Mengen. (Zwischenruf Abg. Schillhuber: "Ich welcher Gemeinde war denn das?") Ich bringe euch die Beispiele, wenn du es nicht glaubst. Auf jedem Fall in den kleinen Mengen, die überhaupt abgegeben worden sind, hat es da natürlich andere Preise gegeben, als wenn große Mengen abgegeben worden sind, erstens.

Zweitens: Dem Grunde nach ist es ja eh eine sehr positive Entwicklung. Der Boom bei der Biomasse, speziell bei Pellets momentan, bei Hackschnitzel in der jüngeren Vergangenheit hat halt das Problem zutage gebracht, dass momentan die Nachfrage wesentlich größer ist als geliefert werden kann. Und da haben wir immer das Problem, dass dort wo der Markt

nicht mehr vorhanden ist, weil die Nachfrage nicht mehr gedeckt werden kann, die Preise horrend werden und überall dort ist es notwendig, nach dem es sich ja nicht um irgendeine privatwirtschaftliche Einrichtung handelt, sondern um Einrichtungen handelt, die in einem hohen Maße mit öffentlichen Steuergeldern subventioniert worden sind, auch zu überlegen, ob es nicht in so einem Bereich, nämlich dort wo es um das Heizen geht, was zu den Grundbedürfnissen der Leute geht, Preisdämpfungsmodelle zu entwickeln, zu überlegen, nachzudenken, um nicht mehr und nicht weniger geht es bei dieser Geschichte.

Und ich halte es schon für eine plausible Erklärung, auch die Schwankung, die der Kollege Schillhuber gebracht hat, die ja eine große Schwankung war, sowohl nach unten als auch nach oben, dass es auch für die produzierenden Landwirtinnen und Landwirte von Vorteil sein kann, dass man ein gewisses Preisband, einen vereinbarten Preis, der nicht über und von mir aus letztendlich auch nicht unterschritten werden kann, vereinbart, weil das auch zur Sicherheit der Einkommen in der Landwirtschaft dienen kann. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Steinkellner.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wo entwickelt sich die SPÖ hin? Sie möchte quasi eine amtliche Preisregulierung von Pellets, (Zwischenruf links: "Gibt es ja schon!") von Hackschnitzeln, sie möchte eine amtliche Regulierung. Das haben wir ja bei der Milch nicht, das haben wir beim Brot nicht, aber sollten wir vielleicht wieder zurück? Was ist denn eigentlich der Kommunismus? Da kommt der Parteisekretär hinaus in das Dorf und erklärt, was der Kommunismus ist: wenn ein Bauer zwei Mähdrescher hat, dann nehmen wir dem Bauern, der zwei hat, einen Mähdrescher weg und geben ihm dem Bauern, der keinen Mähdrescher hat. Dann nehmen wir dem Bauern, der zwei Traktoren hat, einen Traktor weg und geben ihm dem Bauern, der keinen Traktor hat, einen Traktor. Dann nehmen wir dem Bauern, der also zwei Kühe hat, eine Kuh weg und geben sie dem Bauern, der keine Kuh hat. Und jedes Mal ein riesen Applaus in der Stimmung in der Bevölkerung. Und dann hat er einen Fehler gemacht und dann nehmen wir dem Bauern, der zwei Hendl hat, ein Hendl weg und geben es dem Bauern, der kein Hendl hat. Eisiges Schweigen, denn da draußen hat ein jeder ein Hendl gehabt. Dann haben sie den Kommunismus begriffen, (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) und haben gesagt, nein, das brauchen wir nicht.

Also bitte schön, seid mir nicht böse, amtliche Preisregulierungen brauchen wir wirklich nicht mehr im dritten Jahrtausend. Das ist vorbei. Das gibt es ja nicht einmal mehr in China, ja sogar schon der Fidel Castro denkt um und ihr fängt jetzt mit diesem Wahnsinn an. Da kann man euch nur sagen, bitte denkt einmal darüber nach was also Preisregulierung alles verursacht hat. Und wenn ich mir dann die Wortmeldung von Makor-Winkelbauer genau durchdenke, der geht ja noch einen Schritt weiter, weil der redet ja schon von Rationierung. Das heißt, zuerst haben wir die amtliche Preisregulierung und wahrscheinlich möchte er dann Bezugsscheine mit Bezugsmarken, dass man es also entsprechend dann abholen kann. Also das ist ein Wirtschaftsmodell, das wollen wir alle miteinander nicht und das ist nicht mehrheitsfähig. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Herr Abgeordneter Makor-Winkelbauer hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet.

**Abg. Makor-Winkelbauer:** Es freut mich zwar, dass du meine Wortmeldung so genau durchdacht hast, aber verstanden hast du sie offenbar trotzdem nicht. Ich habe nämlich nicht und das ist die Berichtigung, nicht davon gesprochen, dass ich möchte, dass es rationiert

wird, sondern ich habe berichtet, dass es zurzeit, weiß ich nicht, dass es im Februar und März bei uns in der Region keine regionalen Lieferer von Pellets gegeben hat, (Zwischenruf Abg. Bernhofer: "An der Donau im Innviertel hat es genug gegeben!") diese nur noch in kleinen Mengen abgegeben und rationiert worden sind. Ich stelle also fest, lehnt du die Rationierungen ab und kritisierst du sie, so musst du sie auch im derzeitigen offenbar doch nicht so freien Markt ebenso ablehnen. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: "Bei uns sind sie per Schiff gekommen, Herr Kollege!" Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 861/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 861/2006 dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zu.

Aufgrund des vorhin gefassten Geschäftsbeschlusses kommen wir jetzt zur Behandlung der Beilage 860/2006. Ich bitte Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz über die Beilage 860/2006 zu berichten.

Abg. **Schwarz:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die Neuverhandlung über eine Novelle des Ökostromgesetzes. Ich bitte nochmals alle Parteien diesem Inhalt zuzustimmen. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Ich eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 860/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen, und zwar zunächst zu der Beilage 853/2006. Das ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend die Ermächtigung zum Verkauf der Liegenschaften EZ917 und 2053, beide GB 452012 Urfahr im Gesamtausmaß von 17.151 Quadratmeter im Stadtgebiet von Linz. Ich bitte Herrn Abgeordneten Franz Weinberger über die Beilage 853/2006 zu berichten.

Abg. **Weinberger:** Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend die Ermächtigung zum Verkauf der Liegenschaften EZ917 und 2053, beide GB 452012 Urfahr im Gesamtausmaß von 17.151 Quadratmeter im Stadtgebiet von Linz. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 853/2006.)

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen, die Landesimmobiliengesellschaft mbH wird ermächtigt, die Liegenschaften EZ 917 und 2053, beide GB 452012 Urfahr im Ausmaß von 17.151 Quadratmeter zu einem Kaufpreis von 4.180.000 Euro an die Firma E-Real-Liegenschaftsverwaltung GmbH, Haidfeldstraße 37, 4060 Leonding, zu veräußern.

**Dritte Präsidentin:** Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weinberger.

Abg. **Weinberger:** Danke. Sehr geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Durch die Auflassung der Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschule sowie der Sozialakademie am Standort Urfahr hat das Land Oberösterreich keine Verwendung mehr für diese Liegenschaften. Die Landesimmobiliengesellschaft als nunmehrige Eigentümerin der Liegenschaft EZ917 und 2053 Grundbuch Urfahr hat den Verkauf vorbereitet. Die Liegenschaft EZ 2053 ist mit einem Baurecht zugunsten der LAWOG belastet. Das Wohngebäude der LAWOG wird weiterhin genutzt. Interessenten betreffend die Veräußerung des Areals Riesenhof wurden durch Bekanntgabe in den Printmedien aufmerksam gemacht und zur Anbotslegung eingeladen. Sieben Kaufangebote sind in offener Frist eingegangen. In den darauf folgenden Gesprächen haben vier Interessenten ein endgültiges Kaufangebot abgegeben. Die Kaufpreishöhen der Höhe nach waren die Firma E-Real-Liegenschaftsverwaltung GmbH in Leonding mit 4.180.000 Euro, die Firma Bauwerk Objektterrichtungs GmbH in 4020 Linz mit 4.110.000 Euro, die Firma Swietelsky Baugesellschaft mbH in 4021 Linz mit 4.100.000 Euro und die Firma LAWOG/Neue Heimat Bietergemeinschaft in 4021 Linz mit 3.780.000 Euro. Aus Sicht der Landesimmobiliengesellschaft hat daher die Firma E-Real-Liegenschaftsverwaltung GmbH das beste Angebot mit - wie schon erwähnt - 4.180.000 Euro gelegt. Das Wertermittlungsgutachten aus dem Jahr 2005, aus dem Mai 2005, hat einen Betrag von 3.984.800 Euro ergeben. Da die Firma E-Real zusätzlich eine schriftliche Bestätigung beigelegt hat, dass sie sich hinsichtlich des Baurechts zugunsten LAWOG auf der EZ 2053 geeinigt hat, erscheint es als sinnvoll, dass diese Liegenschaften an die Firma E-Real-Liegenschaftsverwaltung GmbH mit 4.180.000 verkauft und veräußert wird. Und ich glaube, aus diesen Gründen kann man der Landesimmobiliengesellschaft hier auch durch den Landtag die Zustimmung erteilen, um die ich ersuche. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 853/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 854/2006. Das ist der Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulzeitgesetz 1976 geändert wird. Ich bitte Herrn Abgeordneten Mag. Thomas Stelzer über die Beilage 854/2006 zu berichten.

Abg. **Mag. Stelzer:** Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulzeitgesetz 1976 geändert wird. Ich bitte das hohe Haus um Zustimmung.

**Dritte Präsidentin:** Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Hiesl – Kies! Entschuldigung!

Abg. **Kiesl:** Noch dazu heiße ich Theresia! Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Seitens der Bundesregierung wurde im Schulpaket 1 die Fünftageswoche an öffentlichen Pflichtschulen eingeführt und nun gilt es, diesen Beschluss in Oberösterreich umzusetzen. Derzeit sind nach den geltenden Bestimmungen des Oberösterreichischen Schulzeitgesetzes 1976 die Samstage für Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Pflichtschulen grundsätzlich noch Schultage. Der Landesschulrat hat im Jahr 1997/98 die Samstage für die Pflichtschulen als schulfrei erklärt und damit ist die Fünftageswoche in O-



berösterreich bereits umgesetzt. Diese Einführung war natürlich ein großer Schritt in Richtung familienfreundliches Oberösterreich.

Aus verfassungsrechtlichen Gründen ist aber trotzdem eine landesgesetzliche Ausführung der grundsatzgesetzlichen Vorgaben erforderlich. Ich ersuche daher um Zustimmung dieser Änderung im Oberösterreichischen Schulzeitgesetz. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kraler.

Abg. **Kraler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon gehört, dass das Bundesgesetz, welches die Schulzeit regelt, 2005 geändert wurde und wir daher auch auf Landesebene aufgerufen sind, Ausführungsgesetze zu beschließen, um diese Neuerungen auch umzusetzen. Und deswegen behandeln wir und diskutieren wir die Themen auch hier im Land.

Es geht heute um die Fünftageweche, haben wir auch schon gehört. Ich sage dazu, sie ist längst Praxis in Oberösterreich. Die Kollegin hat es gerade erwähnt. 1997/98 hat der Landesschulrat bereits festgestellt, dass der Samstag in Oberösterreich für schulfrei erklärt wird. Nachdem diese vermeintliche Errungenschaft ja auch ein Teil des Schulpakets 1 ist, habe ich mich hingesetzt und die beschlossenen und auch noch nicht beschlossenen Schulpakete mir noch einmal genau vorgenommen und auch studiert. Ich war mit dem Studium relativ rasch fertig, denn diese Schulpackerl, die ich da gefunden habe mit noch dazu wenig Inhalt, haben nicht weiß Gott was hergegeben. Denn die längst überfälligen und dringend notwendigen Reformansätze konnte ich auch bei genauem Hinschauen und nochmaligem Suchen nicht finden. Und jede Interessierte und jeder Interessierte wird dort vergeblich danach suchen.

Da ist angeführt, dass Schulen zukünftig Zusatzbezeichnungen führen dürfen, um schulautonome Schwerpunkte besser darstellen zu können. Das war auch bisher schon möglich und auch das wurde häufig praktiziert. Die Umbenennung des Faches Leibesübung auf künftig Bewegung und Sport, das ist ja auch nicht gerade bannbrechend. Verbindliche Lesetests und Leseförderungen wurden jetzt niedergeschrieben. Ich komme selbst aus der Praxis - sechsundzwanzig Jahre lang weiß ich, dass Kollegen Lesetests durchgeführt haben. Und die Leseförderung an sich ist ja sowieso ein Muss im schulischen Alltag und gehört ja zur täglichen Arbeit der Pädagog/innen speziell um Deutschunterricht. Ich las da auch was von bedarfsorientiertem Förderunterricht. Auch den hat es schon immer gegeben. Es sei denn, man definiert bedarfsorientiert mit Stundenkürzung und meint damit zukunftsorientiert. Dann sollte aber bitte niemand mehr gleichzeitig das Wort Reform in den Mund nehmen.

Ich wäre jetzt natürlich geneigt und jetzt merke ich, jetzt laufe ich erst so richtig warm und spür da auch ein wirklich gewisse Lust hier noch tiefer in die Thematik einzusteigen und die Schulpolitik der amtierenden Bundesministerin noch so richtig ausgiebig zu zerzausen. (Unverständliche Zwischenrufe) Ich begnüge mich aber heute, denn ich bin überzeugt, dass ich ja demnächst schon wieder Gelegenheit haben werde, darüber etwas genauer zu sprechen. Wir werden uns ja demnächst im zuständigen Unterausschuss mit der Nachmittagsbetreuung und deren Regelung genau zu befassen haben. Und da gibt es sicher wieder einiges zu diskutieren.

Heute haben wir ja nur - wie schon erwähnt - eine ganz eine harmlose und eigentlich schon lange praktizierte Sache gesetzlich zu bereinigen, und ich kann versichern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden hier die Zustimmung nicht verweigern. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Moser.

Abg. **Moser:** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich kann es kurz machen. Ich habe zwar auch Lust, wie meine Vorrednerin Kollegin Kraler, mich warmzulaufen jetzt im Bereich der Bildungspolitik, werde es aber bei der heute zu beschließenden Materie auch lassen und etwas zurückstellen. Es geht hier wie gesagt um einige Kleinigkeiten, so sehe ich es als Lehrerin. Ich glaube, wir haben noch ganz andere Schwerpunkte und Brocken vor uns.

Die Erklärung des Samstag zu schulfreien Tagen ist natürlich etwas, was vielen Familien zugute kommt. Ich habe aber auch - und ich stehe auch nicht an, es hier zu sagen - auch etwas gespaltene Gefühle gehabt bei dieser Novellierung. Denn gerade an den BHS, wo die Schüler einpendeln, die oftmals sehr lange Fahrtstrecken täglich auf sich nehmen müssen, wenn sie nicht in Internaten sind, verlängert sich natürlich - weil viel Gruppenunterricht ist - die tägliche Schulzeit schon sehr. Und von acht Uhr bis achtzehn Uhr oder 18 Uhr 30 in der Schule zu sein, ist nicht immer nur das Gute. Und auch wenn ich von meiner Vorrednerin gehört habe "familienfreundlich". Ich würde mir wünschen, dass die Wochenenden auch wirklich dann von den Familien miteinander verbracht werden. Aber zu sagen, Kinder sind zu Hause und Eltern können - aus welchen Gründen auch immer, ich sage es in keiner Weise tendenziös - für Kinder nicht da sind. Was tut die Mutter, die Verkäuferin ist, am Samstag den ganzen Tag, die allein erziehende Mutter? Da sitzt dann das Kind alleine zu Hause, weil wir ja auch keine Betreuung am Samstag haben in Horten oder wie immer.

Aber grundsätzlich natürlich werden wir auch dieser Novelle zustimmen, weil es ja nur eine Umsetzung von einer Bundeskompetenz ist. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 854/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 857/2006. Das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung Gemeindeabteilung. Ich bitte Herrn Abgeordneten Helmut Kapeller über die Beilage 857/2006 zu berichten.

Abg. **Kapeller:** Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung Gemeindeabteilung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 857/2006.)

Der Kontrollausschuss beantragt der Oberösterreichische Landtag möge beschließen

1. der Bericht des Oberösterreichischen Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung Gemeindeabteilung wird zur Kenntnis genommen,
2. dem Oberösterreichischen Landesrechnungshof wird für seine Mühewaltung gedankt,
3. die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung die Umsetzung der Kritikpunkte zu veranlassen.

**Dritte Präsidentin:** Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Affenzeller.

Abg. **Affenzeller**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Prüfbericht des Landesrechnungshofs zur Gemeindeabteilung liegt vor und ist im Kontrollausschuss sehr ausführlich diskutiert worden. Ich möchte gleich einleitend festhalten, dass in diesem Prüfbericht sehr viele Vorschläge, Anregungen, Feststellungen drinnen sind, die in Richtung Gemeindeabteilung, aber auch in Richtung Gemeinden aus meiner Sicht als sehr positiv zu werten sind.

Ich möchte nur beispielhaft herausgreifen: Es wurde sehr positiv erwähnt, dass die Strukturhilfe eingeführt worden ist. Es wurde positiv erwähnt, dass es Kooperationen in der Zusammenarbeit unter den Gemeinden gibt. Es wurde positiv erwähnt, dass die Eigenverantwortung der Gemeinde eine wichtige Autonomiefrage für die Gemeinden ist. Und es wurde auch darauf hingewiesen, dass die interkommunale Zusammenarbeit in den letzten Jahren und auch gegenwärtig in den Gemeinden sich sehr positiv weiterentwickelt hat.

Ich denke, dass die Kompromissbereitschaft im Kontrollausschuss von den Mitgliedern, von den Prüfern des Landesrechnungshofs, wo Gesprächsbereitschaft gegeben war, dass einige Passagen verändert worden sind, sehr deutlich in diese Richtung zeigt, dass große Akzeptanz in der Arbeit in den Gemeinden, aber auch in der Gemeindeabteilung von den beiden Gemeindereferenten vorhanden ist. Und ich möchte auch darauf hinweisen, dass über Bedarfszuweisungen, über die Abwicklung, hier beschäftigt sich ebenfalls der Landesrechnungshof im Kontrollbericht sehr intensiv, es kaum oder gar keine Kritik von Seiten der Gemeinden gibt. Die Gemeinden haben natürlich Probleme. Ich denke, das größte Problem der Gemeinden ist die Finanzsituation. Ich möchte auch die Gelegenheit hier wahrnehmen, doch anzusprechen, dass es in Zukunft notwendig sein wird, Änderungen und Verbesserungen für die Situation der Gemeinden herbeizuführen. Wenn wir die Gemeindeautonomie ernst nehmen, wenn wir nicht wollen, dass die Gemeinden nur mehr verwalten und nicht mehr gestalten können, dann muss es hier zu Veränderungen kommen. Und ich denke, auch für die demokratiepolitische Weiterentwicklung auf kommunaler Ebene ist es wirklich wichtig, die finanzielle Ausstattung der Gemeinden zu verbessern.

Nur einige Zahlen: 2001 haben 87 Gemeinden in Oberösterreich den ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen können. 2004 waren es 176 Gemeinden, die den ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen konnten. Wenn ich als Beispiel den Bezirk Freistadt hernehme, wo im Jahr 2005 nur mehr vier Gemeinden in der Lage waren, den ordentlichen Haushalt auszugleichen, dann denke ich, ist das doch eine Situation, wo man sehr intensiv darüber nachdenken muss, wie die finanzielle Situation der Gemeinden verändert wird.

Nun zu einigen Punkten im Kontrollbericht. Es wurde auch angesprochen die Teilung des Gemeindereferates, ich möchte hier aus dem Kontrollbericht wortwörtlich zitieren: Ein Nachteil lag nach Meinung des Landesrechnungshofes darin, dass die Teilung einen deutlichen Mehraufwand für die Führungskräfte der Gemeindeabteilung an Information und Koordination brachte. Der Landesrechnungshof kam zu dem Schluss, dass die geteilte Verantwortung die Gesamtsteuerung der Gemeinden in Oberösterreich schwieriger macht, der Landesrechnungshof stellt hier eindeutig fest, dass hier Erschwernisse aufgrund dieser politisch gewollten Teilung des Gemeindereferates gegeben sind. Ich möchte darauf hinweisen, dass erstmals seit 1945 hier der parteipolitisch motivierte Weg beschritten worden ist, dass man hier in rote, wo der Landesrat Ackerl zuständig ist, und schwarz, blaue, orange und grüne Gemeinden, sofern es orange Bürgermeister gibt, wo der Landesrat Stockinger zuständig ist. Es gibt natürlich aufgrund dieser Teilung auch ganz eigenartige Situationen, wie zum Beispiel in Pregarten, wo die SPÖ die absolute Mehrheit hat, der Bürgermeister aber der ÖVP angehört, trotzdem ist die Zuständigkeit auf dieser Seite, da ist natürlich der Konflikt vorprogrammiert,

ich glaube auch, dass die Bevölkerung bis heute nicht versteht, warum diese Teilung in Oberösterreich vollzogen worden ist. Das Einzige, was positiv angemerkt wurde, das möchte ich auch nicht verschweigen, das ist die gegenseitige Gemeindeaufsicht, die ist aus den demokratiepolitischen Entwicklungen positiv erwähnt worden, aber die anderen Punkte, die ich schon angeführt habe, sind negativ beurteilt worden.

Nun zu der Vergabe der Bedarfszuweisungen. Sehr geehrte Damen und Herren, wer in der Praxis in den Gemeinden tätig ist, der weiß, dass betreffend Bedarfszuweisung von den Gemeindereferenten die Flexibilität in gewissen Situationen ganz wichtig ist, ich glaube, es ist auch notwendig, dass wir die langfristigen Zusagen, die teilweise im Bericht kritisiert werden, aufrecht erhalten. Ich möchte dazu ein paar Beispiele nennen: Es gibt Projekte, die einen hohen Mitteleinsatz erfordern, zum Beispiel Hochwasserprojekte von Landesrat Ackerl, zu fördern mit 11 Millionen Schilling. Wer die Gesamtbeträge kennt pro Jahr, die möglich sind, an Bedarfszuweisungen zu vergeben, der weiß, dass es unmöglich ist, diesen Betrag auf einmal zur Verfügung zu stellen, es muss hier zu mehrjährigen Finanzierungen kommen. Oder das Beispiel der Landesausstellungen, wo auch von den Gemeindereferenten hohe Beträge zur Verfügung gestellt werden müssen und eine mehrjährige Finanzierung einfach notwendig ist. Zur Frage des Mitteleinsatzes und Festlegung von Richtlinien und Förderzielen, da möchte ich zwei Positionen herausarbeiten. Meine Damen und Herren, auf der einen Seite steht die Gemeindeautonomie, ich denke, da werden wir uns alle einig sein, die ist ganz wichtig, ein wichtiges Fundament in unserer Demokratie. Ich glaube, es soll auch in Zukunft von der Gemeinde entschieden werden die Prioritätenreihung, welche Projekte aus Sicht der Gemeinde wichtig sind. Die Gemeindeautonomie ist und soll auch in Zukunft ein hohes Gut sein, auf der anderen Seite sind die Fachreferenten, in der Mitte drinnen ist das Gemeindereferat, da gibt es die Wünsche der Gemeinden, die natürlich sehr lautstark artikuliert werden. Auf der anderen Seite gibt es die Fachreferenten in Sportbereich, im Kulturbereich, im Wirtschaftsbereich, im Straßenbereich, wo auch Vorgaben gegeben sind. Ich denke, dass die Praxis, die jetzt praktiziert wird von der Gemeindeabteilung in diesem Spannungsfeld, wenn ich es so bezeichnen darf, schon sehr gut gemeistert worden ist. Ich glaube daher, dass die Flexibilität notwendig ist, eine generelle Zurückhaltung bei der Festlegung von Förderzielen, weil eben Fachreferenten ein großes Wort mitzureden haben, mitreden sollten aber letztendlich auch die Kommunen selbst.

Ein weiterer Punkt, ich habe ihn schon kurz angesprochen, ist die Infragestellung im Rechnungshofbericht von mehrjährigen Finanzierungen. Meine Damen und Herren, ich sage es ganz ehrlich, das ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich glaube, es war vom Landesrechnungshof gut gedacht, aber ich glaube, dass das in der Praxis nicht anders möglich ist, wenn das im Widerspruch zum Paragraph 80 Abs. 2 der Oberösterreichischen Gemeindeordnung steht, wo drinnen steht in etwa so, dass Projekte nur begonnen werden können, wenn die rechtliche und hundertprozentige Zusage aller Finanzmittel gegeben ist, dann bin ich dafür, dass wir nachdenken, hier eine Formulierung zu finden, die dem derzeitigen Ist-Zustand Rechnung trägt. Wenn die Paragraph-86-Genehmigung nicht ausreicht und das im Widerspruch zu Paragraph 80 steht, dann bin ich sehr dafür, dass wir hier einen Weg suchen, der dieses Problem aus der Welt schafft. Ich glaube allerdings, dass mit den Paragraph-86-Genehmigungen, also mit dem vorzeitigen Baubeginn und letztendlich auf Vorlage eines Finanzierungsplanes große Sicherheit auch für die Kommunen besteht und dass sich dieses System schon in der Vergangenheit als sehr gut bewiesen hat.

Ich möchte zum Abschluss, meine Damen und Herren, ein paar Beispiele herausgreifen und damit auch meine große Wertschätzung gegenüber der Kommunalpolitik und der Gemeinden sagen. Ich glaube, dass viele Punkte, die gefordert und angesprochen werden, in der

Praxis Gott sei Dank längst praktiziert werden. Es gibt viele gemeindeübergreifende Zusammenarbeitsformen, ich möchte ein paar Beispiele herausgreifen, wo positive Arbeit geleistet worden ist. In vielen Gemeinden gibt es bereits gemeinsame Sportplätze der dort ansässigen Sportvereine, ich nenne die Beispiele Freistadt und Neumarkt, wo Askö und Union gemeinsam Sportplätze errichtet haben. Es gibt die gemeinsame Nutzung von technischen Geräten, es gibt die Zusammenarbeit von Bauhöfen oder Feuerwehren, auch mit dem Ziel in gewissen Bereichen, dass zum Beispiel für zwei, drei Gemeinden in Zukunft ein Bauhof entstehen sollte. Wie zum Beispiel Pregarten, Hagenberg und Wartberg drei Gemeinden, die sehr geballt beieinander sind und wo die Zusammenarbeitsformen in dieser Richtung gegeben sind. Es gibt die gemeinsame Nutzung von Loipenspurgeräten, es gibt Verwaltungsgemeinschaften, und es gibt auch ein Beispiel, wo zwei Gemeinden sich entschlossen haben, weil es vernünftiger ist, eine Gemeinde daraus zu machen. Ich denke also, meine Damen und Herren, dass die Kirchturmpolitik in den Gemeinden längst der Vergangenheit angehört, dass positive Entwicklungen eingeleitet worden sind, dass über den eigenen Tellerrand hinausgeschaut wird. Diese Entwicklung kann man fördern, kann man unterstützen und soll man besonders fördern für die Zukunft, aber bestehende gute Systeme soll man nicht zerstören.

Ich denke abschließend, dass der Vorschlag, was die finanzielle Situation der Gemeinden betrifft, von Stadtrat Mayr von Linz, der Vorschlag für ein neues Finanzierungsmodell in Oberösterreich, ein sehr guter ist. Ich glaube, dass wir auch im Oberösterreichischen Landtag sehr intensiv über diesen Vorschlag nachdenken sollten. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Steinkellner.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn der Vorschlag vom Stadtrat Mayr ein guter Vorschlag ist, lieber Kollege Affenzeller, dann hast du nachher gleich die Möglichkeit, beim Fristsetzungsantrag betreffend einen Oberösterreich-Konvent uns die Zustimmung zu erteilen. Genau dieser inhaltliche Antrag beschäftigt sich mit dem, was auch Stadtrat Mayr gefordert hat, aber zu dem kommen wir später.

Heute hat die SPÖ in einem anderen Zusammenhang, die Frau Präsidentin Weichsler war es, die Rechtmäßigkeit der Vorgehensweise eingefordert. Es geht um die Legalität, auf die wir alle vereidigt sind. Jetzt sagt der Rechnungshof, hier werden Förderungen längerfristig zugesagt, obwohl es dafür keinen Landtagsbeschluss gibt. Für mehrjährige finanzielle Zusagen sind wir als Landtag zuständig, es gibt hier keinen Widerspruch. Sieht das ein Abgeordneter anders? Jetzt sage ich Ihnen, welche finanzielle Zusagen es seitens des Gemeindefressorts in den nächsten Jahren bereits gibt: Im Jahr 2007 sind bis jetzt 96 Millionen Euro bereits zugesagt, ohne dass der Landtag damit beschäftigt wurde. Im Jahr 2008: 76 Millionen. Im Jahr 2009: 56 Millionen. Im Jahr 2010: 45 Millionen. Im Jahr 2011: 37 Millionen und im Jahr 2012: 36 Millionen Euro. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Es geht aber nicht anders!") Zugesagt an Gemeinden, ohne, lieber Kollege, hier bist du Abgeordneter, ich verstehe dich als Bürgermeister, aber ich komme auf die Position des Bürgermeisters zurück, in welcher Gefahr du da schwebst, ohne dass der Landtag diese Mittel freigegeben hat. Was ich nicht verstehe: der Rechnungshof hat uns ja gleich eine Lösung vorgeschlagen, es gibt eine Ermächtigung dazu, dass derartige Verbindlichkeiten auch zugesagt werden können. Das wollte man nicht, das wollten auch die Grünen nicht, weil sie sagten, da wird der Landtag zu stark beeinflusst oder zu stark entmündigt. Aber ich muss doch einen rechtskonformen Zustand herstellen. Alle Juristen da im Haus herinnen wissen, wenn wir keine rechtsverbindliche Erklärung abgeben als Landtag, dann gibt es auch keine mehrjährige finanzielle Verpflichtung. Was heißt das für den Bürgermeister? Paragraph 80 der Gemeindeordnung ist schon ange-

sprochen worden, sieht vor: Vorhaben dürfen nur soweit begonnen und fortgeführt werden, als die dafür vorgesehenen Einnahmen vorhanden oder rechtlich und tatsächlich gesichert sind. Das bedeutet, es gibt keine rechtlich verbindliche Zusage des Landes, es gibt eine politische Zusage, der man Glauben schenken kann, die das Wort eines Referenten darstellt, das wird schon funktionieren, aber es gibt keine rechtliche Qualifizierung dieser Zusage. Dass der Bürgermeister, der quasi schon vor seinem fertigen Projekt sitzt und die Finanzierung erst in den nächsten Jahren dann tatsächlich vom Land bekommt, er sitzt eigentlich in einem rechtswidrigen Zustand, denn er hat keine rechtlich und tatsächlich gesicherte Situation. Jetzt ist ein Vorschlag, man ändert die Gemeindeordnung, oder der andere Vorschlag ist, man bindet den Landtag bei derartigen Finanzierungszusagen tatsächlich ein. Ich würde sehr viel davon halten, und ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr auch, wenn der Landtag die Finanzhoheit auch in der Zukunft haben sollte, dann sollte er auch wirklich in derartige Projekte, die längerfristig über Jahre hinaus finanziert werden, eingebunden werden. Der Landesrechnungshof hat das auch vorgeschlagen, ich bedaure, dass gerade dieser Satz, Erhöhung der Verbindlichkeiten mehrjähriger BZ-Mittel-Zusagen durch die Ermächtigung des Oberösterreichischen Landtags, durch ÖVP, SPÖ und Grüne herausgestrichen wurde. Somit gibt es derzeit keine Lösung, die von mir genannten beinahe 350 Millionen, die bis ins Jahr 2012 alleine jetzt zugesagt sind von den beiden Ressorts Ackerl und Stockinger, befinden sich quasi in einem rechtsfragwürdigen Zustand. Sie sind politische Zusagen, der Bürgermeister dürfte an und für sich, wenn er die Gemeindeordnung genau einhält, nicht auf diese Projekte vertrauen, weil diese rechtliche und tatsächliche Situation nicht geschaffen wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren im hohen Landtag, nehmen wir unsere Aufgabe ernst, nehmen wir auch die Gesetzmäßigkeit ernst, dann bedeutet das, dass wir auch die Budgethoheit für derartige längerfristige Zusagen uns vorbehalten sollten. Das ist unsere Aufgabe, uns täte die Diskussion über längerfristige Projekte durchaus gut, vor allem dann, wenn es um eine Summe geht, gerade jetzt um 350 Millionen Euro. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hingsamer.

**Abg. Hingsamer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Wenn der Landesrechnungshof die Gemeindeaufsicht, die Gemeindeabteilung prüft, dann durchaus auch im Hinblick darauf, die Gemeinden in der Summe zu stärken. Die Autonomie der Gemeinden hängt wirklich davon ab, wie weit finanzielle Mittel für Vorhaben der Gemeinden zur Verfügung stehen, Schranken des Landes engen vielleicht ein, das mag schon sein. Aus der Sicht des Landesrechnungshofes ist die Frage der Autonomie natürlich auch eine Frage der Finanzausstattung der Gemeinde. Der Einsatz der Bedarfszuweisungsmittel, die Frage der Förderziele, die Frage der Abhängigkeit der Gemeinden ist gegeben, in erster Linie bei Projektrealisierungen und in zweiter Linie natürlich auch beim Ausgleich des ordentlichen Haushaltes. Die Gemeindeabteilung hat sich in den letzten Jahren durchaus ähnlich rasch entwickelt, wie sich auch Aufgaben im Gemeindegeschehen entwickelt haben. Diese Gemeindeabteilung wurde immer mehr auch zu einer Serviceeinrichtung in der Form, nach Möglichkeit zu begleiten, zu betreuen und zu helfen. Wenn ich sage Serviceeinrichtung, dann erwähne ich ein paar Beispiele: In der Frage der KEG-Modelle ist, glaube ich, in der letzten Zeit ein ganz wesentlicher Schritt zur besseren Realisierung von Projekten in den Gemeinden gelungen. In der Frage der "Besoldung Neu" hat man sich angepasst. In der Frage der Neustrukturierungen von Gebarungsprüfungen hat man sich der Zeit angepasst. In der Frage beim Controlling, in der Frage auch bei der Vereinfachung der Verfahren und auch der Vereinfachung von Flüssigmachungsanträgen, aber auch in der Frage der Beratung und in der Frage der Vergaben. Unterstützung auch bei Architektenwettbewerben, wenn sich das Modell der

Kostendämpfungsverfahren bewährt hat, dann wissen wir, dass hier wesentliche Schritte gesetzt wurden, dass aber eine Überarbeitung dieses Systems notwendig ist, das heißt, dass letztendlich ein großer Teil von dem, was der Landesrechnungshof aufgezeigt hat, bereits in einer Umsetzung sich befindet oder bereits umgesetzt wurde. Reformziele der Gemeindeabteilung wurden weitgehend bereits erreicht, vielleicht nicht alle aber weitgehend erreicht. Wenn der Rechnungshof davon spricht, vergabetransparent zu gestalten, dann ist die Veröffentlichung der Bedarfszuweisungsrichtlinien auf dem Weg ein Teil der Transparenz, dann ist es auch eine Transparenz für die Zukunft, wenn Förderungen des Landes generell veröffentlicht werden.

Wenn Förderschwerpunkte ein Thema in der Gemeindeaufsicht, in der Gemeindeabteilung sind, dann müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass durch Förderschwerpunkte der Bedarfszuweisungstopf bereits zu einem wesentlichen Teil verbraucht ist, ohne dass die Gemeindereferenten ganz eigenständig darüber verfügen können. Sie werden auch von anderen Abteilungen beeinflusst, im Bereich Schulbauprogramme, im Bereich der Frage der Bädernsanierung, im Bereich der Frage von Sporteinrichtungen, der Feuerwehren und vielen mehr. Eigenverantwortung der Gemeinden stärken mag ein Ziel sein, war auch dem Rechnungshof in der Prüfung ein Ziel, einen Teil der Stärkung der Eigenverantwortung, das haben wir eigentlich bereits erreicht im Jahr 2002 mit der Neuausrichtung und Neuformulierung der Gemeindeordnung. Ein Teil der Stärkung ist passiert im Finanzausgleich, der verhandelt ist, zum einen zufrieden stellend, zum Zweiten nicht, aber auch in der Frage einer mittelfristigen Finanzplanung, nur wenn der Rechnungshof in der Finanzierbarkeit der Gemeinden durchaus auch Fragen aufwirft, dann in der Frage der Mehrjährigkeit auch der Mittelzusagen. Ja wohl, es ist ein Thema, weil sich die Praxis der Mittelzusage mit der so genannten Paragraph-86-Genehmigung für die Gemeinden bewährt hat, weil alle anderen Vorschläge nicht einfach zu lösen sind. Wenn der Finanzausgleich nur bis zum Jahr 2008 geht, dann neu zu verhandeln ist, dann wäre eine bescheidmäßige Zusage wie es der Rechnungshof anspricht und andenkst, über diese Zeit hinaus durchaus auch problematisch. Wer die Zeit in der Vergangenheit beobachtet hat, der muss auch feststellen, dass Finanzierungsänderungen, Finanzierungswünsche und Änderungen von geplanten Zusagen in erster Linie von den Gemeinden gekommen sind und nicht von der Gemeindeabteilung. Änderungen sollen möglich sein, auch unbürokratisch, auch aus dieser Zielsetzung heraus bekennen wir uns als Gemeinden dazu, dass diese unbürokratische Form beibehalten wird und beibehalten werden soll, weil wir auch wissen, dass wir uns in den letzten Jahren und in der Vergangenheit auf Zusagen der Referenten verlassen haben können. Mir ist schon klar, dass wir in der Frage der Novellierung der Gemeindeordnung auch in der Frage des Paragraphen 80 zu reagieren haben und reagieren werden müssen.

Wenn heute schon angesprochen wurde die Teilung des Gemeindereferates, ich glaube, dass es sich in der Zeit seit der Teilung, die Form der Teilung bewährt hat, weil mit der Teilung nicht nur die Mittelzusagen geteilt sind, sondern auch die wechselseitige Kontrolle funktioniert. Die Kontrolle innerhalb der Abteilung, innerhalb der Referenten inzwischen eine sehr gute wurde, ich bekenne mich dazu. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer) Herr Kollege Makor, vielleicht hat es dir nicht ganz gepasst, wie der Bürgermeister Böhm von Pasching hat auch andere in der Kontrolle, die etwas zu stark herangezogen wurden. In der Frage der Teilung hat man die Jahre vorher genommen, und sie sind jetzt gerecht, ich sage auch ganz offen, die Bürgermeister sind gut bedient bei ihrem jeweiligen politischen Referenten Vorsprachen machen zu können, und jeder politische Referent kann seinen "politischen Freund" auch bedienen, so gut er halt kann und so gut er über die Zeit hin kann. Und wenn der Rechnungshof auch im Ausbau der Strukturhilfe einen weiteren Schwerpunkt zieht, dann bekenne ich mich dazu, dass der Finanzausgleich ein Teil ist, auch

den schwächeren Gemeinden auch in der Frage der Bedarfszuweisung, mit der Zuteilung von Strukturhilfe, den finanzschwächeren Gemeinden zu helfen. Diese Vorschläge sind zu unterstützen. Ich glaube, dass der Bericht des Rechnungshofes ein Bericht ist, der eigentlich stattgefunden hat in der Zeit des Wandels der Gemeindeabteilung und des Wandels der Gemeindeaufsicht, und dass wesentliche Teile von dem, was der Rechnungshof empfiehlt, sich bereits in Umsetzungsschritten befindet.

Ich glaube, dass die Frage der Möglichkeit der Gemeindeentlastung auch von Gesetzgebern verfolgt werden sollen, wie man auch ständig bereit sein soll zu prüfen, was wir in der Gesetzgebung tun auch an Belastungen für die Gemeinden, die wir ständig zum Teil immer wieder auch selbst machen, sind wir da auch selbstkritisch zu uns und helfen wir, dass die Reformschritte, die der Rechnungshof sich wünscht und aufgezeigt hat, in der Umsetzung nicht stocken, sondern weiter fortgeführt werden können. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Orthner: "Jawohl!" Beifall.)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auch noch einmal auf jenen Punkt eingehen, der vom Kollegen Steinkellner und jetzt vom Kollegen Hingsamer auch angesprochen worden ist, nämlich auf die Problematik mehrjähriger Mittelzusagen. Wir haben ja im Kontrollausschuss eine sehr lange und sehr intensive Diskussion zu diesem Thema gehabt. Wir haben sehr lange darüber diskutiert. Das Problem, das wir auch dort immer wieder andiskutierten haben und das auch dort angesprochen worden ist, ist einerseits, dass sich die bisherige Praxis bewährt hat. Sie geht ja auch aus dem Kontrollbericht auf Grund der Stellungnahme der Abteilung Gemeinden hervor, wobei festgehalten wird, dass die bisherige Praxis der Mittelzusage im Rahmen der § 86-Genehmigung sich bestens bewährt haben und dass die vom Landesrechnungshof vorgeschlagene Vorgangsweise aus rechtlichen Gründen nicht notwendig sei und darüber hinaus auch den administrativen Aufwand deutlich erhöhen würde. Das war die eine Seite.

Die andere Seite ist natürlich die auch heute angesprochene und die im Kontrollausschuss sehr intensiv diskutierte Feststellung, dass der Landtag und die Landesregierung sich natürlich an die bestehenden Gesetze und Verordnungen zu halten hat. Und das kann man nicht wegdiskutieren. Das ist einfach so. Auch wenn der Kollege Hingsamer meint, dass die Bürgermeister sehr gut bedient worden sind von den jeweiligen Referenten. Das stimmt natürlich. Ob es einem gefällt oder nicht muss man natürlich auch zur Kenntnis nehmen, dass Gesetze eingehalten gehören. Und daher ist nach Ansicht des Landesrechnungshofes hier angeführt worden, dass die rechtlich unverbindliche Mittelzusage in dem Folgejahr nicht im Einklang mit § 80 Abs. 2 der Gemeindeordnung steht. Und ich glaube daher, dass es dringend notwendig ist, dass wir in einer Novelle der Gemeindeordnung diesen Punkt dementsprechend umformulieren, dass wir rechtskonform vorgehen. Ich glaube, das ist notwendig, wenn wir auf der anderen Seite bei anderen Diskussionen immer wieder darauf hinweisen, dass gerade das Gremium des Oberösterreichischen Landtags sich auf die Gesetze zu stützen und zu halten hat. Das gilt für den Landtag, das gilt für die Landesregierung, das gilt für alle Bürger dieses Landes. Und daher müssen wir das auch so reparieren, wenn wir wollen, dass wir so wie bisher vorgehen, weil es sich in der Praxis bewährt hat. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es ist der Herr Landesrat Dr. Stockinger zu Wort gemeldet.



Landesrat **Dr. Stockinger**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die gemeinsame Verantwortung, und ich sage bewusst nicht Teilung, die gemeinsame Verantwortung im Gemeinderessort funktioniert. Das zeigt im Übrigen auch, dass ein Gemeinderesort in dieser Debatte die Position aller beider, die gemeinsame Position aller beiden Referenten präsentiert. Der Rechnungshof hat, Kollege Affenzeller, eindeutig gesagt, es ist demokratiepolitisch ein Gewinn, und sie braucht, zugegeben, das ist ja kein Wunder, wenn es zwei Akteure gibt auf der politischen Ebene, mehr Akkordierung und mehr Koordination. Jawohl, das braucht es, auch mit der Abteilung. Aber, der Kollege Ackerl und ich sagen nicht hü und hot zu den entscheidenden Frage, sondern versuchen nach dem Prinzip, vier Augen sehen mehr als zwei, und zwei Köpfe sind in der Regel in der Lage noch kreativer zu sein als einer allein, die Dinge so zu regeln, dass wir eine positive Entwicklung im Interesse der oberösterreichischen Gemeinden umsetzen und nicht auf dem Rücken der Abteilung, das ist entscheidend, wenn es einmal Differenzen gibt, das austragen. (Die Erste Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte den Rechnungshofbericht auch zum Anlass nehmen, um als Referent der Abteilung wirklich zu danken, weil ich ein wenig den Eindruck habe, dass diese Arbeit der Gemeindeabteilung im Rechnungshofbericht in der Würdigung etwas zu kurz kommt, dass hier hervorragende Arbeit geleistet wurde und dass gerade in den letzten Jahren eine Reihe von neuen Impulsen, wenn ich an die KEG-Modelle denke, wenn ich an die interkommunale Zusammenarbeit denke, an die gemeindeübergreifenden Projekte denke, an die neuen Verwaltungsgemeinschaften, dass hier exzellente Arbeit geleistet wird, die auch vor dem Landtag Anerkennung finden soll. (Beifall) Es darf applaudiert werden. Nicht nur von den Bürgermeistern. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Muss oder darf?")

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechnungshof hat in einer Reihe von Punkten wichtige Hinweise gegeben, die wir selbstverständlich umsetzen werden. Beispielsweise die Entbürokratisierung des nicht mehr Zwischenschaltens der Bezirkshauptmannschaft bei Flüssigmachungsanträgen. Ist etwas, was wir sehr rasch umsetzen werden. Auch die Hinweise in Richtung Kundenorientierung. Jawohl, wir verstehen uns auch als Serviceabteilung für die Gemeinden. Aber wir sind gleichzeitig auch Gemeindeaufsicht. Wir sind immer in einer Doppelfunktion tätig als Förderer, als Begleiter bei Projekten auch im Sinne einer Kostendämpfung. Und es ist manchmal nicht ganz lustig zu sagen, das geht und das geht nicht mehr, aber immer auch in dem Sinn, dass es eine gleichmäßige Entwicklung gibt, eine gerechte Teilhabe auch bei Projektumsetzungen an der gesamten Landesentwicklung. Und dass nicht ein paar sich wesentlich größere Stücke vom Kuchen abschneiden dürfen und können als andere.

Das ist im Übrigen auch das Schicksal der Gemeinderesort und derer, die für die Beteiligung der Bedarfszuweisungsmittel verantwortlich sind, dass man natürlich immer konfrontiert ist mit dem, dass der eine Bürgermeister meint, der andere bekommt mehr und umgekehrt. Aber, wenn alle das Gefühl haben, etwas zuwenig bekommen zu haben, und letztlich trotzdem hervorragende Projekte realisiert sind, dann ist man in Summe wahrscheinlich am gerechtesten und dem besten unterwegs. Denn, würde man den Eindruck der großen Gießkanne, die leichtfertig das Geld verteilt, erwecken, dann wäre das ohnehin schwierig und schlecht.

Die Frage der Rechtsverbindlichkeit von Zusagen: Ja, das ist ein formelles verfassungsrechtliches Problem. Wir haben das ohnehin im Kontrollausschuss intensiv und lange diskutiert. Aber ein Problem, meine Damen und Herren, das eben nicht nur die Gemeindeabteilung allein und die Vergabe der BZ-Mittel betrifft, sondern das jeden ressortzuständigen Referenten betrifft, wenn er über mehrere Jahre Projekte zu verwirklichen hat, Förderungszusagen

zu geben hat, eine gewisse Verbindlichkeit, eine gewisse Perspektive, eine Mittelfristige Planung, die wir ja alle wollen, ein Vorausschauen auf mindestens sechs Jahren steht ja auch in unseren mittelfristigen Budgetzielen drinnen, wenn das möglich sein soll. Und es ist halt schwer denkbar, dass man mit einer Gemeinde mittelfristige Budgetgespräche führt, ein Projektplanung macht, und dann sagt man, tut mir leid, wir reden nur über das heurige Jahr, was 2007, 2008, 2009 oder 2011 ist, kann ich nicht sagen, auch wenn es beispielsweise um große Schulbauprojekte, Sanierungsprojekte und ähnliches geht.

Das heißt, wir haben bisher, das ist in den letzten 40 Jahren so gegangen und bis heute der Zustand, halt eigentlich recht gut gelebt, dass man gesagt hat, es gibt diese Verwendungszusagen, die letztlich dann auch in konkreten Finanzierungsplänen münden, die auch mehrjährige Inaussichtstellungen beinhalten, wo aber natürlich immer dazugesagt wird, nach Maßgabe der budgetären, vom Landtag budgetär zur Verfügung gestellten Mittel. Und ich wage zu behaupten, selbst wenn der Landtag die mehrjährigen Mittelzusagen machen würde, müsste er eine Maßgabeformulierung letztendlich dem hinzufügen. Das heißt, die Rechtsverbindlichkeit oder die Relevanz wäre dieselbe, denn der Landtag weiß auch nicht, was er in drei oder vier Jahren an Ertragsanteilen beispielsweise bei der Position der BZ-Mittel haben wird und er müsste auch immer dazu sagen, dass kann ich aber nur, sofern nicht uns die Budgetnot zu anderen Dispositionen dann bei den entsprechenden Budgetbeschlüssen zwingt. Die wirkliche Lösung wäre nur ein mehrjähriges Budget. Aber ich glaube nicht, dass dieser Landtag hergehen wird und Budgets in einem Einmalbeschluss über drei oder vier oder fünf Jahre machen wird, sondern da wird der hohe Landtag auch sagen, wir lassen uns das Heft über so viele Jahre nicht zur Gänze aus der Hand nehmen. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Bei Projekten machen wir es schon!")

So gesehen bitte ich mit dieser Grundregel und mit diesem respektvollen Umgang, und ich kann durchaus sagen, dass jedes Regierungsmitglied in der Landesregierung mit dem respektvoll umgeht, dass man bei dieser Vorgangsweise bleibt, sage aber gleichzeitig dazu, dass wir bei der momentan in Vorbereitung befindlichen und de facto fertig gestellten Gemeindeordnungsnovelle den Hinweis auf den § 80 berücksichtigen werden und dem hohen Landtag in dieser Form eine Korrektur vorschlagen werden, damit auch der § 80 korrekt formuliert ist und auf die praktische Vorgangsweise, wie sie verwendet wird, Rücksicht nimmt. Das heißt, dass im § 80 der Baubeginn eben möglich wird, wenn diese mehrjährigen Investitionspläne und die mehrjährige grundsätzliche Zusage vorliegt, also, dass das Vertrauensprinzip geschützt wird, aber wir nicht die formale Fassung von Mehrjährigkeitsbeschlüssen wir im Landtag hier herinnen brauchen. Denn, das würde uns derart knebeln und binden und unflexibel machen. Jeder Bürgermeister weiß, dass man bei größeren Projekten in der Praxis die Finanzierungspläne zwei- bis dreimal ändern muss. Weil, es kann sich das Projekt ändern, es kann Kostenüberschreitungen geben und ähnlich Dinge, es kann etwas dazu kommen. Das würde es wahnsinnig kompliziert und letztlich sehr unflexibel machen.

Ja, der Rechnungshof sagt mehr Eigenverantwortung der Gemeinden. Manchmal verstehen unter mehr Eigenverantwortung die Bürgermeister nur die eine Seite der Medaille und sagen, unser Recht selbst zu bestimmen. Eigenverantwortung heißt aber auch, Beschlüsse, die man gefasst hat, eigenständig zu verantworten und in der Konsequenz letztlich vertreten zu müssen. Das heißt, wir wissen heute, dass Eigenverantwortung auch letztlich heißt, im Bereich der Möglichkeiten, die selbst zu gestalten sind von der Gemeinde, ich denke an die Kanalgebühren, ich denke an die Wassergebühren, wo wir gerade in den letzten Monaten gemeinsam als Gemeindereferenten einen sehr konsequenten Kurs gegangen sind. Denn es kann nicht sein, dass die 170 Abgangsgemeinden beispielsweise nach dem Motto leben, wenn du einmal Abgangsgemeinde bist, ist eh alles wurscht, lehne ich mich zurück, lasse

den Herrgott einen guten Mann sein und die Gemeinde selber im Vergleich zu den Nachbarn auch gut ausschauen, indem ich einfach bei den Gebühren am niedrigsten Niveau bin, nicht anpasse. Die, die sich bemühen ihren Haushalt auszugleichen, gehen mit den Gebühren entsprechend der Vorgaben des Landes nach und die Abgangsgemeinden lehnen sich zurück und sagen, wir sind die billigsten. Obwohl sie da selber Möglichkeiten hätten und eigentlich auch die Verpflichtung hätten dafür zu sorgen, dass der eigene Haushalt stimmt.

Daher drängen wir darauf und daher haben wir gerade auch den Abgangsgemeinden zugemutet, 20 Cent über der Mindestgebühr beispielsweise beim Kanal ihre Kanalgebühren zu bemessen, verpflichtend zu bemessen, ansonsten nehmen wir die Bearbeitung des BZ-Antrages für den Haushaltsausgleich nicht an oder nicht in Bearbeitung. Denn dieses Maß an Gebührenwahrheit, vor allem wenn man weiß, dass 90 Prozent der Kanalsysteme ihre Kosten nicht decken, Abgänge haben, die über den Haushaltsausgleich dann aus dem gemeinsamen BZ-Topf finanziert werden, das, wenn man das weiß, legitim ist und keine Zumutung ist, wie es manche formuliert haben, sondern eine Frage der Gerechtigkeit allen anderen Nachbargemeinden gegenüber ist, wenn ich sage, mindestens die durchschnittliche Kanalgebühr im Land, und das sind die 20 Cent über Mindestgebühr, über der absoluten Mindestgebühr, also die durchschnittliche Kanalgebühr im Land ist das, was zugemutet wird und was, glaube ich, fair ist, in einer Abgangsgemeinde einzuheben ist. Auch im Sinne der Gerechtigkeit, auch im Sinne derer, die sich um einen Haushaltsausgleich bemühen. Und die bringen Jahr für Jahr über sparsamen Mitteleinsatz ihren Haushalt in Ordnung.

Gemeindeaufsicht, ein spannendes Thema. Der Rechnungshof regt ja auch an, dass die Instrumente der Gemeindeaufsicht in manchen Bereichen verstärkt werden. Morgen ist erster Prozesstag in Sache Bürgermeister von Pasching, Böhm. Ein klassisches Vorzeigeprojekt wie Gemeindeaufsicht leider in vielen Bereichen heute keine Möglichkeit hat, Recht durchzusetzen. Ich bin traurig, dass es den Strafrichter braucht, um rechtlich korrekte Zustände herbeizuführen.

Aber, wir werden darüber diskutieren müssen, wo der vernünftige Weg ist, wo sich die Autonomie in der Gemeinde aufhört und wo eigentlich auch im Sinne des Rechtsstaates die Gemeindeaufsicht die Möglichkeit und das Werkzeug bekommen muss, einzugreifen. Wir haben derzeit nur die Möglichkeit in Oberösterreich Beschlüsse aufzuheben, wenn sie rechtswidrig sind. Wir können aber keine Ersatzbeschlüsse fassen. Wir können einem Gemeinderat nicht ins Ruder greifen. Und wenn dort eine Mehrheit blockiert oder sich schützend vor den Bürgermeister stellt oder sagt, interessiert uns nicht, was die Gemeindeaufsicht oder der Rechnungshof oder sonst wer sagt, dann können wir uns am Kopf stellen.

Wir haben nur eine Möglichkeit, die die Gemeindeordnung derzeit zulässt, nämlich dann, wenn volkswirtschaftlich Gefahr in Verzug ist. Und volkswirtschaftlich Gefahr in Verzug, also dass für das ganze Land ein schwerer volkswirtschaftlicher Schaden ist, das ist auch nicht, wenn sich ein Bürgermeister um 500.000 Euro in der Gemeindekassa vergreift. Das wirst du auch nicht argumentieren können. Das heißt, wir können nicht eingreifen. Wir sind darauf angewiesen, dass die eigenen Organe tätig werden. Und da kannst du dich niederknien und manchmal sagen, wir machen einen Förderstopp, das hat die Landesregierung auch getan, aber letztlich bist du darauf angewiesen.

Das heißt, ich bin auch dagegen, der Kollege Ackerl auch, dass wir Anlassgesetzgebung machen. Aber es wird im Zuge der Gemeindeordnungsnovelle in den nächsten Monaten eine ernste Diskussion werden, ob wir hier nachschärfen. Andere Bundesländer geben im Rahmen der Bundesverfassung, die gebietet uns den Respekt der Selbstbestimmung der Ge-

meinden, aber andere Bundesländer gehen hier weiter und lassen früher Korrekturhandlungen und Ersatzvornahmemöglichkeiten der Gemeindeaufsicht zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte schließen damit, dass ich noch einmal sagen möchte, dass die Arbeit im Gemeindereferat in vielen Bereichen Fingerspitzengefühl verlangt. Die Idee des Rechnungshofs, der eher statisch glaubt mit Förderrichtlinien, die einmal festgeschrieben sind, lässt sich der Bedarf, der individuelle Bedarf einer Gemeinde bei der Mittelvergabe fixieren, diese statische Sicht der Dinge geht an der Praxis vorbei. Wir haben im Gegensatz zu Fachressorts die Ergänzungsfinanzierung, die individuelle Ergänzungsfinanzierung zu machen. Das ist nicht immer eine einfache Aufgabe, das ist manchmal eine undankbare Aufgabe, aber es ist gleichzeitig eine faszinierende Aufgabe, unsere Kommunen, in denen wertvolle Arbeit geleistet wird, wo viel weiter geht, und unsere Gemeinden sind die Grundfesten letztlich eines erfolgreichen Landes Oberösterreich, hier begleitend als Gemeindereferent tätig zu sein.

Ich glaube, dass dieser Rechnungshofbericht insgesamt dem Gemeindereferat und auch den oberösterreichischen Gemeinden ein gutes Zeugnis ausstellt und dass wir die Punkte, die angesprochen sind und die der Landtag uns als Auftrag heute gibt, umsetzen werden. Ich bin sehr dankbar, dass die Fraktionen jene Vorschläge nicht aufgenommen haben, die letztlich zu einer Einzementierung und zu weniger Flexibilität bei der Umsetzung von Gemeindeprojekten geführt hätten. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen und bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 857/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 859/2006, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend ein Landesgesetz, mit dem das OÖ. Tourismusabgabegesetz 1991 geändert wird. Der Herr Abgeordnete Schürrer ist gebeten darüber zu berichten.

Abg. **Schürrer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend ein Landesgesetz, mit dem das OÖ. Tourismusabgabegesetz 1991 geändert wird. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 859/2006. Ich bitte um Zustimmung.

Der Oö. Landtag möge beschließen: (Antrag laut Beilage 859/2006)

**Erste Präsidentin:** Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede. Es ist niemand zu Wort gemeldet. Ich lasse abstimmen und bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 859/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Beilage 858/2006, das ist der Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung des Finanzstandortes Österreich. Herr Klubobmann Mag. Strugl wird über die Beilage berichten.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Maßnah-

men zur Sicherung und Stärkung des Finanzstandortes Österreich. Es handelt sich um einen Antrag, der darauf abzielt, dass die Vorgänge rund um die BAWAG lückenlos aufgeklärt werden durch Finanzmarktaufsicht und Justiz und auch an die Bundesregierung appelliert wird Maßnahmen zu setzen, um in Zukunft solche Ereignisse möglichst hintanzuhalten. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Das steht nicht im Antrag!") Und wir haben - habe ich etwas falsch gesagt? (Erste Präsidentin: Das Wort BAWAG steht nicht im Antrag, glaube ich.) Nein, gut, danke. Ich korrigiere mich, ja. Dann korrigiere ich mich. Es geht darum, dass also der Finanzplatz Österreich oder die Integrität des Finanzplatzes Österreich geschützt wird. Das andere, was ich gesagt habe, stammt aus der Debatte bzw. aus der Begründung. Um diesen Antrag geht es, und wir haben dem die Dringlichkeit gegeben am Vormittag und bitte um die entsprechende Zustimmung. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Zielt aber schon auf die BAWAG ab, oder?")

Der Oö. Landtag möge beschließen: Resolution. In Reaktion auf jüngst bekannt gewordene hochriskante Spekulationsgeschäfte österreichischer Banken wird die Landesregierung ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass die Hintergründe dieser Geschäfte lückenlos aufgeklärt werden; im Zuge dieser Erhebungen auch geprüft wird, ob darüber hinaus Maßnahmen erforderlich sind, die dazu beitragen, in Zukunft Schaden für den Finanzplatz Österreich zu verhindern und dessen Integrität im In- und Ausland abzusichern.

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich eröffne darüber die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich lasse abstimmen und bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 858/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zur Beilage 862/2006, das ist der Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend den Verkauf von Wohnbaurdarlehen an die Hypo Alpe-Adria. Die Frau Abgeordnete Mag. Jahn wird darüber berichten.

Abg. **Mag. Jahn:** Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin! Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend den Verkauf von Wohnbaurdarlehen an die Hypo Alpe-Adria. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 862/2006.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird ersucht, hinsichtlich der am 4. März 2002 bzw. 7. Oktober 2002 seitens des Landes an die Hypo Alpe-Adria veräußerten 3.739 Wohnbaurdarlehen in Höhe von 82,76 Mio. Euro bzw. 886 Wohnbaurdarlehen in Höhe von 178,9 Mio. Euro die nachhaltige Vertragssicherheit zu prüfen und allenfalls erforderliche Maßnahmen im Interesse der betroffenen Darlehensnehmer und des Landes Oberösterreich zu setzen.

**Erste Präsidentin:** Dankeschön. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass zu diesem Verhandlungsgegenstand ein Zusatzantrag eingelangt ist. Wir haben ihm die Beilagennummer 875/2006 gegeben und er liegt auf Ihren Plätzen auf. Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung wird er in die jetzt zu beginnende Wechselrede einbezogen. Ich eröffne die Wechselrede. Es ist niemand zu Wort gemeldet. Dann lasse ich darüber abstimmen.

Ich werde zuerst über den Hauptantrag und dann über den Zusatzantrag abstimmen lassen. Der Hauptantrag hat die Beilagennummer 862/2006. Wenn Sie ihm beitreten, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist einstimmig angenommen. Wenn Sie dem Zusatzantrag mit der Beilagennummer 875/2006 zustimmen, bitte ich

Sie auch um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 864/2006, das ist der Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Einhaltung des Budgetvoranschlags durch die Landesregierung. Ich bitte die Frau Kollegin Weichsler zu berichten.

Abg. Präsidentin **Weichsler**: Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Einhaltung des Budgetvoranschlags durch die Landesregierung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 864/2006.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, die vom Oö. Landtag beschlossenen Ermächtigungen und Ersuchen im Vorbericht zum Voranschlag 2006 ohne Abänderungen oder Ergänzungen zu vollziehen bzw. bereits vorgenommene Abänderungen unverzüglich wieder zurückzunehmen.

**Erste Präsidentin**: Danke für die Berichterstattung. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen und bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 864/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zur Beilage 865/2006, das ist der Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend den Förderbericht des Landes Oberösterreich. Ich bitte Herrn Klubobmann Dr. Frais zu berichten.

Abg. **Dr. Frais**: Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend den Förderbericht des Landes Oberösterreich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 865/2006.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, die Richtlinien über die Erstellung des Förderberichts derart zu formulieren, dass Ausnahmen von der Veröffentlichung nur in sensiblen Bereichen vorgesehen sind und alle Förderungsempfänger/innen gleich behandelt werden.

**Erste Präsidentin**: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Josef Mayr das Wort.

Abg. **Mayr**: Sehr geehrte Landtagspräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Förderungsdaten zu veröffentlichen, dazu stehen wir auch als ÖVP. Jedoch gilt es grundsätzlich zu unterscheiden zwischen Förderungen, Zahlungen oder Ausgleichszahlungen und anderen. Im Antrag der SPÖ ist zu lesen, Ausnahmen von der Veröffentlichung nur in sensiblen Bereichen vorgesehen, das ist Ihr Wunsch oder das ist der Antrag. Wir sagen aber auch, dass unter sensible Bereiche auch andere Bereiche fallen. Wir sehen es so, dass Förderungen unter 4.000 Euro, Katastrophenhilfe, Notstandsfälle, Hilfen in besonderen Lebenslagen und eben Ausgleichszahlungen in der Landwirtschaft, weil die unserer Meinung nach sensibel sind, nicht veröffentlicht gehören.

Ich finde es auch nicht sinnvoll, Familienförderungen zu veröffentlichen. Es soll ja nicht so sein, dass der, der Kinder hat, sich verantworten muss vor den Personen, die keine Kinder haben. Oder es soll auch nicht so sein, dass derjenige, der als Arbeitsloser Unterstützung

kriegt, sich verantworten muss vor Personen, die Arbeit haben, obwohl er gern selber Arbeit annehmen würde. Ich glaube, das wäre der falsche Weg.

Wenn Sie, Herr Klubobmann, vom Wegebau gesprochen haben und den immer der Landwirtschaft zuteilen, dann muss ich sie korrigieren. Ich bin zwölf Jahre Straßenbaureferent in meiner Gemeinde Waizenkirchen. Wir haben sehr viel im ländlichen Wegebau Straßen gebaut, aber ich kann Ihnen nachweisen, dass in Waizenkirchen zwei Drittel dieser Häuser, die durch diese Güterwege erschlossen worden sind, Einfamilienhäuser sind und nur einzelne Objekte landwirtschaftliche Bauten sind. Also, den ländlichen Wegebau der Landwirtschaft zuzuordnen ist grundsätzlich falsch. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Kennen Sie das Raumordnungsgesetz?")

Ausgleichszahlungen, die veröffentlicht werden sollen, sind nicht fair. Ich möchte das anhand eines Beispiels präzisieren. Es wäre nicht fair, einen Arbeitnehmer auf das Lohnniveau von irgend einem Billigland herunterzustellen, ihm einen Teil des Einkommens von der öffentlichen Hand wieder zurückzugeben und ihm dann zu sagen, er soll sich dafür verantworten. Beim EU-Beitritt von Österreich haben wir Bauern uns dazu bekannt, nachdem Österreich ein Exportland ist, dass Österreich der EU beiträgt. Genauso, wie alle anderen Parteien zugesichert haben, dass den Bauern die Einkommensverluste, die sie dadurch erleiden, zu einem gewissen Ausmaß in Form von Ausgleichszahlungen wieder rückerstattet bekommen.

Das ist ein System der EU, das wir alle nicht gewollt haben, dem wir uns aber fügen müssen, wenn wir Mitglied sind. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Das ist freie Marktwirtschaft!") Die Ausgleichszahlungen sind nicht freie Marktwirtschaft, sondern das sind, nochmals gesagt, (Zwischenruf Abg. Schenner: "Planwirtschaft ist das!") wir haben bei der EU eine Preisabsenkung in etwa von 50 Prozent der Produkte gehabt und einen Teil davon in Form von Ausgleichszahlungen wieder rückerstattet bekommen. Wir müssen auch diese Ausgleichszahlungen verantworten. Sie werden dementsprechend kontrolliert auf österreichischer Ebene, auf EU-Ebene, und sie müssen auch einer gewissen Leistung unterzogen sein. Man bekommt keine Ausgleichszahlung, wenn auch dadurch keine Leistungen zur Verfügung stehen.

Wir stehen zu unserer Produktion, für unsere Leistung, und ich erwarte mir auch, dass andere Parteien auch dies in dieser selben Form tun. Deshalb nochmals, man muss sehr aufpassen, was man veröffentlicht. Förderungen okay, aber sensible Bereiche, und da zähle ich die Ausgleichszahlungen dazu, mit Sicherheit nicht. Deshalb werden wir diesen Antrag auch ablehnen. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Herr Klubobmann Dr. Frais, bitte.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Mayr, du musst mir jetzt schon einen Unterschied erklären. Wenn es sich um eine Summe von 268.138.000 Euro an Wohnbeihilfen und Darlehen für Wohnungsbesitzer, Wohnungsnutzer handelt, da habt ihr kein Problem, dass das veröffentlicht wird. Bei einer landwirtschaftlichen Zufahrtsstraße habt ihr ein Problem. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Wir haben angeboten, das herauszunehmen!") Uns geht es darum, das ist so beschlossen worden, Kollege Strugl, und von dem reden wir. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Aber es ist angeboten worden, oder?") Wir bieten an, noch einmal neu über das zu diskutieren mit diesem Antrag, weil es ja in der Regierung schon beschlossen wurde.

Und jetzt, bevor wir einzelne Stückelchen heraus nehmen, die uns halt gerade passen oder die uns nicht passen, haben wir einen generellen Zugang gewählt. Wir haben gesagt, was sind sensible Daten? Wenn Du es Dir genau anschaust, wirst du darauf kommen, dass in der Familienförderung vieles absolut nicht unter sensible Daten fällt. Wir betonen, und das ist unsere Meinung, wenn es sensible Daten sind, dann gehören sie dort hinein, kein Problem, darüber kann man reden. Aber es kann eines nicht sein, dass man unter sensible Daten 62 Millionen hinschreibt und dann das andere, was man als Ausnahme deklariert, dann wieder unter sensible Daten rechnet. Zweimal gemogelt geht nicht dabei. Einmal sensible Daten, das ist eine korrekte Vorgehensweise gegenüber allen Staatsbürgern, gegenüber allen Landesbürgern. Aber es kann eines nicht sein, dass man sagt, da haben wir Klientelbedingungen und die stellen wir so quasi in den Talon, die darf niemand anschauen.

Das ist eine Talonpolitik, liebe Freunde, dafür sind mir nicht zu haben. Wir laden euch ein, wir sind dafür, wir wollen es gemeinsam machen. Aber wenn Transparenz, dann gilt es für jeden Staatsbürger. Da streite ich nicht um den Gleichheitsgrundsatz, sondern gleich, Kollege Strugl, das versteht jeder auf der Straße draußen, gleich behandelt zu werden heißt, dass nicht Ungleichheit, nicht Ungerechtigkeiten passieren. Und das ist das, was wir bei der Sache erreichen wollen. Diese Ausnahmen, die jetzt herinnen sind, Kollege Mayr, sind die landwirtschaftlichen Zufahrtsstraßen, unter diesem Titel steht es nämlich, dann ist etwas falsch gefördert worden, wie du es jetzt geschildert hast. Davon gehe ich aber gar nicht aus, sondern es ist eine Investition für einen ganz bestimmten Zweck. Das kann doch nicht das Problem sein, dass man letztendlich das auch veröffentlicht.

Dritter Punkt, was die Finanzabteilung betrifft. Hier diese 3,4 Millionen Euro, auch unsere Einladung zu einer gemeinsamen Vorgehensweise zu finden. Es ist nicht verständlich, wenn man Vereine, Verbände einmal da herinnen hat im geschützten Bereich und andere werden im Grund veröffentlicht. Nichts anderes wollen wir.

Wir wollen auf der anderen Seite auch deutlich herunter kommen, was die Beitragsgrenze betrifft, denn das ist nicht korrekt. Zu den 4.000 Euro, und das habe ich zuerst vielleicht, weil ich nicht so lange dazu geredet habe, weil ich nur eine kurze Zeit gehabt habe, ist schon eines klarstellen, meine Damen und Herren. Kollege Trübswasser, weil der Herr Kollege Anschöber nicht da ist und der Kollege Stockinger auch nicht: Es waren damals, und der Kollege Steinkellner weiß es, es waren vier Klubobmänner, die nach längerem Gespräch sich darauf verständigt haben, dass auf dieser Grundlage wie sie von euch jetzt hergenommen wird, für die interne politische Bewertung auch CDs den Klubobmännern zur Verfügung gestellt werden.

Wenn ich mir ein völlig neues System vornehme, nämlich das, dass ich in das Internet gehe damit, dann wird es immer problematischer, diese gleiche Behandlung der Bürger oder Förderungswerber auch sicherzustellen. Das habe ich zuerst nicht gebraucht. Es hat keiner von uns in irgend einer Form das missbraucht. Es ist mir in den ganzen Jahren nie etwas untergekommen, wo etwas passiert wäre. Aber jetzt, bitte, wenn man in das Internet geht, wenn man, und das war auch diese Frage der Demütigung, die der Kollege Stockinger mehrfach in den Zeitungen verwendet hat, dann meine ich eines: Es kann nicht so sein, dass ein paar Prozent das als Demütigung empfinden und weil sie es so empfinden, lassen wir sie aus, doch bei den restlichen 95 Prozent spielt es keine Rolle bis zum Häuselbauer hin. Wir wollen die Gleichheit haben, gar nichts anderes.

Ganz zum Schluss, wirklich eine ganz wichtige Frage für mich. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, worunter solche Bereiche wie Ausgleichszahlungen fallen? Worunter fällt



das bei Arbeitnehmern? Es geht um eine betriebliche Förderung, und ich kann euch zeigen, Förderbericht, Grüner Bericht, Bundes-Grüner-Bericht, überall ist nur die Rede von Betrieben. Da redet keiner darüber, dass das ein Einkommenszuschuss ist für irgendwen, denn dann müsste ich den Finanzminister anrufen, ob er nicht unter Umständen das als Einkommen bewertet und wie das steuerlich zu werten ist. Das ist eine betriebliche Zulage, die eine ganz andere Funktion hat und auch steuerlich anders bewertet wird. Ich würde alle einladen auch hier vorsichtig umzugehen, damit nicht eine ganz völlig artfremde Diskussion aus dem heraus entsteht. Das heißt, wenn es eine betriebliche Förderung ist, denn nur eine solche kann es sein, scheint mir kein Unterschied gegeben zu sein, ob ich einem kleinen Gewerbebetrieb irgend etwas gebe, weil er im Wettbewerb einen gewissen Nachteil hat, oder ob ich einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb eine Unterstützung gebe, weil er Nachteile hat. Es spricht doch nichts dagegen, dass man das veröffentlicht. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass es dabei nicht um die Kleinen geht, sondern man möchte im Grunde die, die viel mehr kriegen, nicht in einem Förderbericht drinnen haben. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Das ist ein Meilenstein!") Ja, der Meilenstein besteht aber nicht darin, dass ich die Großbezieher von Agrarzulagen vor der Veröffentlichung schütze, Kollege Trübswasser. Das ist ja momentan das Problem, weil die Kleinen, die da drinnen sind, da schaut keiner nach und die brauchen auch keine Demütigung befürchten, sondern im Grunde fürchtet man etwas ganz anderes.

Kehrt doch bitte zurück, es gibt einen neuen Schritt. Dieser neue Schritt sollte auf Gleichbehandlung der Förderungswerber basieren. Ihr habt selbst die sensiblen Daten ausgewählt. Die stammen gar nicht von uns, die habt Ihr ausgewählt, und alles was darüber hinausgeht sind Sonderausnahmen. Und gegen die Sonderausnahmen gibt es größte Bedenken, weil sie zu Ungleichheit führen. Deshalb noch einmal abschließend die Einladung: Denkt darüber nach, ob es nicht gescheiter ist eine breite Lösung hier in Oberösterreich, so wie sie bis 2003 auch immer angestrebt worden ist, gemeinsam zu erreichen! Oder es ist Schwarz-Grün egal und wir werden uns halt über diesen Förderbericht noch mehrmals unterhalten. Unser Angebot liegt offen: eine gute Richtung mitzutragen, unter dem Aspekt der Gleichheit. Wir sind aber keinesfalls bereit es hinzunehmen mit einem einmaligen Beschlussakt, dass man sagt, wir haben das beschlossen, die Ausnahmen stehen im Raum, liebe Freunde, wir glauben, dass das gut für unser Klientel ist. Ich lade ein sich die Ressorts anzuschauen, wo das drinnen ist. Dann ist es gar nicht schwierig zu wissen, dass die ÖVP großes Interesse daran gehabt hat, das verstehe ich politisch als legitim. Im Sinne eines Förderberichtes, der für alle gleich sein sollte, ist es aber völlig unverständlich. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem heutigen Tag, an und für sich schon zuvor mit dem Regierungsbeschluss, ist eine Vereinbarung von vier Parteien aufgehoben worden. Es gab eine Klubobmännervereinbarung, wie mit den Zahlen umgegangen wird. Zwei Fraktionen beschließen etwas Neues. Ich weiß nicht, ob die SPÖ da zu einer Verhandlung eingeladen wurde, wir wurden es nicht. Damit erkläre ich hier und heute vom Rednerpult, dass die Zusagen hinsichtlich Vertraulichkeit, Behandlung und so weiter keine Gültigkeit mehr haben, denn wir wurden ja auch nicht eingeladen da mitzuverhandeln. Punkt eins.

Punkt zwei: Wenn jetzt weiter in der Landesregierung darüber diskutiert wird, wie welche Förderung vergeben wird und gleichzeitig wie es dann eingeschränkt nur per Internet zur Verfügung gestellt wird, so halte ich diese Vorgangsweise als Landtag, wo wir die Budgethoheit haben, nicht für korrekt. Wir haben deswegen heute einen Antrag eingebracht, die Bei-

lage 868/2006, ein eigenes Landesfördergesetz zu beschließen, wo wir die Transparenz auch auf eine gesetzliche Basis stellen und nicht auf zufällige politische Schwierigkeiten. Ich denke jetzt heute an die Diskussion um die Bundesförderungen, die also eine Fraktion etwas erzürnt hat, das kann nicht sein, wenn wir die Förderungen und die Transparenz ganz klar und transparent auch hier öffentlich beschließen, sodass man genau weiß, dass alles veröffentlicht wird. Deswegen wollen wir ein eigenes Gesetz dazu.

Und es kann keine Sonderbehandlung einerseits in der Betragshöhe und andererseits in einzelnen Ressorts geben. Wenn es Sonderbehandlungen bereits wieder gibt, die nicht die Zustimmung von einem großen Teil dieses Landtages bekommen haben, dann ist von vornherein diese Förderrichtlinie nicht in Ordnung. Ich bedauere es, weil jedenfalls bis 2003 auch die Grünen bemüht waren hier eine Transparenz mit allen Fraktionen herzustellen. Wenn jetzt plötzlich eine Koalition mit wenig Mandatsüberhang die Förderkultur in Oberösterreich umdreht, teilweise verbessert, weil etwas passiert, dass man in die Öffentlichkeit geht und es in das Internet stellt, aber gleichzeitig einen Rückzieher macht, einerseits im landwirtschaftlichen Bereich, der nicht notwendig ist. Denn - so wie Klubobmann Frais bereits argumentiert hat - warum sollen bitte nicht etwa die Straßen oder andere Betriebsförderungen sehr wohl auch veröffentlicht werden? Da ist nichts zu verstecken, denn dort, wo es um unser Steuergeld geht, ist absolut nichts zu verstecken, mit Ausnahme jener gerade medizinisch sensiblen Bereiche, wo wir alle auf Konsensbasis der Ansicht sind, das hat auch in der Öffentlichkeit nichts verloren.

Aber das haben wir in der Vergangenheit mit Konsens gelöst und nicht mit Mehrheitsbeschlüssen. Jetzt haben sich zwei Fraktionen vom Konsens verabschiedet. Dieses Thema wird uns, vor allem der Vorschlag, ein Fördergesetz zu beschließen, im Landtag beschäftigen. Und ich sehe auch nicht ein, dass man bis 4.000 Euro keine Transparenz walten lässt. Weil 3.500 Euro Förderung für irgend etwas unter Anführungszeichen, das könnte auch den Bürger, die Öffentlichkeit sehr wohl interessieren. Hier werden sehr viele Gelder mit bis gerade 3.999 Euro vergeben. Also hier gibt es keine sachliche Rechtfertigung, sondern ausschließlich eine betragsmäßige Rechtfertigung, denn in der EDV ist es jedenfalls erfasst. Ich brauche ja die Daten nicht extra herauslöschen, damit man sie nicht veröffentlicht. Ich finde der politischen Kultur hat man hier keinen guten Dienst getan, indem man hier den Konsens verlassen hat. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Trübswasser.

**Abg. Trübswasser:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! So kann man das jetzt nicht stehen lassen. Gerade was der Kollege Steinkellner zum Schluss gesagt hat, ist ja irgendwie die Umkehr des Spiegelbildes. Kollege Steinkellner! Ich kann mich erinnern, ich glaube du warst Klubobmann in der letzten Periode. Und ich glaube, dass sich der damalige Klubobmann Anschöber bemüht hat, wir Grüne haben uns alle bemüht, dass wir den Förderbericht veröffentlichen. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Habe ich mich nicht bemüht?") Das war unter den damaligen politischen Mehrheitsverhältnissen nicht möglich.

Was jetzt passiert ist, ist ein großer Schritt in Richtung Transparenz des öffentlichen Haushalts. Und es war nur zu verständlich bei der Schwierigkeit der Verhandlungen und bei dem Schritt, den wir gemacht haben, das ist ja nicht etwas gewesen, wo die Begeisterung gleich die Mehrheit in diesem Land erfasst hat, dass wir auf etwas aufbauen, was bisher schon vereinbart wurde zwischen allen vier Parteien. Und es wurden keine neuen Ausnahmen gemacht und es wurden keine neuen Grenzen eingezogen. Und ich verstehe überhaupt die

Aufregung nicht die jetzt entsteht, über eine Sache, die als CD schon jeder Klubobmann in den letzten Jahren bekommen hat.

Wir haben vorher, darf ich erinnern, den selben Förderbericht in Papierform gehabt, der ungefähr 1,2 Meter lang war, wenn man die Ordner nebeneinander gestellt hat, unübersichtlich war und in der Aussagekraft ungefähr so wie ein Papiercontainer mit 5.000 Telefonbüchern. Jetzt ist der nächste Schritt gemacht worden, eine CD-Rom. Aber die ist nur in die Hände der Klubobleute gekommen. Das war schon ein gewisser Fortschritt, weil zumindest einer pro Fraktion, der durfte die Unterlagen ja gar nicht weiter geben, einer pro Fraktion gewusst hat, was ungefähr in der Förderpolitik des Landes Oberösterreich läuft. Und jetzt haben wir einen Rechnungshofbericht, der ganz eindeutig sagt, dass der Förderbericht über die Förderungen und das ist ja nur ein erster Schritt den wir jetzt machen, ein wesentlicher Teil des Budgetvollzugs ist.

Und jetzt wagen wir diesen nächsten Schritt, der mutig genug ist und Oberösterreich wirklich in die Pole-Position bringt, was die Transparenz des Budgetvollzugs in Österreich im Bundesländervergleich betrifft. Jetzt gründen wir unseren nächsten Schritt auf die gesicherte Vierparteieneinigung bezüglich der Veröffentlichung der CD-Rom, die schon vielfach zitiert wurde. So einfach ist das.

Da wird nichts hineininterpretiert, nichts versteckt, sondern es wird quasi nur ein nächster Schritt gemacht. Und ich sage hier, es wird weitere Schritte brauchen, auch auf EU-Ebene. Und ich denke, dass wir auf einer guten Entwicklung sind, Förderungen zu dem zu machen was sie sind. Sie sind die Verwendung von öffentlichen Steuermitteln und die Empfänger sind keine Bittsteller, sondern sie haben einen Auftrag im Namen des Landes oder des Bundes, jedenfalls einer Gebietskörperschaft. So sollen wir das sehen, völlig emotionslos. Und nicht etwas hineingeheimnissen und glauben, es ist ein Nachteil, wenn man im Förderbericht steht oder ein Vorteil, wenn man nicht drinnen steht, sondern es ist etwas ganz Normales. Und diese Normalität muss anerkannt werden. Es ist ein großer Tag und ein Riesenschritt, dass es gelungen ist, dafür eine Mehrheit in diesem Landtag oder in der Regierung zu bekommen. Wir stehen dazu und freuen uns, dass es gelungen ist und freuen uns auf den ersten, wenn auch nur Teilbericht aus dem heurigen Jahr, 1. 7. 2006 bis 31. 12. 2006. Danke schön.

Und ich hoffe Kollege Frais, dass du rückblickend einmal zu diesem Schritt sagen kannst, es war ein Anfang, wir haben es noch weiterentwickeln müssen. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Mir geht es um die Ausnahmen!") Aber dieser erste Schritt ist wichtig, den wir heute tun. Und wir werden sicherlich nicht jetzt diskutieren über Untergrenzen, über Bagatellgrenzen, wie du versuchst oder wie es manche versuchen, jetzt abzulenken von dem was man eigentlich will, nämlich die Transparenz des Budgetvollzugs. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schenner.

Abg. **Schenner:** Liebe Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich eigentlich deswegen zu Wort gemeldet, weil es jetzt wirklich so aussieht, als würde die Welt ein wenig auf den Kopf gestellt. Der Kollege Trübswasser, Klubobmann, kommt und sagt, was für eine mutige Tat, jetzt geben wir endlich den Förderbericht heraus. Dabei gibt es, gegen wen kämpfst du da, es gibt zwei Fraktionen, die SPÖ- Fraktion die sagt, da soll alles drinnen stehen, die blaue Fraktion sagt, da soll alles drinnen stehen. Die Einzigen die sagen, da soll nicht alles drinnen stehen, das sind die Schwarzen und die Grünen. (Beifall)

Also du sagst, du bist so mutig, weil du dich gegen dich selbst und deinen Koalitionspartner durchgesetzt hast, dass überhaupt irgend etwas drinnen steht. Das ist ja direkt kurios. (Beifall) Und was für Mut gehört dazu, wenn ich mit Mehrheit beschließe, dass alles das was andere Regierungsmitglieder zu verantworten haben drinnen stehen muss, nur das was die eigenen Regierungsmitglieder zu verantworten haben, das soll nach Möglichkeit nicht drinnen stehen. Herzliche Gratulation zu dieser mutigen Tat.

Und das Zweite: Wir haben gerade einen Antrag eingebracht. Du brauchst nur die Hand heben und dann steht alles drinnen. Das ist ganz einfach. Da brauchst du nicht einmal etwas schreiben. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Ja was habt Ihr denn früher gemacht?") Ja was hast du vor hundert Jahren gemacht? Wir reden von heute. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "50 Jahre geschlafen!") Und das Zweite was mich auch wundert und das möchte ich auch noch sagen, wo die Welt auf den Kopf gestellt wird. Wenn der Kollege Schillhuber da über die Triumphe der Marktwirtschaft spricht und sagt, na super wie marktwirtschaftlich und wir lassen uns bei den Preisen nichts dreinreden, Förderungen okay, aber bei den Preisen reden wir nicht mit und dann wird mit Punkt und Beistrich aufgezählt, dass nämlich überhaupt kein Marktpreis für die Bioenergie bezahlt wird, sondern dass eine Zusammenstellung aus verschiedenen anderen Preisen den Preis bestimmt. Und das ist ganz genau geregelt. Das ist aber keine Marktwirtschaft, sondern eine Planwirtschaft und da fällt genau das drunter was du gesagt hast, du verteidigst ja das Ganze auch, wenn man sagt, man soll sich bemühen, dass man zuerst durch Förderungen ein Oligopol oder ein Monopol erzeugt und dann hat man das Oligopol und das Monopol und dann sagt man, aber beim Preis reden wir nicht mehr mit. Dann passt das auch nicht. Wenn Marktwirtschaft, dann überhaupt.

Und wenn ich durch Förderungen etwas, was der Markt nicht hervorbringen würde, worüber man ja reden kann, fördere, dann muss man sagen, dann muss der Förderungsgeber auch das Recht haben zu sagen, welche Interessen er damit verbindet und er nicht nur sagt, das Geld gebe ich hin und das andere interessiert mich nicht. Das ist das selbe, ob es im Förderbericht drinnen steht oder ob es um die Bioenergie geht. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Kollege Schenner! Den Kommunismus habe ich dir heute schon erklärt. Um das geht es jetzt nicht. Es geht darum, dass wir hier und jetzt eine Abstimmung haben über den Förderbericht und es geht darum, was wird drinnen stehen. Und hier soll das gelten was du vorhin gesagt hast, das war ja vollkommen richtig, die Grünen können mutig sein und können jetzt dafür sorgen, dass grundsätzlich Gleichbehandlung und totale Transparenz bei den Förderungen gegeben ist. Das Einzige, das Sie tun müssen, ist jetzt beim Antrag aufzeigen. Dann passiert es, dann gibt es keine Sperre von 4.000 Euro, dann gibt es das nicht plötzlich, dass landwirtschaftliche Wege nicht vorgesehen sind, dann sind alle Förderungen gleich behandelt. Das ist die erste Möglichkeit.

Die nächste Möglichkeit, sollte heute diese Überzeugung bei den Grünen noch nicht erfolgen und noch einmal vielleicht in der Fraktion darüber nachgedacht werden, bekämpft man jetzt die Transparenz oder ist man für die Transparenz, steht man zu dem, was man früher immer gewollt hat oder steht man nicht mehr zu dem, weil man sich jetzt in einer Koalition befindet, also grüne Nabelschau jetzt beim Aufzeigen. Wer Transparenz haben will, stimmt für diesen Antrag oder das nächste Mal für ein ordentliches Gesetz. Dann wird alles veröffentlicht. Wir als Freiheitliche Partei sind seit 25 Jahren für einen zentralen Förderkatalog gewesen. Wir waren damals bereits dafür, dass alles veröffentlicht wird und wir sind auch in der Zukunft dafür. Es geht um öffentliche Mittel und die brauchen wir nicht verstecken. Die können wir im

Internet transparent darstellen. Wenn eine Förderung ausbezahlt wird, dann soll es auch gerecht sein und dann kann sich jeder von der gerechten Förderung überzeugen. Deswegen noch einmal. Grüne stimmt wirklich mit, seid so mutig wie jetzt angekündigt! (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Es gibt keine Wortmeldung mehr. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Wenn Sie dem Antrag zur Beilage 865/2006 beitreten, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir behandeln die Beilage 867/2006. Das ist der Geschäftsantrag betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 693/2005. Das ist der Initiativantrag betreffend eine Resolution für die Einsetzung eines Oberösterreichkonvents. Der Herr Klubobmann Mag. Steinkellner ist gebeten zu berichten.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin ja froh, dass wenigstens durch das Internet die Mutlosigkeit transparent wird. Aber ich komme zum Geschäftsantrag der freiheitlichen Abgeordneten. Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Klubobmann Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 693/2005, Initiativantrag betreffend eine Resolution für die Einsetzung eines "OÖ-Konvents".

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der oberösterreichische Landtag setzt dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung für die Vorlage eines Ausschussberichts zur Beilage 693/2005, Initiativantrag betreffend eine Resolution für die Einsetzung eines "OÖ-Konvents", eine Frist bis zum 6. Juli 2006.

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich eröffne darüber die Wechselrede. Bitte Herr Mag. Steinkellner.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Gerade eine Diskussionsveranstaltung in Linz, auf die heute bereits Bezug genommen wurde, wo es um eine neue Finanzmittelverteilung in Oberösterreich geht, die etwa auch durch Finanzstadtrat Mayr unterstützt wurde, sieht vor, dass man sich in Oberösterreich mit einem neuen Finanzausgleichsmodell beschäftigt. Wir sollten daher in Oberösterreich einen Aufgabenkatalog überlegen, einen Finanzausgleich überlegen und genau diese Beratungen im Rahmen eines Oberösterreichkonvents starten. Ich bitte um Ihre Zustimmung. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Er hat die Beilagennummer 867/2006. Wenn Sie ihm beitreten, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Es sind eine Reihe von Initiativanträgen eingelangt. Ich habe sie den zuständigen Ausschüssen zuzuweisen. Beilage 868/2006, Initiativantrag betreffend ein Oö. Landes-Fördergesetz, 871/2006 Initiativantrag betreffend die gesonderte Darstellung freiwilliger Leistungen des Landes Oberösterreich an andere Gebietskörperschaften im Rechnungsabschluss, beide Beilagen erhält der Ausschuss für Finanzen. Beilage 869/2006, Initiativantrag betreffend eine Studie über den Ressourcenbedarf für die Errichtung einer Medizinischen Universität in Linz bzw. Oberösterreich, Beilage 870/2006, Initiativantrag betreffend Errichtung einer dritten Klasse an der Landes-Nervenklinik Wagner-Jauregg, Beilage 872/2006, Initiativantrag betref-

fend Erhöhung der Schul- und Heimbeihilfe, diese drei Beilagen erhält der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Beilage 873/2006, Initiativantrag betreffend eine Studie über die Integrationsmaßnahmen des Landes Oberösterreich und des Freistaates Bayern, Beilage 876/2006, Initiativantrag betreffend die Sicherheit im Wohnbau, beide Beilagen erhält der Sozialausschuss zur Vorberatung. Und 874/2006 ist der Initiativantrag betreffend die Einrichtung einer Info-Service-Stelle beim Energiesparverband über die unterschiedlichen Tarife der Energieversorger. Diese Beilage wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Damit haben wir unser Programm abgearbeitet, die Sitzung ist geschlossen, ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Ende der Sitzung: 16.41 Uhr)